

# DIE WELTWOCHEN



## Und die Behörden schauen zu

Politik und Polizei verharmlosen die roten Verbrecher.

*Von Andreas Kunz und Peter Keller*

## Lob auf die Leihmütter

Warum die Schweiz ein unsinniges Verbot aufheben sollte.

*Von Franziska K. Müller*

## «Die Berichte über meinen Tod sind übertrieben»

Der grosse Financier Marc Rich im exklusiven Interview. *Von Daniel Ammann*



## Intern

Diese Woche trifft sich die globale Wirtschafts- und Politprominenz zum jährlichen Stelldichein in Davos, eingeladen wie immer von Klaus Schwab, dem Gründer des World Economic Forum (WEF), wo wie immer die grossen Weltprobleme diskutiert werden sollen. Dieses Jahr ist es die weltweite Finanz- und Schuldenkrise. Für die *Weltwoche* Anlass, sich diesen Themen aus verschiedenen Blickwinkeln anzunehmen. Philipp Hildebrand, der in öffentlicher Kritik stehende Nationalbankpräsident, schreibt über seine Krisenbewältigung. Publizist Markus Gisler beleuchtet den WEF-Gastgeber Schwab und dessen Mission. Und in einem



**Krisenbewältigung:** SNB-Präsident Hildebrand.

dritten Beitrag, von Thomas Buomberger, erinnern wir an das Wirken des seinerzeitigen US-Finanzministers Albert Gallatin, eines gebürtigen Schweizer, der die USA vor über zwei Jahrhunderten gelehrt hat, was das Land heute längst vergessen hat: Budgetdisziplin. **Seiten 21, 22, 38 und 42**

Am letzten Freitag haben linke Gewalttäter SVP-Nationalrat Hans Fehr auf dem Weg ins Zürcher Albisgütli zusammengeschlagen. Der Anschlag löste eine Debatte aus, in der Fehr eine «Mitschuld» sowie «fahrlässiges» Verhalten unterstellt wurden. Die eigentliche Fragen stellte kaum jemand: Wie konnte sich die linksextreme Szene in den letzten Jahren so entwickeln, dass sie jetzt sogar vor Angriffen gegen Bundesparlamentarier nicht mehr haltmacht? Warum hat die Polizei nicht härter durchgegriffen? Andreas Kunz, der bereits mehrfach über rote Gewaltexzesse geschrieben hat, recherchierte die Hintergründe des

linken Extremismus und konfrontierte die Behörden mit Fragen über ihre zurückhaltende Vorgehensweise. **Seite 10**

Stars wie Nicole Kidman, Elton John oder Sarah Jessica Parker kommen im eigenen Land legal und ohne Komplikationen zum ersehnten Nachwuchs, der auf anderem Weg nicht möglich war: mittels einer Leihmutter. **Seite 28**



**Kind von der Leihmutter:** Nicole Kidman.

Nicht zuletzt, weil sie an den Verboten und Restriktionen des veralteten Fortpflanzungsmedizingesetzes scheitern, greifen auch viele Schweizerinnen mittlerweile auf die Dienste ausländischer Leihmütter zurück. Aus Kostengründen reisen sie aber nach Indien, Russland oder in die Ukraine und gehen dabei beträchtliche Risiken ein. Franziska K. Müller hat mit Ärzten gesprochen, Statistiken studiert und kommt zum Schluss, dass die Schweiz Leihmütter zulassen sollte. **Seite 28**

Als Autor des internationalen Bestsellers «King of Oil. Marc Rich – Vom mächtigsten Rohstoffhändler der Welt zum Gejagten der USA» hatte *Weltwoche*-Mitarbeiter Daniel Ammann schon des öfteren mit Rich zu tun. Aber noch selten hat er ihn so offen und ehrlich erlebt wie letzte Woche, als er den gewieften Geschäftsmann in Meggen zu einem seiner sehr raren Interviews traf. Rich kam eben aus Israel zurück und widersprach den Gerüchten, er sei gesundheitlich schwer angeschlagen, mit Schalk. Er halte es mit Mark Twain: «Gerüchte über meinen Tod sind stark übertrieben.» Rich nahm ausserdem Stellung zu seinem angeblichen Wegzug aus der Schweiz, zum Bankgeheimnis, und er zog Bilanz seines Lebens: Geschäftlich sei er erfolgreich gewesen, privat aber gescheitert. **Seite 46**

*Ihre Weltwoche*

## Impressum

**Herausgeberin:** Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

**Redaktion:** Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch  
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

**Verlag:** Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch

**Internet:** www.weltwoche.ch

**Abo-Service:** Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91  
E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

**Jahresabonnement Inland Fr. 213.– (inkl. MwSt.)**

**Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)**

**Weitere Angebote für In- und Ausland unter**  
[www.weltwoche.ch/abo](http://www.weltwoche.ch/abo)

**E-Mail-Adressen:** vorname.name@weltwoche.ch

**Gründer:** Karl von Schumacher (1894–1957)

**Verleger und Chefredaktor:** Roger Köppel

**Stv. Chefredaktor:** Philipp Gut (*Leitung Inland*)

**Produktionschef:** David Schnapp

### Redaktion:

Alex Baur, Urs Paul Engeler, Urs Gehriger, Carmen Gasser, Pierre Heumann, Daniel Glaus, Andreas Kunz (*Gesellschaft*), Peter Keller (*Kultur*), René Lüchinger (*Leitung Wirtschaft*), Daniela Niederberger, Alex Reichmuth, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Mark van Huisseling

### Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Walter De Gregorio, Markus Gisler, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Wolfram Knorr, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, André Müller, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Kurt Pelda, Ulf Poschardt, Pia Reinacher, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

**Produktion:** Benjamin Bögli, Roy Spring

**Bildredaktion:** Nadine Hofer (*Leitung*), Susanne Borchert, Jost Fetzer, Adam Schwarz (*Assistent*)

**Layout:** Catharina Clajus (*Leitung*), Franziska Altmann

**Infografik:** Helmut Germer

**Korrektorat:** Cornelia Bernegger und Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits, Dieter Zwicky

**Sekretariat:** Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojaij-Huber

**Geschäftsführer:** Sandro Rügger

**Marketing:** Ivo Schneider (*Leitung*)

**Anzeigenverkauf:** Jean-Claude Plüss (*Leitung*), Marco Chini, Brita Vassalli

**Anzeigeninnendienst:** Samuel Hofmann (*Leitung*), Philipp Glauser

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

**Internetverkauf:** Stailamedia

**Tarife und Buchungen unter:** Tel. 044 500 13 50, info@stailamedia.com

**Druck:** Ziegler Druck- und Verlags-AG, Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.*

**Paperboy:** Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. [www.weltwoche.ch/paperboy](http://www.weltwoche.ch/paperboy)



# Schweiz, Anti-Schweiz

Was ist die Schweiz? Wer sind wir eigentlich? Gibt es eine Schweiz innerhalb der EU?

Von Roger Köppel

Was ist die Schweiz? Wer ist Schweizer? Die Frage löst erhöhte Irritationen aus, seit SVP-Chefstrategie Christoph Blocher in einem Interview mit der *Basler Zeitung* den schroffen Gedanken formulierte: «Ein EU-Beitritt zerstört die Schweiz. Wer das will, den bezeichne ich nicht als Schweizer.» Die ausgrenzungsscharfe Definition rief Kritiker auf den Plan. «Ich glaube nicht, dass die Schweizer wollen, dass die SVP-Parteizentrale entscheidet, wer noch Schweizer ist und wer nicht», sagte CVP-Nationalrat Pirmin Bischof dem *Tages-Anzeiger*. Ins gleiche Horn stiess FDP-Nationalrat Ruedi Noser: «Blocher will alle ausschaffen, die nicht seiner Meinung sind.»

Was macht das Schweizerische am Schweizer aus? Leichte Antworten fallen schwer. Wir sind keine Kulturnation, die ihre Identität aus einer gemeinsamen Sprache, aus einem künstlerischen Gesamtwerk oder einer lehrmeisterlichen zivilisatorischen Mission ableitet wie die Deutschen. Die Schweizer sind auch kein Volk im engern Sinn, das in einem Ur-Stamm wurzelt, der natürlich gewachsenen Zusammenhalt ergäbe. Die Schweizer sind ein bunter Haufen, eigenbrötlerisch bis stur, dem Kantönligeist verhaftet, streitsüchtig, friedlich, nicht geschaffen für ehrliche Harmonie, sich stets nach Einigkeit und Konsens sehndend, aber im Grunde ihres Herzens anarchistisch veranlagt, leicht reizbar, aus Überzeugung vielsprachig und unfähig zur Anbetung von Autoritäten aller Art. Verdichten sich, überraschend, die Kräfte zu sehr in eine Richtung, bildet der schweizerische Organismus sofort Antikörper. Man braucht die Gegensätze. Eigentlich ist es ein Wunder, dass sich die Schweizer überhaupt zur Herstellung eines Einheitsstaates überreden liessen. Sie machten es nur deshalb, mürrisch, unwillig, weil man unter Identität und Gemeinschaft bestenfalls den kleinsten gemeinsamen Nenner akzeptierte.

Nichts ist dem Schweizer wesensfremder als eine Debatte über die eigene Identität, mit der sich deutsche, französische oder angelsächsische Denker chronisch plagen. Man sagt dem Schweizer mangelhaftes Selbstbewusstsein nach, aber eigentlich möchte er einfach nur in Ruhe gelassen werden. Es stimmt, dass er sich, wie jeder Alpen- und Höh-



*Streitsüchtig, aber friedlich.*

lenbewohner, auf offenem Feld, in der weiten Steppe nicht auf Anhieb wohl fühlt. Aber Beispiele aus der Geschichte belegen, dass die Schweizer, gerade dann, wenn sie mit Bestimmtheit wussten, dass sie sich nicht mehr wie Einsiedlerkrebse in das sichere heimische Gehäuse zurückziehen konnten, mit grimmiger Entschlossenheit in die Welt aufbrachen und erfolgreich neue Wurzeln schlugen. Die Tatsache, dass der Schweizer keinen Ballast an eingebildeten Identitätsmerkmalen mit sich herumschleppt, fördert seine Beweglichkeit und Arbeitskraft.

In diesem Sinn irrt Blocher: Es gibt das Schweizerische nicht, das er nur für bestimmte Schweizer in Anspruch nehmen möchte. Der Schweizer an sich zeichnet sich gerade durch das geringe spezifische Gewicht an unverrückbaren Eigenschaften aus. Die Leichtigkeit, mit der er identitätsmässig unterwegs ist, macht ihn zum Schweizer, der immer auch Weltmeister der Anpassung ist. Handkehrum: Blocher hat recht. Es gibt etwas sehr spezifisch Schweizerisches, aber das hat nichts mit Charakter und Biologie zu tun, sondern mit Politik. Der Schweizer wird zum Schweizer durch die Schweiz. Er ist das Resultat seiner politischen Verfassung. Erst die Rechtsordnung macht den Schweizer zum Schweizer. Im Schwabenkrieg von 1499 wollten die süddeutschen Bauern an der Seite der Eidgenossen kämpfen, weil sie freie «Schwyzer» werden wollten. «Schweizer» galt in Deutschland damals als Rechtstitel. «Schwyzer» war aber auch ein be-

liebttes Schimpfwort der deutschen Oberschicht für ein Land mit einem attraktiveren politischen System.

Schweizer ist ein politischer Begriff, der nicht ohne die Rechtsordnung zu verstehen ist, die ihn hervorbringt. Diese Rechtsordnung wiederum stellt sicher, dass in der Schweiz der Staat bestimmten politischen Verfahren gehorcht. Die Verfahren sind darauf ausgerichtet, die Freiheitsrechte des Bürgers zu schützen und die Macht des Staates zu begrenzen. Direkte Demokratie, Föderalismus und Neutralität bilden den Kern einer Staatsidee, die darauf abhebt, grösstmögliche Übereinstimmung herzustellen zwischen den Regierenden und den Regierten. Ein Schweizer ist ein Mensch, dem kraft seiner Rechtsordnung das Privileg zufällt, über seine Angelegenheiten selber zu bestimmen.

Umgekehrt gilt: Alles, was der politischen Selbstbestimmung zuwiderläuft, vermindert das eigentlich Schweizerische an der Schweiz. Wo sich der Schweizer nicht mehr selber regiert, hört er auf, Schweizer zu sein. Wir beobachten seit rund dreissig Jahren eine geradezu galoppierende Entschweizerung der Schweiz: Die Rechte der Bürger werden scheinbar beschnitten. Die Steuern und Abgaben steigen. Die Macht der Zentrale nimmt zu. Legionen von hervorragenden Beamten überziehen das Land mit immer mehr Regeln und Gesetzen. Die Erfindung neuer Staatsaufgaben ist zur Zwangneurose unserer Politik geworden. Das alles vollzieht sich mit dem Segen der Bürger, die sich freiwillig entmündigen. Es darf nicht verwundern, dass die einst stolzen Schweizer Milizsoldaten, deren philosophische Wurzeln in die athenische Demokratie zurückreichen, demnächst ihre Waffen an den Staat abgeben müssen. Es ist ein Wunder, dass sie sie so lange behalten durften.

Auch ohne die EU ist die Schweiz damit beschäftigt, sich selber abzuschaffen. Aber ein Schweizer EU-Beitritt würde der Schweiz den Rest geben. Die EU ist die Anti-Schweiz. Sie kennt weder direkte Demokratie noch Föderalismus oder Neutralität. «Die EU lässt sich doch nicht aufhalten von einer Glarner Landsgemeinde», sagte einst EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen mit Blick auf die Zukunftschancen der direkten Demokratie in Brüssel. In der Schweiz herrschen theoretisch die Bürger. In der EU herrschen praktisch die Politiker und die Beamten. Die Schweizer sind, um ein Wort des deutschen Politologen Dolf Sternberger zu verwenden, «Verfassungspatrioten». Ohne ihre Verfassung, ohne ihre eigentümlichen Institutionen verschwindet die Schweiz. Die Alternative ist eindeutig. Es gibt nur eine oder keine Schweiz. Wer die Schweiz mit der EU verschmelzen will, zerstört die Schweiz.



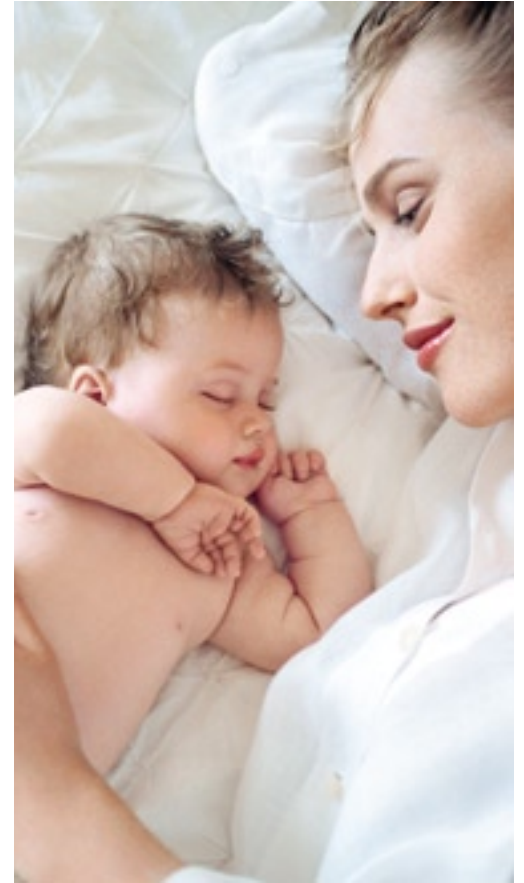
Unmöglicher Fall: Asylbewerber Das. Seite 34



Whistleblower: Assange, Elmer. Seite 36



Links-Trend: Demonstrantinnen. Seite 32



Verzweifelter Wunsch: Mutterglück. Seite 28

## Aktuell

5 Editorial

9 Kommentar Laue Debatte um das AKW Mühleberg

### 10 Gewalt von links

Seit Jahren nimmt die Radikalität in der linksextremen Szene zu. Medien und Behörden verharmlosen die Lage

12 Extremismus Die Linke und ihr Verhältnis zur Gewalt

14 Mobilität Bahnfahrer decken ihre Kosten nicht

### 15 Farce mit Folter

Seit über fünfzehn Jahren narrt ein Asylant die Behörden

### 16 Waffenbesitz als Krankheit

Die Entwaffnungs-Initiative ist eine der hinterhältigsten politischen Aktionen. Sie schafft keine Sicherheit

18 Ungarn Streit um das neue Mediengesetz

19 Afrika Die Gefährlichkeit der Demokratie in Afrika

19 Personenkontrolle Blocher, Ackeret, Müller, Darbellay etc.

20 Weltmächte Divergenzen zwischen Obama und Hu Jintao

21 Wirtschaft Die Nationalbank muss risikobewusster werden

22 Unternehmen WEF-Gründer Klaus Schwab

23 Sport Wenn Fussballer zu früh ins Ausland wechseln

24 Mörgeli Schweizer Frauen einst und jetzt

24 Bodenmann Spekulanten sind Spekulanten

25 Medien Das Ende der Schizophrenie

25 Kostenkontrolle 75 000 Franken für Asylheim-Wettbewerb

26 Leserbrief

## Hintergrund

### 28 Lob auf die Leihmütter

Weil Leihmutterchaft und Eizellspende in der Schweiz verboten sind, gehen kinderlose Paare in die Illegalität

30 Forschung Ja zu Eizellspende und Leihmutterchaft

### 32 Die Frauen marschieren nach links

Soziologen ziehen eine interessante Bilanz: In der Schweiz gibt es mehr linke Frauen als in anderen Ländern

### 34 Der langsame Abschied des Adhir Das

Adhir Das aus Bangladesch droht die Ausschaffung. Der Fall ist so absurd, dass sich sogar die SVP für ihn einsetzt

### 36 Ein schlechter Informant

Datendieb Rudolf Elmer hat keine Missstände aufgedeckt, Geld und Vergeltung waren seine wirklichen Motive

37 Bankgeheimnis Milde Strafen für Verrat von Bankdaten

### 38 Hildebrand antwortet seinen Kritikern

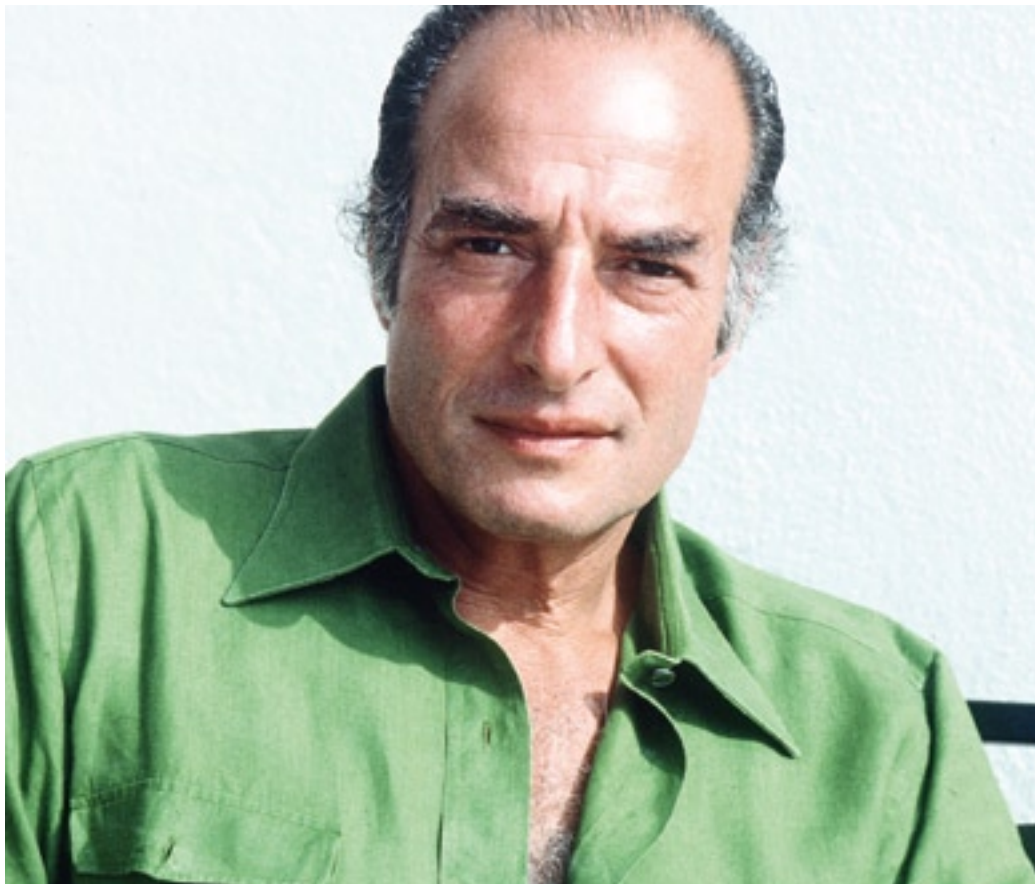
Die Politik der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ist umstritten. SNB-Präsident Philipp Hildebrand verteidigt seine Strategie

41 Essay Regulatorischer Irrtum mit unabsehbaren Folgen

### 42 Der Schweizer, der die USA sanierte

Der Genfer Albert Gallatin wurde Ende des 18. Jahrhunderts Finanzminister in Amerika – mit historischem Erfolg

45 Colenco Bundesrat bremste Exportfirma aus



«Gier wird es immer geben»: Rohstoffhändler Marc Rich, um 1983. Seite 46

## Interview

### 46 «Ich weiss nicht, wie Erdöl riecht»

Rohstoffhändler Marc Rich zieht Bilanz. Der «King of Oil» bedauert die Aufgabe des Bankgeheimnisses, begrüsst Sanktionen gegen den Iran und verrät, dass er mit dem Betrüger Bernard Madoff Geld verdiente

## Stil & Kultur

50 **Stil & Kultur** Nastassja Kinski, Schauspielerin

52 **Namen** Von Jennifer Robinson bis Bernd Eichinger

53 **MvH** Mein Alphornbläser

54 **Im Gespräch** Jacqueline Keefer, Vizepräsidentin von Swiss Cham

55 **Die Besten** Gedämpfte Töne

56 **Auto** Toyota Land Cruiser 3.0 D-4D Linea Sol

57 **Zu Tisch** «Romantikhofel Florhof» in Zürich

57 **Wein** Calderara Sottana Etna Rosso 2007

58 **Mein Wein** Der Önologe und Winzer Jean-Claude Martin in Südafrika

60 **Bestseller**

### 60 **Der gezähmte Wilde**

Friedrich II. war Dichter, Kriegsherr, Wissenschaftler und laut Jacob Burckhardt der «erste moderne Mensch»

62 **Pop** Wird der amerikanische Pop-Arrangeur Neil Diamond überschätzt?

64 **Jazz** Colin Vallon/Patrice Moret/Samuel Rohrer

64 **Film** «Hereafter»

65 **Thiel** Internationale Zusammenarbeit

65 **Darf man das?** Als Frau in einer Beziehung mit einem Homosexuellen knutschen?

66 **Hochzeit** Sandra Krautwaschl und Peter Rabensteiner

## Autoren in dieser Ausgabe

### Daniel Ammann



Für sein Buch über den Rohstoffhändler Marc Rich wurde der frühere *Weltwoche*-Redaktor mit dem renommierten Holtzbrinck-Preis für

Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet. Im Interview mit Daniel Ammann zieht der 76-jährige «King of Oil» Bilanz. Seite 46

### Thomas Buomberger



In seinem Artikel erzählt der promovierte Historiker und Buchautor die Geschichte des Genfers Albert Gallatin, der Ende des 18. Jahr-

hunderts nach Amerika auswanderte und dort als Finanzminister Furore machte. Seine Sparsamkeit wäre heute gefragter denn je. Seite 42

# Noch glücklich im Job?

Ihre neue Herausforderung finden Sie unter [www.weltwoche.ch/leaderjobs](http://www.weltwoche.ch/leaderjobs).

**DIE WELTWOCH**

# Grünes Horrorszenario

Von Alex Baur — Im Abstimmungskampf um das AKW Mühleberg verstellen Nebenschauplätze den Blick aufs Wesentliche: Welches sind die Alternativen? Sonne und Wind sicher nicht.



Von existenzieller Bedeutung: AKW Mühleberg.

Die Kernfrage ist simpel: Wie viele Windräder müssten gebaut werden, um das AKW Mühleberg zu ersetzen? Es ist eine Milchbüchleinrechnung, die jeder Mittelstufenschüler überprüfen kann. «Mont d'Ottan», der modernste und grösste (Masthöhe 98 Meter, Durchmesser Rotor 82 Meter) Windgenerator der Schweiz, produziert jährlich rund 5 Millionen kWh Strom, Mühleberg rund 3000 Millionen kWh. Wollte man das kleine AKW durch «grüne» Energie ersetzen, müsste man 600 Riesenwindräder in die Landschaft stellen. Wollte man das Ziel in elf Jahren erreichen, müsste jede Woche ein neuer Windgenerator inaugurieren werden.

Wollte man das Ziel mit der Sonne erreichen, müsste jedes vierte Hausdach im Land mit Solarpanels bestückt werden. Damit könnten rund vier Prozent des Schweizer Strombedarfs gedeckt werden, theoretisch. In der Praxis würde das «grüne» Szenario – aus der Sicht des Landschaftsschutzes eher ein Horrorszenario – nichts lösen. Denn Wind und Sonne sind in unseren Breiten extrem unzuverlässig, ihre Zufallsenergie ist auf dem Markt faktisch wertlos. Für jedes Kilowatt «grünen» Strom muss ein Kilowatt Regelstrom (Wasserspeicher oder Gasturbinen) in Reserve gehalten werden. Das ist nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch widersinnig.

Im Kanton Bern soll das Stimmvolk demnächst einen Grundsatzentscheid über den Neu- und Ausbau des Atomkraftwerks Mühleberg fällen. Man würde eine hitzige Debatte erwarten, geht es doch um die Zukunft der Stromversorgung, die für jedes industrialisierte Land von existenzieller Bedeutung ist. Doch statt über realistische Szenarien und Alternativen wird bestenfalls über Nebenschauplätze gestritten. Hätte man den Stimmbürger extra und explizit darauf hinweisen müssen, dass Mühleberg, wie jedes andere AKW, ein Lager für seine Abfälle braucht? Darf die rot-grüne Regierung ihre Aversion gegen die Kernenergie offen kundtun? Vielleicht sollte sie das. Vielleicht käme dann endlich eine Debatte zustande, die diese Bezeichnung auch verdient.

## Milliarden für die Öko-Lobby

Seit über einem Vierteljahrhundert stagniert die Stromproduktion in der Schweiz. Nur der Verbrauch steigt stetig, letztes Jahr wieder um 2,3 Prozent. Sparmassnahmen können diesen Trend dämpfen, aber nicht umkehren. Stromsparlampen haben höchstens eine symbolische Bedeutung. Industrie, Dienstleistungen und Verkehr verbrauchen rund zwei Drittel unseres Stroms. Doch just bei der Wirtschaft ist das Sparpotenzial gering.

Der Anteil von Strom am gesamten Energieverbrauch ist seit 1980 von 18 auf 24 Prozent gestiegen. Das ist gut so, und es ist gewollt. Dank dem kongenialen Mix von Atomanlagen, welche die Grundversorgung sicherstellen, und den Stauseen, welche die Spitzen flexibel abdecken, verursacht die Schweiz pro Kopf etwa halb so viel CO<sub>2</sub> wie Deutschland und andere vergleichbare OECD-Länder.

Der «grüne» Strom ist der wohl erfolgreichste Propaganda-Coup seit der Erfindung des Kruzifixes: Millionen von gutgläubigen Menschen erwarten davon Wunder, obwohl alle Gesetze der Natur eigentlich dagegen sprechen. Obwohl mit Hunderten von Millionen Franken subventioniert, decken Wind- und Solaranlagen nicht einmal ein Promille des Schweizer Strombedarfs. Die «grüne» Technologie und insbesondere der Handel mit ihren Derivaten (Labels, Zertifikate etc.) ist ein Milliardengeschäft, an dem sich auch mächtige Lobby-Gruppen wie Greenpeace, Myclimate oder Swis cleantech gesundstossen. Doch zur Lösung der Energieprobleme tragen ihre Vorschläge so viel bei wie die Selbstgeisselungen zur Überwindung der Pest im Mittelalter.

Natürlich hat die Kernenergie Nachteile, und sie bringt auch die ersehnte Endlösung nicht. Doch ihr Gefahrenpotenzial wird von hysterischen Journalisten, Politikern und Öko-Propheten krass überzeichnet. Die Katastrophe im militärisch genutzten Reaktor von Tschernobyl, die gemäss dem offiziellen Unobericht 57 Todesopfer forderte, wäre bei den hiesigen Reaktoren physikalisch nicht möglich gewesen. Die Nagra hat den Nachweis längst erbracht, dass eine sichere Endlagerung des radioaktiven Abfalls im Opalinus-Ton möglich und verantwortbar ist.

Im Gegensatz zu anderen Giften, die sich nie abbauen und die wir in ungleich grösseren Mengen produzieren, ist Radioaktivität mit einem Geigerzähler relativ einfach zu kontrollieren. AKW funktionieren im Prinzip gleich wie Gas- oder Kohlekraftwerke, nur geben sie ihre giftigen Abfälle nicht in die Atmosphäre ab. Doch die fossilen Energieträger sind zurzeit die einzige realistische Alternative zum Atomstrom. Wer sie will, soll dazu stehen.

Bedachte Politiker – unter ihnen SP-Bundesräte wie Willi Ritschard und Hans Peter Tschudi – sorgten in den 1960er und 1970er Jahren dafür, dass die Schweiz bis ins neue Jahrtausend hinein eine sichere, günstige und saubere Stromversorgung hatte. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass es in diesem Land überhaupt noch eine Industrie gibt. Ihnen folgte eine Generation von opportunistischen Zeitgeistsurfern, deren Horizont bestenfalls bis zu den nächsten Wahlen reicht und die es stets mieden, das ideologisch kontaminierte Strom-Thema anzupacken. Leider werden sie die Folgen ihrer verantwortungslosen Politik des Verdrängens selber kaum erleben. ○



Anarchisten, Jungsozialisten, Kleinkriminelle: randalierender Mob am Rande der Albisgütli-Tagung der SVP in Zürich.

## Extremismus

# Von aufreizender Passivität

**Von Andreas Kunz — In der linksextremen Szene der Schweiz steigt die Gewaltbereitschaft seit Jahren. Am letzten Wochenende kam es zu einem brutalen Angriff auf SVP-Nationalrat Hans Fehr. Medien und die Behörden verharmlosen. Warum schreitet die Polizei nicht entschiedener ein?**

Der Vorfall ist in der jüngeren Schweizer Geschichte einzigartig: Am letzten Freitag wird Nationalrat Hans Fehr (SVP) auf dem Weg zu einer Parteiveranstaltung ins Zürcher Albisgütli abgepasst, die kriminellen Angreifer werfen ihn auf den Asphalt und schlagen mit Fäusten und Stiefeln auf seinen Kopf und Körper, bis er blutet. Erst als ihm ein paar junge Frauen aus der roten Szene zu Hilfe kommen, lassen die verummten Schläger von ihm ab. Mit Prellungen und Schürfungen landet Fehr im Triemlispiital.

An den Tagen danach fiel es den Medien schwer, den Überfall auf den SVP-Nationalrat zu verurteilen. Einzig der *Sonntagsblick* fand deutliche Worte («niederträchtiger Angriff von Gewalttätern»). Die anderen Zeitungen sprachen von einem «Zwischenfall» (*Tages-Anzeiger*) oder verharmlosten die Attacke in einer Kurzmeldung (*NZZ am Sonntag*). Der

Lokalsender Radio 1 von Roger Schawinski unterstellte Fehr, aus dem Übergriff «politisches Kapital» schlagen zu wollen. Wenn er in den kommenden frostigen Tagen verummte Menschen sehe, müsse er keine Angst haben, höhnte der Moderator. Erst als SP-Politiker wie die Zürcherin Beatrice Reimann das Opfer zum Täter machten, fühlten sich die Kommentatoren verpflichtet, den Angriff zu tadeln. Der *Tages-Anzeiger* begann seine Analyse bezeichnend: «Da hat es den Richtigen getroffen! Das dürfte sich manch einer gedacht haben, als er hörte, dass Vermummte Hans Fehr [...] zusammengeschlagen haben.» Bei der SP brauchte es für den Sinneswandel den Hinweis des ehemaligen Parteipräsidenten Helmut Hubacher, dass eine solche Attacke «am Ende noch die SVP stärke».

Die groteske Opfer-Täter-Debatte hätte nicht stattgefunden, wenn ein linker Politiker

von einem rechten Mob zusammengeschlagen worden wäre. Von Anfang an wären die Empörung gross und die Leitartikel der Chefredaktoren lang gewesen. Die Doppelmoral zeigt sich am Beispiel der amerikanischen Kongressabgeordneten Gabrielle Giffords, einer linken Politikerin, die kürzlich von einem psychisch gestörten Amokläufer attackiert worden war. Die Verantwortung dafür lag in der medialen Wahrnehmung eindeutig bei der rechten Protestbewegung Tea Party, die eine «tödliche Paranoia am rechten Rand» (*Tages-Anzeiger*) fördere. Jetzt, nachdem ein rechter Politiker von linken Gewalttätern zusammengeschlagen wurde, liegt die Schuld nach der medialen Logik aber nicht bei den Linken, die seit Jahren gegen die angeblichen «Fremdenhasser» in der SVP hetzen.

Im Getöse um die Schuldfrage untergegangen ist der fragwürdige Einsatz der Polizei,



Opfer oder Täter? SVP-Nationalrat Fehr.

die das Gewaltmonopol besitzt und die öffentliche Sicherheit der Bürger zu garantieren hat. Der Zürcher Polizeikommandant Philipp Hotzenköcherle unterstellte SVP-Nationalrat Fehr in einer ersten Stellungnahme eine Mitschuld («Es war sehr mutig von Herrn Fehr, so nahe bei den Demonstranten durchzulaufen»). Polizeivorsteher Daniel Leupi (Grüne) verurteilte den Angriff in einer Medienmitteilung zwar als «fundamental undemokratisch». Das Recht auf politische Integrität sei «nicht verhandelbar». Interviewanfragen lehnte Leupi jedoch ab; die Fragen der *Weltwoche* beantwortete der Medienchef der Zürcher Stadtpolizei Marco Cortesi.

**Offenbar konnten sich etwa hundert Meter von der Polizei entfernt verummte Gestalten formieren. Weshalb hat die Polizei dies zugelassen? Es lag doch bereits ein eindeutiger Rechtsbruch vor durch den Verstoss gegen das Vermummungs- und Versammlungsverbot? Weshalb schritt die Polizei nicht ein? Geschah dies auf Veranlassung von Stadtrat Leupi hin?**

Nachdem sich mehrere Dutzend Personen von der Tramhaltestelle auf die Strasse begeben und die Tramschienen blockiert hatten, erfolgte seitens der Stadtpolizei unver-



Rote Übergriffe: Gewalttätige Demonstration im November in Bern.

züglich eine Abmahnung mit einer kurzen Frist. Der Einsatzleiter zog sofort alle Einsatzkräfte zusammen. Als die Polizisten aus der Menge mit Rauchpetarden und anderen Gegenständen beschossen wurden, lösten sie die Blockade mit Reizstoff und Gummischrot auf. Von einem Nichteinschreiten kann deshalb keine Rede sein. Ihre Unterstellung, Stadtrat Leupi habe ein Einschreiten der Polizei verhindert, weise ich in aller Form zurück!

**Warum lassen Sie es zu, dass es in der Stadt gesetzlose Zonen gibt, die bestimmte Personen, hier ein Politiker, nur mehr auf eigenes Risiko durchschreiten können?**

In der Stadt Zürich gab und gibt es keine gesetzlosen Zonen. Die Stadtpolizei wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass es so bleibt.

**Warum sicherte die Polizei nur das Albisgütli-Gelände ab, nicht aber den Zufahrtsweg, auf dem Nationalrat Fehr den unbehelligten Vermummten in die Hände fiel?**

Die Stadtpolizei war wie in den vergangenen Jahren auch dieses Jahr im ständigen Kontakt mit dem Veranstalter. Dabei wurden die Zuständigkeiten klar definiert und abgesprochen. Aufgrund dessen war der Auftrag klar, die störungsfreie Durchführung der Veranstaltung zu gewährleisten. [...] Zudem stellt

sich die Frage, inwieweit die Polizei bei privaten Veranstaltungen verpflichtet ist, sämtliche Zu- und Wegfahrten zu sichern, und in welchem Perimeter. Dementsprechend würde sich auch sofort die Frage stellen, wer für diesen Aufwand aufkommen müsste.

### Schadenssumme auf Vorrat

Stadtpolizisten, die in Zürich regelmässig gegen den linken Mob im Einsatz stehen, beurteilen die Taktik anders. Die politische Führung sei «auf dem linken Auge blind». «Wenn sich irgendwo ein Grüppchen Neonazis bildet, lösen wir dieses sofort auf und nehmen die Personalien auf. Den linken Extremisten hingegen wird immer eine gewisse Schadenssumme auf Vorrat zugesprochen», sagt ein Polizist. Die anfänglich erfolgreiche «3-D-Strategie» (Dialog, Deeskalation, Durchgreifen) habe dazu geführt, dass der Mob in den letzten Jahren immer grösser und gewalttätiger werden konnte. Aus Angst vor einer Eskalation und den damit verbundenen Schlagzeilen halte sich das Korps bei den unbewilligten Demonstrationen stets zurück – und nehme dafür Sachschäden von mehreren hunderttausend Franken in Kauf.

Polizeisprecher Cortesi weist die Vorwürfe «energisch» als «unqualifizierte Aussagen»



## Biografische Verwirrungen

Die Linke tut sich schwer mit ihrem extremen Rand. Sie hat ein ungeklärtes Verhältnis zur eigenen Gewalt. *Von Peter Keller*

Es war ein Samstagabend im Januar 2009, als ein Tross fröhlicher Jungsozialisten, begleitet von ein paar Medienleuten, in den leerstehenden «Verenahof» in Baden eindrang. Man wollte das Traditions- und Bäderhaus besetzen, auf die Wohnungsnot aufmerksam machen und nebenbei eine kleine Party ausrichten. Daraus wurde ein exzessiver Zerstörungsrausch mit Vandalismus und Diebstahl.

Im Abspann dieser nächtlichen Gewaltorgie wurde der Anführer der Juso-Truppe, Cédric Wermuth, zur nationalen Figur. Er zeigte sich am nächsten Tag zerknirscht über die Taten, sie seien «nicht geplant» gewesen. Die SP hielt zu ihrem 23-jährigen Vizepräsidenten und bekräftigte gleichzeitig, man teile die ursprüngliche Absicht der Aktion: mit einer Hausbesetzung das Wohnproblem zu thematisieren.

Dieser Vorfall ist exemplarisch für das ungeklärte Verhältnis der Linken zur hausgemachten Gewalt. Kaum ein Exponent irgendeiner anderen Partei hätte einen solchen Abend politisch überlebt. Nicht so der SP-Mann. Ihn umweht seither der Hauch eines Haudegens, und seine Kantonalpartei belohnte den Lehrersohn mit der Kür zum Nationalratskandidaten.

Wo ein Hausbesetzer die höchsten Weihen der Partei erhält, kommt der extreme

Rand ins Schwitzen. Es müssen radikalere Aktionen her: das Anzünden einer Wahlurne, Gewaltakte gegen die Parteisekretariate der SVP, die regelmässigen Treibjagden in der Romandie, der Farbanschlag gegen die Hausfassade der Winterthurer Nationalrätin Natalie Rickli – «Natalie, wir kriegen dich» –, gekriegt haben sie schliesslich ihren Fraktionskollegen Hans Fehr an der Albisgütli-Tagung.

Die Co-Präsidentin der Stadtzürcher SP, Beatrice Reimann, meinte lapidar, Fehr habe verantwortungslos gehandelt und schob ihm die Schuld für die Prügelattacke zu. Auf Tele Züri wiegelte Nationalrätin Christine Goll ab. Man könne solche Gewaltübergriffe nicht einfach «mit links abbuchen». Man kenne genauso viele aus der rechtsnationalistischen Szene. Ist das so? Gibt es vergleichbare Aufmärsche wie die jetzt wieder anstehenden Anti-WEF-Demonstrationen, die meistens mit Sachschäden von Zehntausenden von Franken enden?

Die Integrität einer Person beginnt nicht erst mit der Bedrohung an Leib und Leben. Die Zürcher Stadtregierung toleriert seit Jahren die Hausbesetzerszene. Sie bildet den Humus des roten Mobs. Der jährliche Aufzug am Tag der Arbeit endet traditions-gemäss in der Verwüstung von Schaufenstern, Geschäften, Banken, Autos. Im 1.-Mai-Komitee befinden sich SP-Sektionen, Gewerkschaften, die Jungen Grünen Zürich und sechzig andere Organisa-

tionen. Wer das Eigentum anderer missachtet, wird in einem nächsten Schritt den Eigentümer selbst ins Visier nehmen. Auf den Eigentumsrechten aber fussen die Errungenschaften der französischen Aufklärung. Die Überwindung des Kapitalismus, wie ihn Wermuth und mit ihm die SP im jüngsten Programmwurf fordert, heisst Ent-eignung – und historisch gesehen ist kein solcher Akt je ohne Gewalt vollzogen worden. Es zieht sich eine rote Spur des Verbrechens von Lenin über Mao bis Fidel Castro.

### Karrierebeschleuniger

Die Linke hat ein Problem mit der Gewalt von links – aber sie hat ein noch grösseres Problem, diese Gewalt als solche anzuerkennen, was mit der eigenen biografischen Verwirrung zu tun hat. Der Präsident der Grünen Schweiz, Ueli Leuenberger, gehörte einer maoistischen Organisation an. Der frühere SP-Fraktions-Chef Franco Cavalli ist ein glühender Anhänger des kubanischen Diktators. Jean Ziegler hofiert marxistisch inspirierte Führer wie Gaddafi (Libyen) oder Mugabe (Simbabwe).

Die Liste liesse sich beliebig verlängern. Nationalrat Daniel Vischer begrüsst in seinen Poch-Jahren den sowjetischen Panzereinmarsch, mit dem der Prager Frühling 1968 brutal niedergewalzt wurde. Was allen Beispielen gemeinsam ist: Die Betroffenen haben ihre Vergangenheit weder bereuen noch aufarbeiten müssen. Extremismus von links ist salonfähig und kann ihre Karriere beschleunigen.

Anfang Jahr wurde die als «Sozialdemokratin der ersten Stunde» gefeierte Zürcherin Emilie Lieberherr zu Grabe getragen. Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) hielt eine der Abdankungsreden. Lieberherrs Parteiausschluss von 1990 wurde, wenn überhaupt, nur am Rande erwähnt. Zum Zerwürfnis kam es, weil Lieberherr bei den Jugendunruhen in den achtziger Jahren ein härteres Vorgehen als ihre Genossen forderte. Sie hatte die Gewaltfrage für sich geklärt – und verlor dafür ihre politische Heimat.

Inspiziert waren die Unruhen von Deutschland. «Macht kaputt, was euch kaputtmacht» – hiess der Marschbefehl von links. Für die Rote Armee Fraktion kam die «Gewalt des Systems» aus dem Kapitalismus, der zwangsläufig in den Faschismus führe. Ihren Terror rechtfertigten sie mit dem Begriff «Gegengewalt». In diesem Schema bewegt sich die Legitimation der Übergriffe bis heute. Die SVP hat es geschafft, den rechten Flugsand aufzufangen. Aber sie hat ihn nicht in die Parteileitung geholt. Bei der SP gehört der Extremismus bis auf weiteres zur Partei-DNA.



Aura des Haudegens: SP-Vizepräsident und Hausbesetzer Wermuth.

zurück. «Die Polizei hat in allen Fällen von Linksextremismus im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten gehandelt, Ermittlungen aufgenommen und Strafverfahren eingeleitet», sagt Cortesi.

Tatsächlich ist die Polizeiarbeit oft frustrierend, da sich die Staatsanwälte und Richter bei den verhafteten Linksextremisten bisher mit Nachsicht, bedingten Haftstrafen oder Strafgeldern in der Höhe einer Geschwindigkeitsbusse begnügten. Die sieben Personen, die am letzten Freitag festgenommen wurden, kamen am selben Abend wieder frei. Dabei könnte nach Artikel 260 des Strafgesetzbuches mit «einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft» werden, «wer an einer öffentlichen Zusammenrottung teilnimmt, bei der mit vereinten Kräften gegen Menschen oder Sachen Gewalttätigkeiten begangen werden».

Die milden Strafen leisten dem Mob Vorschub, seine Attacken, die vor allem gegen die SVP zielen, ungestört fortzusetzen. Es war bloss eine Frage der Zeit, bis es zu einem tätlichen Angriff auf einen Parteipolitiker kommen musste. Im letzten Jahr war es gemäss einer Liste des SVP-Sekretariats bereits zu über fünfzehn Anschlägen, Angriffen, Störungen oder Sachbeschädigungen von linksextremen Kriminellen gekommen. Fenster wurden eingeschlagen, Autos demoliert, Privathäuser von Nationalräten wie Natalie Rickli, Jürg Stahl oder Ulrich Schlüer teilweise massiv beschädigt. Bei einer Standaktion in Lausanne war ein Polizeieinsatz nötig, vor einer Veranstaltung zur Ausschaffungsinitiative wurde am Eingang eine bewaffnete Person verhaftet, es kam zu zahlreichen Farbanschlägen, Sprayereien, zu notgedrungenen Absagen von Anlässen und mehreren Angriffen auf die Parteisekretariate. Dazu kommen ungezählte Anschläge auf Banken, den «Club zum Rennweg» oder Avenir Suisse.

#### «Zähne aus der Fresse prügeln»

Ein Ende der roten Übergriffe ist im Wahljahr nicht abzusehen. Wenige Tage nach der Attacke auf Fehr kündeten die Kriminellen auf der Internet-Site Indymedia weitere Anschläge an («nächstes mal besser zielen dann gäbe es jetzt einen svp faschisten weniger»), oder sie verhöhnten das Opfer («ist doch nichts dabei einem svp nazi mit einer eisenstange die zähne aus der fresse zu prügeln»). Stimmen, die in den Foren an die Vernunft appellieren und den Anschlag auf Fehr als «antidemokratisch» verurteilen, werden in den Senkel gestellt («demokraten, eure zeit ist abgelaufen»).

Das Phänomen Linksextremismus hat im Schatten der öffentlichen Empörung über vereinzelte Neonazis seit Jahren zugenommen – und den Rechtsextremismus punkto Gewalt längst überholt. Gemäss dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB) kam es 2009 zu 220 «linksextrem motivierten Ereignissen», wo-



Kein Interview: Polizeivorsteher Leupi.

von 127 «gewalttätige Ereignisse gegen Objekte und Personen» waren (die Daten von 2010 liegen noch nicht vor). Zum Vergleich: Im gleichen Jahr kam es zu 85 «rechtsextrem motivierten Ereignissen», wovon 32 als «gewalttätig» eingestuft wurden. Entgegen der medialen Wahrnehmung sind die Gewalttaten von Linksextremen in der Schweiz viermal häufiger als die von Rechtsextremen. Das hindert

### Gewalttaten von Linksextremen sind viermal häufiger als die von Rechtsextremen.

den Bund oder Organisationen wie die Gesellschaft gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) nicht daran, jedes Jahr Tausende Franken öffentlicher Gsgelder für den Kampf gegen Skinheads oder Rechtsextremismus auszugeben. Bei der Bundespolizei existieren mehrere lange Berichte über das rechte Phantom – der Linksextremismus hingegen ist bislang noch nie ausführlich erforscht worden.

#### «Eher eine Zunahme»

Für den NDB bleibt das Gewaltpotenzial der linken Szene «unverändert hoch». Nach aktuellem Kenntnisstand sei «eher von einer Zu- als von einer Abnahme auszugehen». Die Szene umfasst laut NDB rund 2000 Personen, von denen 1000 als «gewalttätig» eingestuft werden. Die Mitglieder sind selbsternannte Anarchisten, Jungsozialisten, arbeitslose Kleinkriminelle oder wohlstandsverwahrloste Studenten von der Zürcher Goldküste. Sie wohnen bei ihren Eltern, in WGs oder besetzten Häusern. Der harte Kern ist in Vereinen wie dem Revolutionären Aufbau Zürich oder der

«Menschenrechtsorganisation» Augenauf organisiert. Angeführt werden die illegalen Demonstrationen meist von Andrea Stauffacher, einer angegrauten Zürcher RAF-Sympathisantin, die sich mit jungen männlichen Groupies umgibt. Sobald die Extremisten mit der Polizei in Kontakt kommen, stehen ihnen Links-Anwälte wie Marcel Bosonnet bei.

#### Die SVP ist selber schuld

Der NDB «verfolgt und analysiert die Lage laufend» und gibt «Lagebeurteilungen und allfällige Empfehlungen ausschliesslich an Partner und Auftraggeber» ab, sagt Sprecher Simon Johner. In der Isis-Datenbank des Geheimdienstes, einer Art Staatsschutzkartei, sind zwar 200 000 Personen registriert, die meisten Angaben sind jedoch veraltet und nicht mehr sicherheitsrelevant. Bei der Zürcher Stadtpolizei, in deren Verantwortungsgebiet die meisten roten Übergriffe passieren, gibt es eine Fachgruppe «Extremismus/Personen- und Objektschutz». Die Spezialisten melden die Daten mutmasslicher Täter im Auftrag des NDB nach Bern. Sie rapportieren Farbanschläge und erstatten Meldung, wenn eine ungewollte oder gewalttätige Kundgebung stattgefunden hat. Die Fachgruppe ist innerhalb der Stadtpolizei auch für die Lagebeurteilung von Demonstrationen und Grossanlässen zuständig. «Mit den geltenden Bestimmungen des Staatsschutzes ist es der Polizei ohne konkreten Verdacht aber nur möglich, die öffentlich verfügbaren Informationen auszuwerten», sagt Marco Cortesi. E-Mails abzufangen, Computer zu hacken oder Privaträume zu verwanzen, sei verboten.

In den meisten Städten, in denen der Linksextremismus grassiert, liegt die politische Verantwortung bei linken Politikern. Und diese tun sich schwer, das Phänomen überhaupt als Problem zu erkennen (siehe Seite 12). Der Lausanner Polizeidirektor Marc Vuilleumier (Partei der Arbeit) erklärte im letzten Herbst einen Angriff auf das SVP-Parteisekretariat als «Teil der Stigmatisierungs-Politik der SVP». In Zürich war der grüne Polizeivorsteher Daniel Leupi nach der Krawallnacht im Nachgang zur Ausschaffungsinitiative in die Kritik geraten, weil er laut SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli zu seinen Polizisten gesagt haben soll, er würde «lieber auf der anderen Seite» des Umzugs stehen.

Die nächste Bewährungsprobe im Kampf gegen die linken Gewalttäter folgt spätestens am 1. Mai. Wie wird sich die Stadtpolizei beim traditionellen Verwüstungsumzug durch den Zürcher Kreis 4 verhalten? «Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren», sagt Cortesi. Zurzeit fänden Absprachen mit der Staatsanwaltschaft, der Kantonspolizei und anderen Partnern statt. «Wir werden an diesem Anlass grossen Wert auf qualifizierte Festnahmen und Verurteilungen legen», sagt Cortesi. ○

## Mit gezinkten Karten

Von Alex Reichmuth — Der öffentliche Verkehr wird immer teurer. Die Kostenwahrheit holt Politik und Bürger ein. Die Zeche zahlen sollen vor allem die Autofahrer. Das ist ungerecht.



Deckungsgrad von nur gerade 47 Prozent: Schienenverkehr.

Achtzig bis hundert Franken für die Autobahnvignette, bis zu zehn Rappen mehr pro Liter Benzin, um zehn Prozent teurere Billette, stark reduzierte Steuerabzüge für Bahnpendler: Die Ernüchterung war gross, als Doris Leuthard (CVP) vor einigen Tagen ihre Pläne präsentierte, um den weiteren Ausbau des Schienen- und Strassennetzes zu finanzieren. «Ich wollte die grossen Finanzierungsprobleme aber nicht kaschieren, sondern offen auf den Tisch legen», begründete die neue Verkehrsministerin ihr forsches Vorgehen. Aufgeschrien ob der angekündigten Mehrbelastungen haben vor allem die Vertreter des öffentlichen Verkehrs. Für sie ist neu, dass die finanziellen Probleme der Schiene klar benannt werden. Leuthards Vorgänger Moritz Leuenberger (SP) pflegte einen anderen Stil: Er redete den Unterhalt der Bahninfrastruktur lange systematisch klein und zielte reflexartig auf das Portemonnaie der Automobilisten ab, wenn das Geld fehlte. Leuthards Bestreben, bei der Finanzierung von kommenden Verkehrsprojekten transparent vorzugehen, ist darum begrüssenswert.

Seltsam ist allerdings, wie Medien und Parteien die aktuellen Kostenwahrheiten im Verkehr darstellen. Der *Tages-Anzeiger* etwa kommentierte nach Leuthards Pressekonferenz: «Weder die Autofahrer noch die Bähnler kommen heute für die vollen Kosten ihres Verkehrs

auf.» Die Autofahrer würden zwar Bau, Unterhalt und Betrieb der Strassen aus der eigenen Tasche finanzieren. «Nicht decken müssen sie aber die hohen Kosten der Umweltbelastung, des Lärms und der Folgen von Unfällen.» Die Grüne Partei schrieb gar: «Der öffentliche Verkehr darf gegenüber dem privaten Verkehr nicht weiter benachteiligt werden.» Insbesondere führten die Grünen ungedeckte Unfall- und Umweltkosten der Strasse von jährlich sieben bis acht Milliarden Franken an. Solche Argumentation ist aber irreführend. Die Anhänger des öffentlichen Verkehrs in den Parteien und bei den Medien bedienen sich willkürlich des grossen Angebots an Zahlen.

### Überschuss in Milliardenhöhe

Zwingend ist ein Blick in die Strassenrechnung und in die Eisenbahnrechnung des Bundes. Die aktuellste vorliegende Strassenrechnung, jene für 2008, zeigt, dass der private Motorfahrzeugverkehr seine direkten Kosten über diverse Abgaben (Autobahnvignette, Mineralölsteuern, Fahrzeugsteuern etc.) mehr als abgegolten hat. Der Deckungsgrad betrug in der Kapitalrechnung gar 117 Prozent. Es resultierte ein Überschuss von 1,25 Milliarden Franken. Bereits seit 1995 kommen die Strassenbenutzer für mehr als ihre Kosten auf. Ganz anders sieht es bei der Eisenbahnrechnung

aus: Die Schienenbenutzer berappten 2008 nur gerade 47 Prozent der von ihnen erzeugten Kosten. Mehr als die Hälfte der benötigten Gelder trug somit der Staat bei. Ähnlich tief liegt der Deckungsgrad beim Schienenverkehr schon seit vielen Jahren.

### Sogenannte externe Kosten

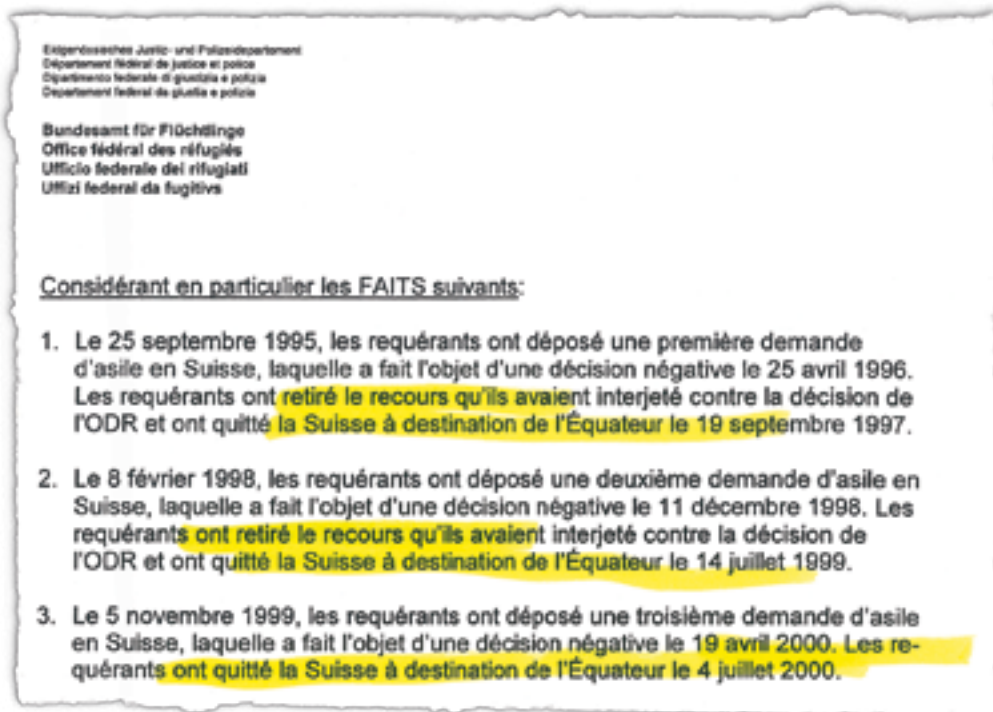
Die eindeutigen Zahlen der Strassen- und Eisenbahnrechnung sind natürlich den Protagonisten des öffentlichen Verkehrs bekannt. Sie führen darum sonstige Auswirkungen ins Feld, um den Privatverkehr anzugreifen: die sogenannten externen Kosten. Es handelt sich um Schäden, die der Verkehr anrichtet, die aber bei der Gesellschaft insgesamt anfallen und darum auf keiner Rechnung automatisch erscheinen. Typischerweise sind die finanziellen Folgen von Unfällen gemeint, die Auswirkungen von Luftverschmutzung und Lärm sowie die Klimaschäden durch den CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Der Bund schätzte die externen Kosten des Strassenverkehrs für 2005 auf 8,1 Milliarden Franken. Zählt man auch die umstrittenen Staukosten dazu, sind es sogar 9,3 Milliarden. Die externen Schäden des Schienenverkehrs betragen demgegenüber nur 450 Millionen Franken. Diese Auswirkungen werden heute erst teilweise in Rechnung gestellt – etwa über die Schwerverkehrsabgabe LSWA. Im Strassenverkehr bleiben jährlich externe Kosten in der Höhe von etwa fünf bis sechs Milliarden Franken ungedeckt.

Allerdings schadet der Verkehr der Gesellschaft nicht nur, er nützt ihr auch. Ein reibungsloser Verkehrsfluss ist Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft. Der Verkehr schafft Wohlstand, Arbeitsplätze und für die öffentliche Hand Steuereinkommen. Der Bund hat 2006 den gesamten Nutzen des Verkehrs erstmals geschätzt und kam zum Schluss, dass dieser drei bis acht Milliarden Franken über dem gesamten Aufwand liegt. Die Wertschöpfung des Strassenverkehrs beträgt 46 Milliarden Franken, diejenige des Schienenverkehrs hingegen nur sechs Milliarden (was zusammen zwölf Prozent des Bruttoinlandprodukts ausmacht). Alleine der Strassenverkehr sorgt für 216 000 Vollzeitstellen in der Schweiz.

Wer ungedeckte Auswirkungen für die Gesellschaft ins Feld führt, verlässt die Argumentation der Verkehrsrechnung im engeren Sinn. Konsequenterweise gehört dann auch der gesamtwirtschaftliche Nutzen des Verkehrs berücksichtigt. Die links-grüne Seite beklagt einerseits Milliarden Schäden des Strassenverkehrs für Gesellschaft und Umwelt, übergeht andererseits aber bewusst den grossen Nutzen dieses Verkehrs. So wird das Bild des rücksichtslosen Autofahrers zementiert, der der Gesellschaft etwas schuldet und darum zur Kasse gebeten werden muss. Ein unlauteres Vorgehen. ○

# Farce mit Folter

Von Alex Baur — Seit über fünfzehn Jahren narrt ein Ecuadorianer die Behörden mit Lügen und falschen Papieren. Drei Mal wurde er ausgeschafft, vier Mal kam er zurück. Ein Ende ist nicht in Sicht.



*Erfundene Schauergeschichten:* amtsinternes Dokument vom vierten Asylgesuch des Mauro E.

Letztmals am 18. Januar 2010 ersuchte das Bundesamt für Migration (BFM) die Schweizer Botschaft in Quito (Ecuador), eine Reihe von Dokumenten des Mauro E., von dessen Gattin sowie deren zwei Töchtern zu überprüfen. Doch diesmal liessen sich die Diplomaten Zeit. Mauro E. ist auf der Botschaft ein alter Bekannter. Als der heute 41-jährige «Händler» (*comerciante*) sein erstes Asylgesuch in der Schweiz stellte, war er gerade mal 26 Jahre jung. Seither hält Mauro E. die Schweizer Asyljustiz mit erfundenen Schauergeschichten auf Trab. Und ein Ende ist auch nach über fünfzehn Jahren noch nicht in Sicht. Der Mann weiss, wie man die Schweizer Asyljustiz austrickst.

Die Geschichte des Mauro E. ist längst zur Farce mutiert, in der abgehobene Schweizer Asylrichter die Hauptrolle übernommen haben. Dabei agiert Mauro E. nicht einmal besonders schlau oder gar raffiniert. Dies zeigen die umfangreichen Akten des BFM, die der *Weltwoche* zugespielt wurden. Bereits im Februar 2000 hatte die Schweizer Botschaft zahlreiche Dokumente vor Ort überprüft, mit denen er seine Verfolgung belegen wollte. Nach nur fünf Wochen lag ein detaillierter Untersuchungsbericht auf dem Tisch, der Mauro E. als notorischen Fälscher und Betrüger entlarvte.

Politische Manifestationen, während deren der Mann von der Polizei angeblich verletzt,

verhaftet und misshandelt wurde, fanden nie statt; die Klinik, in der er sich gemäss Arztzeugnissen behandeln liess, existierte nicht; sein Haftbefehl ist eine Totalfälschung, ebenso die Zertifikate einer völlig legalen Gewerkschaft, bei der man Mauro E. nicht kennt.

Man fragt sich verwundert, wie der angeblich polizeilich gesuchte Linksaktivist E. immer wieder völlig ungehindert auf dem Flughafen von Quito ein- und ausreisen konnte. Real war lediglich ein Anwalt, der ihn einmal vertreten haben will, der dem Vertrauensanwalt der Botschaft aber eine Geschichte erzählte, die überhaupt nicht zu jener seines Mandanten passte. Im April 2000 wies das damalige Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) das Asylgesuch ab und schickte Mauro E. samt Familie in seine Heimat zurück.

Es war bereits der dritte Negativentscheid, seit Mauro E. im September 1995 erstmals in Freiburg einen Asylantrag gestellt hatte. 1997 wurde er ein erstes Mal in seine Heimat ausgewiesen. Seine Story war unglaubwürdig. Ein halbes Jahr später meldete er sich wieder in der Schweiz. Im Juli 1999 folgte die zweite Ab- und Ausweisung. Vier Monate später war Mauro E. wieder da, mit Kind und Kegel, und stellte in Neuenburg den dritten Asylantrag. Im Juli 2000 wurde er samt Anhang wieder ausgewiesen. Das hinderte die Familie nicht, sich am

1. Januar 2002 ein viertes Mal bei der Empfangsstelle in Vallorbe zu melden.

Die letzte Befragung dauerte gerade mal eine gute Stunde. Es war die alte Geschichte mit neuer Garnitur. Mauro E. behauptete, er sei bei einer Demo verletzt und wegen Sachbeschädigung verhaftet worden. In der Nacht auf den 17. Dezember 2001 hätten Polizisten ihn zu Hause aufgesucht und ihn samt Familie zur Flucht ins Ausland genötigt. Dummerweise hatte die Familie E. ihre Europareise eine Woche vor dem angeblichen Polizeiüberfall gebucht. Auch die Ausreisewilligung für die Kinder – in Ecuador ein aufwendiges Prozedere, vor allem wenn es nicht die eigenen sind – war schon lange vorbereitet, wie die Spezialisten des BFF schnell feststellten.

## Auf die posttraumatische Tour

Im Februar 2002 wies das BFF das dritte Asylgesuch als offenkundig unbegründet ab. Mit Hilfe des Centre social protestant von Genf zog Mauro E. den Negativentscheid weiter an die Asylrekurskommission (heute Bundesverwaltungsgericht). Und dort ruhte das Dossier erst einmal während mehr als fünf Jahren.

Mit Urteil vom 24. Oktober 2007 hoben die Asylrichter François Badoud, Gérald Bovier und Regula Schenker Senn die Wegweisung wieder auf. Zwar war auch ihnen nicht entgangen, dass Mauro E. seine «Flucht» in die Schweiz lange vor dem angeblichen Übergriff geplant hatte. Doch, so meinten die Asylrichter, hätte das BFF den Widersprüchen ein «zu hohes Gewicht» (*une importance excessive*) beigemessen. In der Zwischenzeit hatte Mauro E. zudem den Bericht eines Genfer Psychiaters nachgereicht, der sowohl bei ihm wie auch bei einer der Töchter eine «posttraumatische Belastungsstörung» diagnostizierte, die «schwerlich mit einer anderen Ursache als Misshandlungen erklärt werden» könne.

Die Asylrichter wiesen das mittlerweile zum BFM mutierte BFF deshalb an, die Angaben des Ecuadorianers noch einmal vor Ort zu überprüfen. Die Behörden passten sich fortan dem Tempo der Berner Asyljustiz an. Das BFM brauchte mehr als zwei Jahre, um der Schweizer Botschaft in Quito am 18. Januar 2010 den Auftrag zu erteilen, die «Beweise» von Mauro E. auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Die Antwort erfolgte Ende November 2010. Und sie brachte keine Überraschung.

Mehrere Arztzeugnisse, die Polizeiübergriffe belegen sollen, sind Totalfälschungen. Bei einer Menschenrechtsorganisation, auf die sich Mauro E. berief, wurde sein Name nie registriert. Eine Psychiaterin in Quito, die ihm ein Folter-Attest ausstellte, hat sich in Luft aufgelöst. Und bei der Unión Alfarista, mit der Mauro E. sympathisiert, handelt es sich um eine etablierte Bewegung, die dem amtierenden Präsidenten Rafael Correa nahesteht. Das Verfahren kann damit in die nächste Runde gehen. ○

## Waffenbesitz als Krankheit

Von Urs Paul Engeler — Die Entwaffnungs-Initiative ist eine der hinterhältigsten politischen Aktionen. Sie schafft kein bisschen mehr Sicherheit, krepelt aber Armee, Politik und Gesellschaft um. Gesundheitsbeamte sollen die Waffenhalter jagen.



*Kriminalstatistisches Randphänomen:* Hobbyschützen am Rütli-schiessen im letzten November.

Ohne nur einen Anflug von Schamesröte zu zeigen, erzählt der grüne Aargauer Nationalrat Geri Müller den andächtig lauschenden Delegierten der CVP die Lüge, wonach pro Jahr 300 Suizide mit Armeewaffen begangen würden. Niemand im Saal protestiert. Müller, der seine Stimmbänder mit viel, viel Kreide bestreut hat, sülzt weiter: Wenn Volk und Stände der sogenannten Schutz-vor-Waffengewalt-Initiative der Armeecabschaffer von der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) zustimmten, könnten künftig Fremdtötungen sonder Zahl verhindert werden. Niemand im Saal verweist auf die offiziellen Statistiken. Das rot-grün-feministische Volksbegehren, schwindelt Müller fort, sei auch keine Frage von links oder rechts und von pro oder kontra Armee, sondern des Lebensschutzes. Ergriffen folgt die Menge schliesslich dem netten Friedensprediger aus Baden.

Die Diskussion um die Initiative hat längst den Bereich der rationalen Debatte verlassen. Jedes «Jö» zählt mehr als alle nachprüfbaren Tatsachen.

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat schon vor einem Monat die nachprüfbaren Fakten veröffentlicht. 17 Prozent aller Selbsttötungen (insgesamt rund 1300 jährlich) werden mit Schusswaffen ausgeführt. (Zum Vergleich: 30 Prozent vergiften sich, 23 Prozent erhängen sich, die anderen stürzen sich von Brücken oder vor Züge.) Von diesen minoritären 17 Prozent, die eine Schusswaffe gebrauchen, setzen wiederum nur 5 Prozent eine persönliche Armeepistole und nur 3 Prozent ein Armeesturmgewehr ein. Kurz: Die Armeewaffe ist gemäss amtlicher Statistik bei lediglich 1,8 Prozent aller Selbsttötungen das Tatmittel, also in etwa 24 Fällen pro Jahr. Wer ehrliche und wirksame Suizidprophylaxe betreiben will, müsste andernorts ansetzen.

Wer mit diesem Thema jedoch einseitig die 246 000 Armeewaffen ins Zentrum stellt, der verfolgt ganz andere Ziele.

Aufgeschreckt durch die zunehmend irrationaler und faktenfreier geführte Waffen-debatte, hat auch die Militärjustiz begonnen, die Unglücksfälle und Verbrechen mit Armeegewehren und -pistolen einzeln zu addieren. Das Oberauditorat in Bern erfasst sämtliche Vorfälle während des Militärdienstes lückenlos, diejenigen im Zivilleben allerdings nicht systematisch. Die Resultate müssen jeden erstaunen, der die Armeewaffe als nationales Risiko betrachtet. Die Sonderfälle können an einer Hand abgezählt werden; in einzelnen Jahren gab es überhaupt nichts zu notieren.

Als Ereignisse mit der persönlichen Waffe ausserhalb der Dienstzeit erfasste die Militärjustiz: 2008 null Tötungen, sechs Suizide, null Körperverletzungen, vier Missbräuche (Be-

drohungen, unkontrollierte Schussabgaben); 2009 null Tötungen, null Suizide, null Körperverletzungen, dreizehn Missbräuche; 2010 null Tötungen, null Suizide, null Körperverletzungen, vier Missbräuche. Auch wenn diese Daten etwas zufällig erhoben worden sind, wie Hauptmann Martina Hugentobler, Sprecherin der Militärjustiz, betont. Das Sturmgewehr des aktiven Soldaten hat keinen negativen Einfluss auf das Sicherheitsniveau des Landes.

### Meistens wird ein Messer benutzt

Die schweren Delikte gegen Leib und Leben werden in der Regel mit einem Messer begangen. Die jüngste Kriminalstatistik des Bundesamtes für Polizei (Fedpol) listet für 2008 noch 165 vollendete oder versuchte Tötungen auf (2007 waren es 203). Lediglich bei 18 versuchten oder vollendeten Angriffen aufs Leben (oder in knapp elf Prozent aller Attacken) kam überhaupt eine Schusswaffe zum Einsatz; viermal häufiger (68-mal) wurde mit einem Messer zugestochen. Wie viele dieser 18 eingesetzten Feuerwaffen tatsächlich persönliche Armeewaffen waren, muss offenbleiben, da die Statistik dies nicht gesondert ausweist. Als Anhaltspunkt kann aber eine Auflistung aus dem Jahr 2009 dienen, als insgesamt nur drei Gewehre als Tatmittel gezählt wurden; die überwiegende Zahl der Verbrechen erfolgte mit Faustfeuerwaffen (Revolver und Pistolen). Diese Einschätzung wird durch den Umstand mehr als gestützt, dass fast zwei Drittel der Täter Ausländer waren, die kein Armeesturmgewehr haben, weder im Schrank noch im Zeughaus.

Noch marginaler ist die Rolle der Feuerwaffen bei den Körperverletzungen: Nur 37 von insgesamt 8893 Verwundungen (oder vier Promille!) erfolgten im Jahr 2009 durch eine Kugel. Der Einsatz der persönlichen Armeewaffe ist kriminalstatistisch ein Randphänomen.

Auch in keinem der aufwühlenden Amokläufe der letzten Jahre – angefangen bei Günther Tschanun, der 1986 vier seiner Arbeitskollegen im Zürcher Bauamt erschoss, über Friedrich Leibacher, der 2001 in Zug vierzehn Politiker (und sich selbst) tötete, bis zum Bieler Rentner, Behördenschreck und Waffenhorter Peter Hans Kneubühl, der letztes Jahr einen Polizisten schwer am Kopf verletzte – war eine persönliche Armeewaffe im Spiel. Wer die schwere Kriminalität ehrlich und wirksam bekämpfen will, muss andernorts ansetzen. Wer mit diesem Thema jedoch die Armeewaffe ins Zentrum stellt, der verfolgt ganz andere Ziele, etwa die «Überwindung» der defensiven Milizarmee.

Die Anhänger eines stehenden Profi-Heeres haben sich zu diesem Zweck mit den erklärten Armeeabschaffern von der GSoA verbündet, um ihr eigenes Ziel, die Liquidation der traditionellen Miliz, zu erreichen. Die Absichten der rot-grünen Initianten sind immerhin öffentlich nachlesbar: die Abschaffung der Schweizer Armee. Eine Initiative zur Aufhebung der Wehr-

pflicht, so die nächste Phase, ist bereits lanciert. Die Marschroute der Mitläufer ist verschlungen, verdeckt. Ihre Etappen heissen: die Zerschlagung der Miliz, die schlanke Anpassung ans EU-Waffenrecht, schliesslich die volle Nato-Kompatibilität einer auf Auslandseinsätze getrimmten juvenilen Berufstruppe. Aus diesem Grunde geben auch einige Offiziere und Journalisten, frustriert ob der neuen Doktrin von Verteidigungsminister Ueli Maurer (SVP), der Initiative freudig Flankenschutz.

Wie radikal das verantwortungsvolle Verhältnis des freien und pflichtbewussten Bürgers zu seiner Waffe umgekrempelt werden soll, wurde interessanterweise noch nie diskutiert. Heute kontrollieren das Fedpol sowie, was die Militärwaffen betrifft, das Sicherheitsdepartement VBS die Umsetzung des Waffen-



*Schwindelnder Prediger:* Nationalrat Müller.

rechts. Die Initiative will ihnen diese Kompetenz entziehen. Mit einem Ja zum Begehren würde erstens Absatz 1 von Artikel 107 der Bundesverfassung («Waffen und Kriegsmaterial») gestrichen und zweitens die Regelung des Waffenbesitzes neu unter den Titel «Schutz der Gesundheit» (Art. 118 der Verfassung) gestellt.

Das ist mehr als ein Formalismus, wie die Initianten in ihrem «Argumentenkatalog» selbst schreiben. Die Aufsicht über Schusswaffen wird den heute für Justiz, Polizei und Militär zuständigen Departementen, denen die links-grüne Gruppe misstraut, entzogen und – ins Bundesamt für Gesundheit (BAG) transferiert! Das regelungswütige Amt für Verbote, das bereits Paffen als eine Form des Suizids («Rauchen ist tödlich») brandmarkt, mit wirren Pandemie-Alarmen Angst und Schrecken verbreitet und den Alkoholgenuss am liebsten verbieten würde, soll garantieren, dass die braven Bürger

wirklich ausnahmslos entwaffnet werden. Die fanatische eidgenössische Gesundheitspolizei würde zur Monsterbehörde für Gesundheit und Gewehr, zu einem BAGG, aufgerüstet.

Feuerwaffenbesitz als Krankheit, das Problem eingebettet zwischen Globuli und ioni-

### 2010: null Tötungen, null Suizide, null Körperverletzungen, vier Missbräuche mit Armeewaffen.

sierenden Strahlen: Der Kampf gegen das Gewehr wird zu einer neuen staatlichen Daueraufgabe, denn die Initiative verbietet Erwerb, Besitz, Tragen, Gebrauch und Verkauf von «Feuerwaffen und Munition». Als Ausnahmen können sich nur Polizisten, Händler, aktive Sportschützen, Jäger und Sammler bezeichnen; diese müssen allerdings ihren «Bedarf» für jede einzelne Waffe und «erforderliche Fähigkeiten» nachweisen. Wie diese Lizenz zum Waffenbesitz ausgestaltet werden soll, ist völlig offen. Ebenso unklar bis umstritten bleibt, mit welchen Zwangsmitteln die Berner Beamten um die zwei Millionen privater Schusswaffen konfiszieren dürfen.

### Kosten von über einer Milliarde Franken

Wer ist ein «Sammler»? Und braucht ein Jäger wirklich mehr als drei Schusswaffen (Schrotflinte, ZF-Stutzer, Drilling)? Die Waffenrechtsspezialisten im Bundesamt für Polizei können auf solche konkrete Fragen keine Antworten geben: Das heutige Bundesrecht definiert diese Begriffe nicht. Der Bundesrat schreibt in seiner Botschaft, dass die Terminologie der Initiative rechtlich nur sehr schwer zu fassen sei. Allerdings gehe er davon aus, dass eine «Lizenz für die Teilnahme an einem Wettkampf» noch «keinen Fähigkeitsnachweis für das Schiessen» darstelle. Das heisst auch, dass die Mitgliedschaft in einem Schützenverein nicht genügt, um als «lizenzierter Sportschütze» zu gelten.

Selbst wenn die künftigen BAGG-Beamten Razzien veranstalteten und andere Zwangsmittel einsetzten, um die Schweiz zur waffenfreien Zone zu machen, generierten sie nur neue Probleme, und zwar finanzielle wie psychische. Jede eingezogene Feuerwaffe ist das Eigentum des Besitzers und müsste nach ihrem Marktwert entschädigt werden. Die Stückkosten liegen, vorsichtig geschätzt, zwischen 500 und 2000 Franken. Der Bund müsste für den Kauf der rund zwei Millionen Waffen somit ein Sonderbudget von weit über einer Milliarde Franken bereitstellen.

Noch brisanter: An Veranstaltungen wie in Radiointerviews sind immer häufiger Stimmen zu hören wie jene eines entschlossenen siebzehnjährigen Hauptmanns a. D.: «Nie im Leben werde ich meine Dienstpistole abgeben! Nie!» Die Entwaffnungs-Initiative schürt mehr Konflikte, als sie entschärft. ○

# Orban mistet den Stall aus

Von Aron Papp — Um Ungarn tobt ein Meinungsstreit. Das neue Mediengesetz verletze die Grundrechte, befand das EU-Parlament – ohne das Regelwerk im Detail zu kennen.



*Kulturkämpferischer Stil:* Ungarns Regierungschef Viktor Orban vor dem EU-Parlament.

Kaum hatte das ungarische Parlament vor Weihnachten ein neues Mediengesetz verabschiedet, brach über die konservative Regierung ein Sturm der moralisch untersetzten Kritik herein, der letzte Woche seinen Höhepunkt im EU-Parlament fand. Der schwere Vorwurf lautet: Einschränkung des Grundrechts auf freie Meinungsäusserung. Parallelen zum Dritten Reich wurden bemüht, und Daniel Cohn-Bendit (Grüne) sah Ministerpräsident Viktor Orbán auf dem Weg, ein europäischer Hugo Chávez zu werden.

Nun soll mit der Beantwortung eines von der EU-Kommission aufgesetzten Fragenkataloges möglichst bald Ruhe einkehren, damit die Donaurepublik den EU-Rats-Vorsitz ohne neue «Skandale» über die Bühne bringen kann. EU-Kommissions-Sprecher Jonathan Todd teilte mit, sollten die Antworten aus Budapest unzureichend sein, behalte sich die Behörde die Einleitung eines Verfahrens wegen Verletzung des EU-Vertrags vor. Zufall oder Kalkül Budapests? Niemand erwartet ernsthaft, dass ein solches Verfahren gegen ein Land mit dem Ratsvorsitz eingeleitet wird.

EU-Medienkommissarin Neelie Kroes hat drei Hauptpunkte gefunden, mit denen das Gesetz in Konflikt mit den Brüsseler «Richtlinien über audiovisuelle Mediendienste» stehen könnte. Es geht um folgende Fragen.

1 — Dürfen auch ausländische Medien unter das ungarische Gesetz fallen? (Die EU meint, die Kontrolle sei zu strikt.)

2 — Lässt sich Ausgewogenheit der Berichterstattung bis hin zu Blogs vorschreiben? (Die EU glaubt, die Möglichkeiten einer ausgewogenen Berichterstattung seien beschränkt.)

3 — Geht die vorgeschriebene Registrierungspflicht zu weit? (Die EU vermutet das.)

Anders als in diversen Medien berichtet, wurde Budapest bislang aber nicht aufgefordert, das Gesetz «anzugleichen», es wurde nur um eine detaillierte Stellungnahme gebeten.

Was steckt hinter den Vorgängen? Die mit einem klaren parlamentarischen Zweidrittelmandat ausgestatteten ungarischen Konservativen haben eine innenpolitische Grossreform eingeleitet. Das zur Systemwende 1989 ursprünglich im liberalen Lager beheimatete, nunmehr grundkonservative politische Urgestein Viktor Orbán, 47, setzt damit weitgehend Wahlversprechen um. Er mistet den Augiasstall der sozialistischen Vorgänger aus, will die Donaurepublik mit einer soliden Finanz- und Wirtschaftspolitik wieder zu einem attraktiven Standort für Investoren machen.

Doch der ambitionöse Lauf von Orbán wandte sich schon bald nach seinem Amtsantritt im Mai ins Gegenteil. Die siegreichen, ländlich geprägten Konservativen haben zwar das links-

liberale Establishment in Budapest politisch übertrumpft, doch medial spielen sie in der dritten Liga. Sie haben seit Jahren eine miserable internationale Presse. Das Land auf dem Weg in eine Diktatur zu sehen, ist jedoch blanker Unfug. Orbáns kulturkämpferischer Stil irritiert vor allem die linksliberale Budapester Kulturelite. Die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung jubelt ihm zu – wie im Herbst die Kommunalwahlen bewiesen haben.

## Meer von Negativberichterstattung

Beteiligt am Mediendesaster ist zweifellos die ungarische Presse selber. Bereits am 22. Dezember, als das Gesetz in seiner Endfassung – nach etwa 150 Änderungsanträgen in letzter Minute – noch nicht einmal auf Ungarisch, geschweige denn in Englisch oder auf Deutsch verfügbar war, setzte die Negativberichterstattungs-Lawine ein – in weitgehender Unkenntnis des 170-seitigen Gesetzestextes. In diesem Meer von Negativberichterstattung stellt sich die Frage nach der Professionalität der Presse. Die Behauptung, «unausgewogene Berichterstattung» werde mit ruinösen Geldstrafen bedroht, wurde am 6. Januar vom Budapester Kommunikations-Staatssekretariat als Falschmeldung widerlegt, hält sich dennoch bis heute hartnäckig.

Zu einer Versachlichung der Debatte und einem europäischen Dialog haben die meisten grossen europäischen Tageszeitungen nichts beigetragen – ganz im Gegenteil. Eine ganz andere Frage ist, wie das Budapester Regierungslager dazu kommt, die Medienaufsichtsbehörde nur mit eigenen Leuten zu besetzen. Dies war, auch wenn parlamentarisch abgesegnet, ein taktisch ausgesprochen unkluger Schachzug.

Ungarn braucht ein neues Mediengesetz, sonst müsste das alte, mittlerweile völlig untaugliche Regelwerk in Kraft bleiben. Grundelemente stammen aus dem Jahr 1986 – also noch aus kommunistischen Zeiten. Eine inhaltliche Debatte vorab wäre aber ratsam gewesen. Der gründlich missratene Kraftakt hängt damit zusammen, dass die Konservativen, ihrem eklektischen Weltbild folgend, nach dem Sozialisten-Desaster der vergangenen acht Jahre nicht nur Recht, sondern im Auftrag ihrer Wähler vor allem Gerechtigkeit schaffen wollen.

Die von Brüssel kritisierten drei Punkte stehen in einem krassen Missverhältnis zur internationalen Pressehysterie. Die Medienkarawane wird bald weiterziehen – aber es bleibt ein Nachgeschmack und ein grosser Restwert an schlechter Reputation. Für die stolzen Magyaren – und alle anderen Beteiligten.

**Aron Papp** ist Wirtschaftsjournalist aus Zürich und Experte für schweizerisch-ungarische Beziehungen. Er war lange Jahre für Nachrichtenagenturen tätig, später als Firmen-Pressesprecher. Seit 2002 ist er Berater für Schweizer KMU in Budapest.

## Macht des Daumens

Von Daniel Ammann — Die Beispiele Tunesien und Elfenbeinküste zeigen, wie gefährlich Demokratie in Afrika ist. Ein Schweizer Dokumentarfilm trifft den Nerv der Zeit.

In Tunesien schickte das Volk eben seinen korrupten Despoten in die (saudische) Wüste und kämpft für mehr demokratische Rechte. In der Elfenbeinküste klammert sich der abgewählte Präsident mit zunehmender Gewalt an sein Amt und seine Pfründe: Demokratische Machtwechsel sind in Afrika selten – und wenn es sie gibt, bleiben die Verhältnisse sehr fragil.

«Wahlen sind halt ein Kampf um die Macht, und die Politiker lassen die Macht nicht gerne los», sagt ein Mann in den Strassen von Accra, der Hauptstadt Ghanas, fast schon philosophisch im Film «An African Election».

Dieser Dokumentarfilm, der zurzeit im Wettbewerb des wichtigen Sundance Film Festival läuft, ist ein Glücksfall. Sein Timing könnte nicht besser und seine Botschaft nicht aktueller sein. Regisseur Jarreth Merz, 1970 in Zürich geboren und aufgewachsen in Ghana, gelang ein erhellendes Stück Zeitgeschichte und ein Politthriller erster Güte.

Thema seines Films sind die drei Monate bis zu den Präsidentschaftswahlen 2008 im Ghana. Diese Wahlen führten zum erst zweiten demokratischen Machtwechsel in der Geschichte des Landes, wurden zum positiven Vorbild für ganz Afrika – und zur grossen Belastungsprobe. Regierung und Opposition schenkten sich nichts und kämpften um den Wahlsieg, als ginge es ums nackte Überleben.

Jarreth Merz und sein Team nehmen uns mit ihren Kameras überall mit. Zu den Menschen auf den Strassen, auf die Märkte, in die Parteibüros, auf die Wahlkampfveranstaltungen – und in den sogenannten *Strong Room*, wo die Wahlresultate aus dem ganzen Land zusammengezählt werden und die Spannung mit jedem Fax steigt.

Als sich nämlich abzeichnet, dass der Wahlausgang äusserst knapp wird, kommt das politische System Ghanas an seinen Anschlag. Die Rhetorik der Politiker wird militanter, man beschuldigt sich gegenseitig des Betrugs, Anhänger der beiden Parteien gehen aufeinander los, es kommt zu Strassenschlachten, besorgte Stimmen warnen gar vor einem Bürgerkrieg. Als dann ein zweiter Wahlgang ausgerufen wird, weil kein Kandidat die Stimmenmehrheit erlangte, muss man das Schlimmste befürchten.

Auch wenn man als Zuschauer den Ausgang der Wahlen kennt – die Opposition gewinnt schliesslich und kann die Regierungsgeschäfte friedlich übernehmen –, fiebert man mit, als ob sich das Schicksal des westafrikanischen Landes auf der Leinwand entscheide.



Packend wie «24»: Regisseur Merz.

Denn Jarreth Merz, der in Los Angeles lebt, möchte auch unterhalten und montiert den Wahlkampf packend wie eine Folge der Echtzeit-Krimiserie «24». Er zeigt, wie die fragilen demokratischen Strukturen zwar arg unter Druck kommen, aber doch halten, als der Machtwechsel Realität wird. Dies nicht zuletzt dank besonnener Köpfe, denen die Menschen vertrauen, zum Beispiel des ehemaligen Präsidenten Jerry Rawlings oder Kwadwo Afiyee, des Leiters der Wahlkommission, der in den hitzigsten Momenten ruhig wie ein Bombenentschärfer bleibt.

Eine herausragende Qualität von «An African Election» ist es, ganz ohne belehrende Kommentare auszukommen. Jarreth Merz lässt die Protagonisten sprechen: die Politiker, die Politologen und Ökonomen, die Journalisten – und vor allem immer wieder die Menschen von Ghana.

Und hier, in den Strassen, zeigt sich, dass die Demokratie ein hochansteckender Virus ist. Die Ghanaer möchten ihre «Macht des Daumens» (der beim Wählen mit Tinte eingefärbt wird) nicht mehr missen. Oder wie ein Fischer im Film sagt: «Wenn ich mich in der Regierung getäuscht habe oder wenn sie korrupt wird, dann wähle ich sie in vier Jahren wieder ab.»

Das ist nicht die Botschaft, die Despoten gerne hören.

## Blocher, Ackeret, Müller, Darbellay, Fischer

Am letzten Freitag ereignete sich im Zürcher Albisgütli Besonderes. Um sieben Uhr morgens erschien SVP-Strategiechef Christoph Blocher mit Matthias Ackeret, Moderator der Fernsehshow «Blocher-TV», vor dem Schützenhaus, um die neueste Folge der wöchentlichen Gesprächssendung aufzunehmen. Da der Eingang verschlossen war, klopfte Blocher an die Tür. Eine tamilische Putzfrau öffnete. Blocher fragte, ob er eintreten dürfe, doch die gewissenhafte Putzfrau wies ihn ab. Sie müsse den Raum für den Parteianlass am Abend fertigstellen und der Chef habe es ihr verboten, fremden Personen Einlass zu gewähren. Blocher erwiderte, das sei richtig, als Angestellte müsse man sich stets an den Auftrag des Chefs halten. Die Putzfrau murmelte zurück: «Ja, Auftrag.» Blocher fragte, wo der Chef denn sei. Die Putzfrau sagte, er schlafe noch. Und bevor Blocher nochmals nachhaken konnte, wiederholte die Putzfrau ihren «Auftrag», den Raum «jetzt fertigzuputzen» und «niemanden hereinzulassen». Die Tür fiel zu, Blocher und Ackeret mussten ins Hotel «International» ausweichen. (aku)

Das zentrale Element des vierfarbigen Wahlprospekts der CVP, der am Samstag an der Delegiertenversammlung druckfrisch abgegeben wurde, ist eine Doppelseite mit dem unbescheidenen Titel «Swiss Team 2011». Dummerweise grüsst von der Bildstrecke mit allen Repräsentanten der Partei in Bern auch (noch) Nationalrat Thomas Müller, der eine Woche zuvor die Partei in Richtung SVP verlassen hat. Um diese Peinlichkeit zu korrigieren, muss Präsident Christophe Darbellay die gesamte 16-seitige Broschüre umgestalten und nochmals drucken lassen. So dass ein Grossteil der 12 000 Franken Parteisteuern, die Müller nachzahlen hatte, für die Elimination des Abtrünnigen verbraucht wird. (upe)

In der Altjahrswoche vertreiben die Haslitaler im Berner Oberland die bösen Geister. Dann erscheint auch eine Art Faschingszeitung, der *Übersitzler*. Eine der Meldungen ist politisch relevant – fand aber in keinem ernsthaften Medium Beachtung: Gerhard Fischer (SVP), Grossratspräsident des Kantons Bern, soll aus der SVP-Sektion Meiringen ausgeschlossen werden. Grund: Vor der Wahl des Gemeindepräsidenten im November unterstützte er den parteilosen Hans Jakob Walther und nicht Fredel Abplanalp. Dieser war der SVP in letzter Sekunde beigetreten, damit er portiert wird. Am Dienstag musste sich Fischer gegen die bösen Geister in seiner Sektion wehren. Ob mit Erfolg, blieb bis Redaktionsschluss offen. (dg)



# Unehrliche Liebesbezeugungen

Von Hansrudolf Kamer — Beim Treffen der Präsidenten Amerikas und Chinas ging es nicht um Menschenrechte. Das Problem sind die wirtschaftlichen Divergenzen – und das chinesische Unvermögen.



Kein «Sputnik-Moment»: letzte Vorbereitungen zum Empfang des chinesischen Präsidenten.

Nur Rush Limbaugh, dem Bullenbeisser unter den amerikanischen Radiomoderatoren, ist aufgefallen, dass der Friedensnobelpreisträger des Jahres 2009 einen Fauxpas beging. Er empfing ausgerechnet jenen Potentaten mit höchsten Ehren in Washington, der den Friedensnobelpreisträger 2010 ins Gefängnis warf. Und dort behält.

Die Harmonie des Tête-à-Tête im Weissen Haus störte das nicht. Schliesslich ging es um Wichtigeres. Vielleicht hat ja der vorletzte Preisträger für seinen Nachfolger ein gutes Wort eingelegt, in aller zurückhaltenden Höflichkeit.

Das Zusammentreffen zwischen den Präsidenten Amerikas und Chinas war auch nicht dem Frieden gewidmet. Zwar haben die beiden Staatenlenker Interesse an der Aufrechterhaltung stabiler Verhältnisse. Ihr eigenes, persönliches Schicksal hängt davon ab. Sie sprachen floskelhaft von wachsendem Verständnis und zunehmender Kooperation.

Zuvorkommend war auch die amerikanische Presse. Hu Jintao konnte ganz einfach erklären, China arbeite an einer Verbesserung der Menschenrechte. Es sei hier noch im Rückstand. Dass der chinesische Oberführer auf diese Weise «gezwungen» wurde, sich zu offenbaren, wurde als grosser Coup dargestellt – eine Sternstunde der freien Medien!

Menschenrechte sind nicht das, was diese Mächtigen wirklich bewegt. Es sind die wirtschaftlichen Divergenzen. Die Ziele der beiden Grossen – China als Potenzial, Amerika als Realität – könnten unterschiedlicher kaum sein. Die nach dem Ende des Kalten Kriegs eingeleitete amerikanische Politik des «Engagements», die sich von der klassischen Einzäunungsstrategie gegenüber der Sowjetunion unterscheiden sollte, verliert an Glaubwürdigkeit und Rückhalt.

## Amerikanisches Wunschdenken

In den letzten Jahren haben Amerika und vor allem China von der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit profitiert. Nun werden die politischen Aspekte wichtiger. Die Amerikaner hatten erwartet, dass China, einmal der Armut entronnen, sich als Stütze einer Weltordnung entpuppen würde, die auf freiem Handel zu allseitigem Vorteil und einem vereinbarten Regelwerk gründet. Doch diese Vorgabe entspricht westlichen, nicht chinesischen Vorstellungen.

Zugleich war die Hoffnung genährt worden, China könnte sich demokratisieren – gemäss der Theorie, dass wirtschaftliche Liberalisierung früher oder doch wenigstens später zu einer politisch freien Ordnung führen wird. Doch die wirtschaftliche Liberalisierung ist

begrenzt geblieben. Überdies hatte China Gorbatschow vor Augen und zog daraus eigene Schlüsse.

Eine weitere amerikanische Denkfigur war, China werde geopolitische Verantwortung übernehmen. Das bedeutet konkret: Das Reich der Mitte trägt zu weltpolitischer Stabilität bei, übernimmt gewisse Lasten der Sicherheitspolitik, wirkt bei der Eindämmung der iranischen Atompolitik mit, hält Nordkorea in Schach und sabotiert nicht Versuche, andere «Schurken» wie Robert Mugabe oder Hugo Chávez einzudämmen.

Wunschdenken: Statt nach einer freien Weltwirtschaft strebt China nach einer merkantilistischen Ordnung zum eigenen Vorteil. Exporte werden subventioniert, wichtige Importe kontrolliert, der Technologietransfer wird erzwungen und die Währung manipuliert. Die militärische Aufrüstung unterstreicht die nationalistische Zielrichtung.

## Unzufriedenheit im Reich der Mitte

Normalerweise reflektiert die militärische Planung – Streitkräfte- und Rüstungsplanung – auf Jahre hinaus die wirkliche Strategie einer politischen Führung. Sie drückt den politischen Willen aus, wohin die Reise gehen soll. In den letzten zwei Jahrzehnten liess sich beobachten, wie sich Struktur und Bewaffnung der chinesischen Streitkräfte veränderten. Sie dienen nun einem klar erkennbaren Zweck: der Verdrängung der amerikanischen Präsenz im Pazifikraum.

Von einer Hegemoniestellung ist China allerdings weit entfernt. Das chinesische Wachstum blendet, doch, gemessen am Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung, rangiert China auf der Höhe von Ländern wie dem Iran, Ecuador, Thailand und Algerien – und dies nach dreissig Jahren schneller Entwicklung. China müsste weiter sein. Da ist irgendetwas schiefgelaufen.

Auch die Sowjetunion konnte einen Menschen ins All schicken und die Welt in Staunen versetzen. Obama spricht denn auch mit Blick auf China von einem «Sputnik-Moment», der aufrütteln sollte. China ist aber nicht die Sowjetunion, auch wenn es Ähnlichkeiten gibt – Korruption und Lotterwirtschaft etwa.

Von einer effizienten Verwendung der Ressourcen kann der gelbe Riese nur träumen. Ob Erdbeben, Blutskandal, verunreinigte Milch oder Gewaltanwendung: Das Unvermögen ist offensichtlich, und die Unzufriedenheit wächst. Ein Tiananmen-Massaker kann nicht immer die Lösung sein.



Hansrudolf Kamer

Dr. phil., Experte für internationale Sicherheitspolitik. Ehemals Korrespondent in Stockholm, Jerusalem, Moskau und Washington sowie Auslandchef und stellvertretender Chefredaktor der NZZ.

# 2700 Franken Verlust pro Kopf

Von Kurt Schiltknecht — Die Nationalbank muss den Risiken ihrer Aktiven und der Eigenmittelquote Beachtung schenken – damit ihre Geld- und Währungspolitik nicht in Zweifel gezogen wird.



Grosse Risiken: SNB-Präsident Hildebrand.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat recht, wenn sie bei der Bekanntgabe ihres riesigen Verlustes sagt, dass das Erzielen von Gewinnen nicht die vorrangige Aufgabe einer Notenbank sei. Ihre Aufgabe sei es, eine Geld-

len automatisch Gewinne an. Wäre die kurzfristige Gewinnmaximierung das Ziel einer Notenbank, so müsste sie möglichst viel Notenbankgeld generieren. Daraus ergäbe sich allerdings ein Zielkonflikt mit der Preisstabilität. Da diese aus volkswirtschaftlicher Sicht Vorrang hat, ist der Spielraum für das Erzielen von Gewinnen beschränkt. Trotzdem darf der Gewinnaspekt nicht ganz aus dem Auge verloren werden. Er kommt insbesondere bei der Auswahl der Aktiven zum Tragen. Diese müssen wertbeständig sein und längerfristig einen Ertrag abwerfen. Je besser die Qualität der Aktiven ist, umso grösser das Vertrauen der Märkte in eine Währung.

Im Laufe der letzten Jahre hat sich die Zusammensetzung der Aktiven der SNB verändert. Der Anteil des Goldes zur Deckung des Notenbankgeldes nahm ab und derjenige der Währungsreserven zu. Über einen längeren Zeitraum hinweg spielt es im Hinblick auf die Erträge im Allgemeinen keine grosse Rolle, ob inländische oder ausländische Anlagen gehalten werden. Die häufig höheren Erträge auf ausländischen Anlagen werden über die Zeit durch eine Aufwertung des Schweizer Frankens kompensiert. Es sind die Finanzmärkte, die dafür sorgen, dass es unter normalen Verhältnissen keinen Währungsraum gibt, in dem unter Berücksichtigung des Risikos über eine

krise nahmen die Währungsreserven der Nationalbank um rund 50 Milliarden Franken auf etwas über 90 Milliarden Franken zu. Dieser Anstieg liess sich rechtfertigen, denn zur Stabilisierung des Bankensystems muss die SNB dieses mit sehr viel Liquidität versorgen. Die Guthaben der Banken bei der Nationalbank, die sich normalerweise um 8 Milliarden Franken bewegen, stiegen auf über 40 Milliarden Franken. Als sich die Situation auf den Finanzmärkten etwas zu beruhigen begann und allgemein mit einer etwas restriktiveren Geldpolitik gerechnet wurde, überraschte die Nationalbank im Frühjahr 2010 den Markt mit Devisenkäufen von rund 140 Milliarden Franken. Die Giro Guthaben der Nationalbank stiegen vorübergehend auf über 100 Milliarden Franken, und diese wurde zu einem der grössten Kreditgeber der Euro-Länder. Der Versuch, den Wechselkurs des Euro auf einem Kursniveau zu stabilisieren, bei dem es keine Hinweise auf eine Überbewertung gab, war zum Scheitern verurteilt. Heute behauptet die Nationalbank, dass diese Käufe nur zur Vermeidung einer Deflation getätigt worden seien. Inzwischen scheint es allerdings auch der Nationalbank bewusst geworden zu sein, dass sie auf dem geldpolitischen Holzweg war. Kurze Zeit nach den Interventionen begann sie mit dem Verkauf eigener Schuldverschreibungen Liquidität in grossem Stil abzuschöpfen. Geblieben sind die Klumpenrisiken der Währungsbestände von über 200 Milliarden Franken. Eine weitere starke Aufwertung des Frankens würde das Eigenkapital so stark schrumpfen lassen, dass das Vertrauen der Finanzmärkte in die Wertbeständigkeit des Frankens leiden würde. Eine für die schweizerische Wirtschaft und den Finanzplatz gefähr-

## Gewinnträchtige Beteiligung am Emotionenmarkt

made by Gübelin.

**GÜBELIN**  
JUWELEN · UHREN

und Währungspolitik zu machen, die dem Gesamtinteresse des Landes diene und als vorrangiges Ziel die Erhaltung der Preisstabilität habe. In der Vergangenheit gab es deshalb auch kaum kritische Diskussionen über den Nationalbankgewinn. Heute ist dies anders, denn mit einem Verlust von 21 Milliarden Franken oder knapp 2700 Franken pro Kopf der Bevölkerung wurde ein Ausmass erreicht, das volkswirtschaftlich ins Gewicht fällt.

Für Notenbanken ist es leicht, Gewinne zu erzielen. Indem sie der Wirtschaft nichtverzinsliches Notenbankgeld verkaufen und aus dem Erlös verzinsliche Aktiven erwerben, fal-

längere Frist systematisch höhere Erträge erwirtschaftet werden können. Kurzfristig kann es allerdings zu grossen Ertragsdifferenzen kommen, wenn sich eine Währung aufgrund unerwarteter Ereignisse stark abwertet oder eine Anlage an Wert einbüsst. Je nachdem fallen bei der Notenbank grosse Gewinne oder Verluste an. Solange sich die Währungsreserven der SNB einigermaßen im Einklang mit der Wirtschaft entwickelten, hielten sich die Gewinne und Verluste der Nationalbank in einem zur Wirtschaftskraft der Schweiz tragbaren Rahmen. Dies hat sich in den letzten drei Jahren dramatisch verändert. Als Folge der Banken-

liche Entwicklung. Die unkontrollierten Devisenkäufe zeigen, dass auch Notenbanken den Risiken ihrer Aktiven und der Eigenmittelquote gebührend Beachtung schenken sollten. Nur so können sie vermeiden, dass die Solidität ihrer Geld- und Währungspolitik in Zweifel gezogen wird.



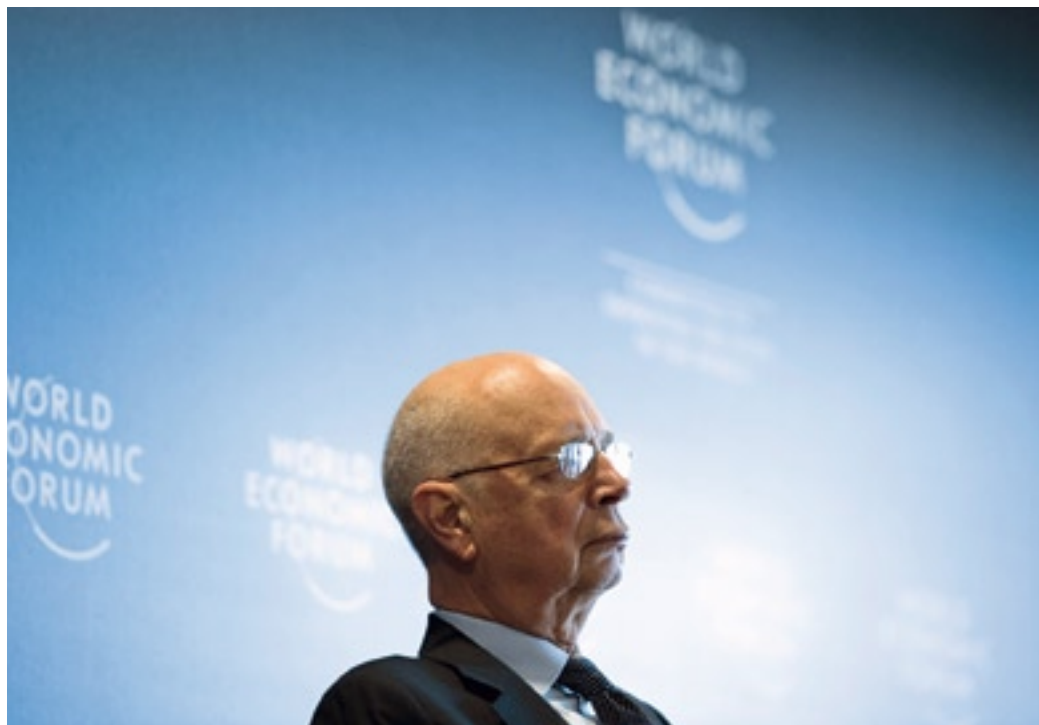
**Kurt Schiltknecht**

Volkswirtschaftler, ausserordentlicher Professor an der Universität Basel und Verwaltungsrat.

Philipp Hildebrand antwortet seinen Kritikern: Seite 38

# Träume vom Nobelpreis

Von Markus Gisler — Klaus Schwab steht diese Woche im Zentrum des Weltgeschehens. Ans Aufhören denkt der 72-Jährige noch lange nicht. Die Zukunft des WEF ist aber gesichert.



Telefondiskussionen am Sonntagnachmittag: WEF-Gründer Schwab.

Die beste Zeit, mit Top-Shots aus Wirtschaft und Politik in Kontakt zu treten», sagt WEF-Gründer Klaus Schwab, «ist der Sonntagnachmittag.» Da setzt er sich regelmässig ans Telefon und diskutiert mit adäquaten Pendanten – nicht über Gott, aber über die Probleme dieser Welt. Dergestalt pflegt er sein Netzwerk, das, nach über vierzig Jahren, wohl das dichteste der Welt ist.

Die Idee, Wirtschaftsführer und Politiker zusammenzubringen, kam dem Ingenieur und Betriebswirtschaftler an der Kennedy School of Government, jener Abteilung der Elite-Universität Harvard, an der Schwab seine Dissertation schrieb und die, wie keine andere, weltweit angehende Regierungsleute, Politiker und hohe Beamte ausbildet. Das Know-how dieser Eliteschule wollte er der Businesswelt näherbringen und umgekehrt den Politikern mehr Verständnis für die Geschäftswelt vermitteln. Also legte er sich ins Zeug und brachte 1971, gerade mal 33-jährig, gut 400 Manager und ein paar Regierungsleute ans erste Meeting nach Davos.

Mittlerweile pilgern regelmässig 2500 Gäste in den Luftkurort, gut die Hälfte Manager, der Rest verteilt sich auf Regierungsvertreter, Ökonomen, Wissenschaftler, Journalisten und Künstler. Mehr Betten bietet das Dorf im Landwassertal schlicht nicht.

Mit einem unerhörten Sendungsbewusstsein, für mehr Verständigung in der Welt zu sorgen, hat Schwab in den letzten 41 Jahren dieses Meeting zum globalsten aller Elitetreffen ausgebaut. Freimütig sagt er denn auch über sich: «Ich bin ein Missionar», und sein selbsterteilter Auftrag ist schon fast gottgegeben: «Durch ein gemeinsames Engagement von Führern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wollen wir den Zustand der Welt verbessern», verkündet er seit Jahren auf der eigenen Website. Schwab weiss, was er geleistet hat, und dazu steht er mit geradezu erfrischender Offenheit: «Ich bin ein Künstler», diktierte er einmal einem Journalisten ins Notizbuch, und als ihn vor zwei Jahren die Zeitschrift *Bilan* fragte, ob er sich den Nobelpreis wünsche, sagte er: «Wissen Sie, wovon ich träume? Nicht vom Friedensnobelpreis, denn – ohne arrogant sein zu wollen – ich will als Professor Klaus Schwab handeln und nicht anders. Das ist eine Frage der persönlichen Identität. Aber ich muss zugeben, dass ich mich, sollte ich für einen Nobelpreis in Frage kommen, über den Wirtschaftsnobelpreis aufrichtig freuen würde.»

Dass nach der zweifelhaften Vergabe an Jassir Arafat 1994 und letztes Jahr an Barack Obama der Friedensnobelpreis für Schwab nicht Ruhm genug wäre, lässt sich nachvollziehen. Doch allein, dass er sich mit seiner

schon 1971 publizierten Theorie über den Stakeholder-Ansatz für Grosskonzerne in den Gefilden eines wissenschaftlichen Preises sieht, zeugt vom nicht eben geringen Selbstbewusstsein des Professors.

Derlei verzeiht man angesichts der eindrucksvollen Leistung dem Wahlgenfer, der mit seinen 72 Jahren immer noch im Vollbesitz seiner physischen und intellektuellen Kräfte ist. Er schwimmt jeden Tag, nimmt am Engadin-Skimarathon teil und ist im Sommer fast jedes Wochenende auf einer Bergtour. Dennoch stellt sich angesichts der Dominanz seiner Persönlichkeit innerhalb des WEF immer häufiger die Frage: Wer folgt auf Klaus Schwab? Für den Nimmermüden ist das etwa so, wie wenn man Roger Federer fragen würde, wann er den Rücktritt vom Tennissport bekanntgibt. Vor 2020 denkt Schwab nicht ans aufhören, das Jubiläum zum 50. Forum will er auf alle Fälle noch leiten. «Ich bin ein Künstler, und Künstler werden nie pensioniert», sagte er vor zwei Jahren der *Südostschweiz* und verwies auf den mittlerweile 100-jährigen Hans Erni. Also könnte er 2030 auch noch das 60. WEF leiten.

## Kofi Annan könnte der Nachfolger sein

Befürchtungen, dass das Forum implodieren würde, falls Schwab doch etwas zustossen sollte, sind unbegründet. Die Organisation ist mit über 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und vor allem mit dem prominent besetzten 22-köpfigen Stiftungsrat (unter anderen Kofi Annan, Joe Ackermann, Peter Brabeck) so gut abgesichert, dass die Kontinuität gewährleistet ist. Dieser Stiftungsrat wird, falls nötig, eine international renommierte Persönlichkeit als Nachfolger finden. Kofi Annan ist genauso ein denkbarer Nachfolger wie Bill Clinton oder sonst eine Regierungspersönlichkeit a. D.

Zu übersehen ist auch nicht, dass sich das WEF als globaler Think-Tank stets weiterentwickelt. Während in den letzten Jahren vor allem die zwanzig Industrie-Gruppen (von Landwirtschaft über Mining bis zu Telekommunikation) das Rückgrat des WEF bildeten, ist seit neuestem der Global Agenda Council hinzugekommen. Dieser orchestriert fünfzig Expertengruppen, die sich der wichtigsten Probleme des Planeten angenommen haben. Dazu gehören Menschenrechte, Bevölkerungswachstum, Überalterung, Korruption bis zu Währungsfragen und geistiges Eigentum. Je mehr Initiativen vom WEF ausgehen und je mehr sich das WEF zur globalen Denkfabrik entwickelt, desto unabhängiger wird es von seinem Gründer.



Markus Gisler

ist Betriebsökonom, ehemaliger Chefredaktor von *Cash* und heute Partner einer Medienagentur.

## Gegen die Wand

Von Walter De Gregorio — Wenn Schweizer Fussballer zu früh ins Ausland wechseln, kommt es, wie es kommen muss: Sie scheitern. Die Spieleragenten trifft nicht allein die Schuld.



Abgeschoben: der 19-jährige Ben Khalifa im Länderspiel gegen die Ukraine.

Es ist immer das Gleiche: Gelingt es einem Jungen, den Ball dreimal zu jonglieren, ist er ein Star. Schafft er es, den Ball zu stoppen, ohne dass er ihm vom Schienbein springt, ist er reif für das Ausland. Dass der Sportjournalismus allgemein und der Boulevard im Speziellen gern zu Superlativen greifen, mag im Hörsaal für Kommunikation und Medienwissenschaften ein Lächeln provozieren – im Tagesgeschäft einer Redaktion ist es normal. Je langweiliger eine Veranstaltung, umso prächtiger die Sprachblüten. Es reicht, ein einziges Mal das Trikot der Nationalmannschaft zu tragen, und man wird zum «Nati-Star» – ob man nun spielt oder auf der Ersatzbank sitzt. In einem Land, in dem Wettermoderatorinnen und Ex-Vize-Missen zum Grundarsenal der A-Prominenz zählen, erstaunt das nicht.

Wir leben in einer Welt der Blender und Geblendeten, oder wieder sizilianische Schriftsteller Leonardo Sciascia einmal sagte: «Es gibt Männer, halbe Männer, Männlein und *quaquaraquà*.» – Die letzte Kategorie empfand Sciascia als die schlimmste. «*Quaquaraquà*» – frei übersetzt: «Plauderi» – ist ein Mensch ohne Werte, ohne Inhalt. So wie die Blender: Sie versprechen einem auch dann noch das Blaue vom Himmel, wenn bereits der nächste Tsunami anrollt. «*Quaquaraquà*» gibt es in der Politik,

in der Wirtschaft, unter Journalisten, selbstverständlich, und vor allem im Sport: Dort heissen sie in der Regel «Spielermittler» oder «Spieleragenten» – mit oder ohne Fifa-Lizenz. Wahrscheinlich gibt es auch Männer unter den Agenten, doch über die Ausnahmen wollen wir hier nicht reden.

### «Es läuft super, super, super, super»

Wir bleiben bei den «*Quaquaraquà*». Wenn man einen Spielermittler sprechen hört, dann tönt es zum Beispiel so: «Ich versichere Ihnen, dass wir nicht auf das schnelle Geld aus sind.» – «Ich behandle meine Spieler, wie wenn es meine eigenen Söhne wären.» – «Ich habe noch nie von einem Spieler einen einzigen Franken genommen.» Die Zitate stammen von Max Urscheler, in der Branche besser bekannt als «Mischler-Max». Das Interview gab er im Dezember 2009 der Zeitung *Sonntag*; wenige Wochen zuvor war die Schweizer U-17-Nationalmannschaft unter Führung von Daniel Ryser Weltmeister geworden. Im Final gegen Titelverteidiger Nigeria hatte Haris Seferovic das 1:0-Siegestor geschossen. Seferovic hatte an der WM insgesamt vier Treffer erzielt, ebenso viele wie Nassim Ben Khalifa, der eingebürgerte Tunesier. Beide gehörten damals zum Nachwuchs der Zürcher Grasshoppers, beide wurden von Max Urscheler betreut, der seine Spie-

ler nach dem WM-Titel per Fax in halb Europa anbot und gleichzeitig betonte, die Jungtalente nicht verheizen zu wollen.

Seferovic landete beim Serie-A-Klub Fiorentina – allerdings im Nachwuchs. Als der *Sonntagsblick* im letzten September bei Uscheler nachfragte, wie es dem 18-jährigen Seferovic gehe, meinte er: «Es läuft super, super, super, super.» Und das bei null Einsätzen in der ersten Mannschaft. «Man kann ja nicht erwarten, dass er gleich spielt.»

Nassim Ben Khalifa landete beim deutschen Meister Wolfsburg, nach einer einzigen Saison in der Super League und weniger als dreissig Spielen für GC. In diesen Tagen wurde bekannt, dass Ben Khalifa nach Nürnberg abgeschoben wird, ohne beim deutschen Meister über den Nachwuchs hinausgekommen zu sein. Nürnberg befindet sich auf einem Abstiegsplatz, die Hölle für einen unerfahrenen Spieler wie Ben Khalifa. «Es wäre besser gewesen, wenn er noch bei GC geblieben wäre», sagte Nürnberg-Trainer Dieter Hecking dem *Sonntagsblick*. Und man fragt sich, wieso er ihn dann geholt hat. Weil auch Trainer illegal mitkassieren bei jedem Transfer, so absurd er ist?

In einem Bericht der EU-Kommission wird die Fussballbranche als Hort von «Geldwäscherei und Korruption» bezeichnet, die Spielermittler werden als «Grundübel» gebrandmarkt. Doch die Kritik greift zu kurz. Nicht allein die Spielermittler trifft die Schuld, die «*Quaquaraquà*» sitzen oft auch in den Chefetagen der Vereine. Gleich nach dem WM-Titel der U-17-Nationalmannschaft sagte GC-Präsident Roger Berbig: «Ein Verkauf von Ben Khalifa und Seferovic käme einer Bankrotterklärung gleich. Ausserdem würden wir den Spielern keinen Gefallen tun.» CEO Urs Linsi doppelte nach: «Ein Verkauf unserer hoffnungsvollsten Spieler steht nicht zur Diskussion, sondern die Sanierung der AG.» Berbig ist inzwischen weg, Linsi ist GC-Präsident und hat das Gegenteil von dem gemacht, was er predigte. Das immerhin konsequent.

Wieso sich junge Spieler immer wieder den Kopf verdrehen lassen und glauben, jenseits der Grenze liege das Schlaraffenland, ist letztlich eine Frage, die mit dem Hinweis auf abgezockte Spielerberater wohl kaum zu beantworten ist. Junge Spieler fahren gegen die Wand, weil ihnen vermutlich nie jemand gesagt hat, dass es Wände gibt draussen in der Welt. Wer mit der Playstation gross wird, hat das Gefühl, mit dem Drücken der richtigen Tasten jeden Drachen erlegen zu können. Im Leben ist es etwas komplizierter.



Walter De Gregorio

Historiker, ehemaliger Sportchef und stellvertretender Chefredaktor der *Blick*-Gruppe, langjähriger Italien-Korrespondent.

## Schweizer Frauen einst und jetzt

Von Christoph Mörgeli

Wollen wir den Umfragen glauben, so werden 61 Prozent unserer Frauen die sogenannte «Waffenschutzinitiative» der SP-Armeeabschaffer unterstützen. Sarah Palin aus Alaska könnte also bei der hiesigen Damenwelt mit ihrer Weisheit «Nicht aufgeben, nachladen!» kaum punkten. Nicht weiter tragisch. Umso tragischer aber verlaufen die meisten Leserbriefe von Frauen. Zu Hundertschaften wimmelt es da von «Familienmorden» (K. S. aus L.), «Waffengewalt» (H. S. aus R.), «Drohmitteln» (L. H. aus Z.) oder «häuslicher Gewalt» (E. S. aus B.).

Die verschreckten Schreiberinnen sind derselben Meinung wie ehemals Landvogt Gessler: «Gefährlich ist's, ein Mordgewehr zu tragen.» Und anderer Meinung als ehemals Gertrud Stauffacher, die ihren zagenden Werner zum bewaffneten Widerstand aufrüttelte: «Der kluge Mann baut vor.» Die heutige Stauffacherin heisst Andrea, führt mit dem Megafon die militant linksextreme Szene an und krawalliert gegen Militär-, Polizei- und Repressionsstaat.

Vorbei sind die sagenhaften mittelalterlichen Zeiten, als sich 1292 wegen militärischer Abwesenheit der Männer die tapferen Zürcherinnen in Wehr und Waffen auf dem Lindenhof versammelten. Und so die österreichischen Belagerer zum Abzug bewegten. Irgendwie mag man sich heute die hauchzarte Stadtpräsidentin Corine Mauch nicht so recht mit Helm, Speer und schimmernder Rüstung vorstellen.

Vergessen ist die Frau des wackeren Schneidermeisters Hediger in Gottfried Kellers «Fähnlein der sieben Aufrechten», die ein Gewehr so flink zusammensetzen konnte «wie ein Büchsenmachergesell». Oder Hermine Frymann, die den Karl Hediger erst zum Manne nahm, nachdem er am Eidgenössischen Schützenfest keine einzige Scheibe verfehlt hatte. Wer erinnert sich an Gilberte de Courgenay anlässlich der Grenzbesetzung des Ersten Weltkriegs? Der Charme der jurassischen Patriotin verwandelte sich gegenüber dem militärmüden, pflichtvergessenen Kanonier Hasler zum energischen Appell an dessen vaterländische Männlichkeit: «Je ne peux plus vous estimer!»

Der 13. Februar wird zeigen, wie sehr sich die Schweizer Frauen geändert haben. Ob sie die eigenen Männer mehr fürchten als fremde Einbrecher. Und ob sich Gertrud Stauffacher, Hermine Frymann und Gilberte de Courgenay durchsetzen. Oder Ursula Wyss, Chantal Galadé und Christine Goll.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.  
40 Jahre Frauenstimmrecht, eine Bilanz: Seite 32

## Spekulanten sind Spekulanten

Von Peter Bodenmann — Unsere Politiker können das Wort Negativzinsen immer noch nicht buchstabieren.



Neuer Typ von Krise: Wirtschaftsminister Schneider-Ammann (FDP).

Die Schweizer Nationalbank hat Euros gekauft, statt Schweizer Franken zu drucken und mit Negativzinsen für ausländische Guthaben zu drohen. Deshalb kann sie dem Bund und den Kantonen die bisherigen Ausschüttungen nicht mehr garantieren.

Philipp Hildebrand ist gelernter Hedgefund-Manager. Er glaubte, die Nationalbank sei stärker als die Summe der Devisen-Heuschrecken. Er hat die eigene Branche unterschätzt. Nur weil Hildebrand vor den Risiken der Grossbanken warnt, gibt es keinen Grund, diese Fehlleistung zu vertuschen. Im Gegenteil.

Stiften die gierigen Banken ihre gierigen Kunden an? Oder treiben die gierigen Kunden ihre Banken vor sich her? Spekulanten sind Spekulanten. Sie nutzen Chancen. Für sich und niemanden sonst. Wer wen anstiftet, ist so lang wie breit. Und so sinnvoll wie die Frage nach dem Huhn und dem Ei.

Zentral ist: Unsere Nationalbank kann vorübergehend ungestraft Franken drucken. Und damit die spekulierenden Banken und Bankkunden über Nacht verunsichern. Die Nationalbank kann weiter mit Negativzinsen auf ausländischen Guthaben drohen, bis alle verstanden haben: Der Kurs muss und wird sich in den kommenden Jahren – je nach Entwicklung der realwirtschaftlichen Daten – irgendwo bei Fr. 1.45 einpendeln.

Denn wir haben einen neuen Typ von Krise. In der Finanzkrise ging keine der systemrele-

vanten Banken pleite. Die Staaten übernahmen deren Schulden. Und müssen diese jetzt abstottern. So übernahmen in Grossbritannien die Tories die Schulden der durch Labour geretteten Banken und Banker.

Die Strategie der rechten Regierung: Die Steuern werden nicht erhöht. Stattdessen werden die sozialen Leistungen zurückgefahren. Aber nicht nur kleine und mittlere Einkommen werden zur Kasse gebeten. Auch das Kapital muss seinen Beitrag zur Vernichtung von Kapital leisten. Durch Negativzinsen.

Die unverdächtige *Financial Times* berichtet: «In Grossbritannien ist der reale Leitzins auf –3,2 Prozent gefallen. Macht nix. Weiter so. [...] Dass ein realer Leitzins von –3,2 Prozent längst auf die oft debattierte Umverteilung zwischen Gläubigern und Schuldern hinausläuft, dürfte ebenfalls klar sein. Wichtiger ist, dass ein derartiger Realzins den gemeinen Sparer geradezu in den Wahnsinn treibt. Und wahnsinnige Anleger sind was? Richtig: die Basis für die nächste Runde von Blasenbildung und Kapital-Fehlallokation.»

Hohe Zinsen im Ausland? Ja, hohe negative Zinsen in Grossbritannien. Und hohe reale Zinsen für Devisenspekulationen in Schweizer Franken. Der Schweizer Franken ist international gesehen eine Blase. Weil unser Wirtschaftsminister eine Schlafmütze ist.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

# Das Ende der Schizophrenie

Von Kurt W. Zimmermann — Die Zeit ist reif: Man muss das Schweizer Fernsehen vom Joch der Einschaltquote befreien.

Das ging schnell. Nur wenige Wochen brauchte der neue SRG-Generaldirektor Roger de Weck, um sein Unternehmen zum politischen Streitpunkt zu machen. Der Streit dreht sich um die ökonomische Definition des Service public.

Konkret geht es um zwei neue Geschäftsmodelle für die SRG. Zuerst einmal stellt sich die Frage nach dem künftigen Gebührenmodell. De Weck möchte eine Steuer für alle Haushalte und Betriebe, egal, ob sie ein Empfangsgerät haben oder nicht. Diese Idee einer Mediengebühr findet Unterstützung im Parlament. Die SVP protestiert.

Dann geht es um das Modell im Internet. Die SRG möchte hier ihr Programmangebot mit zusätzlichen Inhalten anreichern und Werbung verkaufen. Das ist einleuchtend, denn TV verlagert sich auf Smartphones, Tablets und Computer. Die Zuschauer können das Programm unabhängig von der Sendezeit konsumieren. Zu Recht erwarten sie darum im Netz ergänzende Informationen.

Die Schweizer Verleger opponieren diesen Plänen heftig. Sie wollen eine gesetzliche Beschränkung der Inhalte, welche die SRG im Internet anbieten darf. Sie wollen also Journalismus regulieren. Seltsamerweise hat sich auch die liberale *Weltwoche* in ihrer letzten Ausgabe den Regulatoren angeschlossen. Doch nicht Regulierung, sondern Deregulierung ist das Gebot der Stunde im Medienmarkt.

Wo liegt das Problem des Schweizer Fernsehens heute? Das Fernsehen leidet an Schizophrenie. Sie ist unheilbar.

Die öffentlichen Gebührengelder verpflichten unser TV zu Qualität. Information, Kultur und Bildung sind der Auftrag. Der Auftrag bedingt hochstehende Sendungen, die darum nicht immer Zuschauerrekorde brechen können. Das Magazin «Kulturplatz» etwa ist eines der teuersten Wochenmagazine auf SF 1 und erreicht keine zehn Prozent Marktanteil.

## Die Lösung heisst Werbeverbot

Die Werbeeinnahmen andererseits verpflichten das Fernsehen zum Boulevard. Werbung gibt es nur bei hohen Quoten. Hier zählt der Kampf um jeden Zuschauer und der Kampf gegen die gleichzeitige Boulevard-Konkurrenz von RTL, Sat 1 und Pro Sieben. Sendungen wie «Music Star» und «Deal or No Deal» waren typische Formate, die das Diktat der Einschaltquote erfolgreich umsetzten.

Anspruch und Boulevard – beides geht nicht unter einen Hut. Die Lösung ist darum einfach



*Anspruch vs. Boulevard: SRG-Chef de Weck.*

und deregulatorisch: Die SRG bekommt die gewünschte Mediensteuer, bei der alle Haushalte und Betriebe bezahlen. Damit steigen ihre Einnahmen beträchtlich. Im Gegenzug sind künftig alle SRG-Angebote werbefrei.

Mit dem Werbeverbot ist das Problem gelöst. Die Schizophrenie der SRG ist beendet. Sie kann ihr Programm nach dem öffentlichen Auftrag ausrichten und muss nicht dauernd auf den Marktanteil zielen. Sie ist vom Joch der Einschaltquote befreit.

Die Lösung ist kein finanzielles Risiko. Der Werbeausfall von rund 370 Millionen Franken kann durch die neue Mediensteuer, ergänzt mit den angekündigten Einsparungen, aufgefangen werden. Auch die Werbewirtschaft erleidet keine Nachteile. Das durchschnittliche Alter der TV-Zuschauer liegt bei 58 Jahren. Die Zielgruppe der Oldies ist auch auf anderen Werbekanälen gut erreichbar.

Die Lösung bewährt sich auch bei konkreten Fragen wie dem Internet-Konflikt. SF 1 könnte nun eine Plattform mit attraktiven Inhalten bauen, wie es dies wünscht. Auf der Site aber würden keine Werbeeinnahmen generiert.

Die Lösung scheint politisch machbar. Wir sehen keinen Grund, warum sich SP, FDP und CVP gegen eine nachhaltige Finanzierung der SRG stellen sollten. Bleibt noch die SVP. Wenn auch sie auf Vernunft statt auf ihren Anti-SRG-Reflex setzt, dann könnte man einen unnötigen Streit endlich beenden.

# 75 000 Franken für Asylheim-Wettbewerb

Von Daniel Glaus

Seit mehreren Jahren will das Zürcher Sozialamt im Städtchen Eglisau ein Asylzugangszentrum bauen. Zunächst stellte der Kanton ein Baugesuch für Wohncontainer in einer Wohn- und Gewerbezone, dann eines für eine Anlage im Zentrum des Orts. Gemeinderat und Anwohner wehrten sich durch alle Rechtsinstanzen erfolgreich gegen die Projekte. Neben baurechtlichen Argumenten führen die Gegner des Asylzentrums auch grundsätzliche Bedenken an: Gemäss der Quote zur Verteilung von Asylbewerbern auf die Gemeinden im ganzen Kanton müsste Eglisau nur fünf Personen unterbringen – 120 ertrage die Ortschaft mit rund 3000 Einwohnern nicht. Zudem würden Wohncontainer das schmucke Städtchen verschandeln.

Der Kanton hält trotzdem an seinem Plan fest. Man brauche die Plätze dringend und wolle dafür die kantonseigenen Landreserven in Eglisau nutzen. Im vergangenen Oktober nahm der Kanton Zürich deshalb einen neuen Anlauf und liess von der Baudirektion einen Architekturwettbewerb ausschreiben. Im Massstab 1:500, 1:200 sowie 1:20 konnten Architekturbüros Vorschläge einreichen, wie sie das Asylantenheim gestalten würden. Die Baudirektion schreibt in der Ausschreibung des Wettbewerbs, das Quartier gelte «aufgrund der starken Durchgrünung sowie seiner Lage in der Nähe von Fluss und Bahnhof als Wohngebiet mit hoher Lebensqualität». Die Architekten sollten einen «Lösungsvorschlag» präsentieren für «ein ortsbaulich gut integriertes, kostengünstiges und funktionales Durchgangszentrum». Übersetzt hiesse das in Beamtendeutsch: Das Asylantenheim soll so perfekt sein, dass selbst die kritischen Eglisauer nicht mehr nein sagen können – oder künftig vor Gericht unterliegen.

Der Kanton Zürich lockt die Architekten für das schönste Asylantenheim der Schweiz mit Preisgeldern von 75 000 Franken (inklusive Mehrwertsteuer). Das Siegerbüro erhält neben dem Auftrag auch den grössten Anteil der Preissumme. Der Rest des Geldes wird nach Ermessen der Jury an jene vier bis neun weiteren Büros verteilt, die eine erste Selektionsrunde überstanden haben.

Um den Eglisauer Widerstand vollends zu brechen, will das Sozialamt eine weitere Studie erstellen lassen. Sie soll die «Verträglichkeit» des Zentrums belegen. Die Kosten dafür sind noch nicht bekannt. Absehbar ist das positive Resultat: Die Verträglichkeitsstudie wird erst nach dem Schönheitswettbewerb vorliegen.

«Die letzten Jahre hat sich das Staatsfernsehen wie ein Virus ausgebreitet.» *Heinrich Vettiger*



«Freudemachen, statt Unmut erregen»: SRG-Direktor de Weck (M.).

**Nicht mehr als ein Sender**

Nr. 3 – «Service überall»;

Andreas Kunz über das Schweizer Fernsehen

Gemäss Auftrag informiert das Schweizer Radio und Fernsehen und bietet einen Service public. Darunter verstehe ich Nachrichten, Unterhaltungs- und Sportprogramme wie auch Diskussionsforen. Die letzten Jahre hat sich das staatlich finanzierte Unternehmen wie ein Virus ausgebreitet, und so ist es nicht verwunderlich, dass für jede Landessprache mehrere Sender mit Erweiterungspotenzial existieren, deren Programmviefalt sicher über den Auftrag hinausgeht. Ich frage mich, warum der Monopolist zur Erbringung des Auftrages nicht mit einem Sender pro Landessprache auskommt. Die Befolgung dieses Szenarios hätte zur Folge, dass alle anderen Sender vom staatlichen Auftrag und damit von diesbezüglicher Kritik befreit wären und dass sie sich via Werbung im Wettstreit mit den Privatsendern finanzieren müssten. Damit würde das Schweizer Radio und Fernsehen real mit den Kräften des freien Marktes konfrontiert, und für die Bürger würden die Kosten sicher wesentlich geringer ausfallen.

*Heinrich Vettiger, Wetzikon*

Auch der von Moritz Leuenberger ins Amt gehievte Roger de Weck hat das Recht, zu denken, was er will. Erst wenn er mit oberlehrerhafter Arroganz sagt, was er denkt, plant und tut, stockt einem der Atem. Es scheint, dass die

neuen SRG-Bosse zu den Menschen zählen, die jede Freude am Zusehen und -hören zum Erlöschen bringen werden. Gutes Fernsehen und Radio bietet Programme, die Freude machen statt Unmut erregen. Nicht nur verärgerte Spiesser fragen sich, mit welchem Recht der Staat uns zwingt, für einen Service public zu zahlen, den wir in dieser Form weder bestellt haben noch konsumieren wollen. Andere Angebote des Service public wie Postmarken und Bahnbillette kaufen wir auch nur, wenn wir sie brauchen. Ärger steht bevor!

*Bruno Bänninger, Ins*

**Ausgrenzende Egozentrik**

Nr. 3 – «Kunst kommt vor Kassieren»;

Peter Stamm über die Kulturförderung

Die Replik in Ehren! Peter Stamm vernachlässigt jedoch bewusst, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch Künstler bzw. deren Taten oder Untaten subventioniert werden, welche uns menschlich oder grundsätzlich in keinster Weise weiterbringen. Ebenso erscheint es unsinnig, Förderungsgelder an etablierte Kunstschaffende auszurichten, welche ihre monetären Schäfchen bereits mehrfach im Trockenen haben. Fördern bedeutet ja Voranbringen, welches Kriterium sich bei bekannteren Namen sicher weniger aufdrängt. Über den Inhalt der *Weltwoche* kann man sicher geteilter Meinung sein, aus dem Votum Peter Stamms spricht jedoch die Arroganz und eine nicht immer

gemeinschaftsverträgliche, teilweise ausgrenzende Egozentrik des Kunstschaffenden, der die Welt wie selbstverständlich besser versteht als die Leser des vorliegenden Blattes, welche meines Wissens nicht unbedingt mit dem kleinsten IQ gesegnet sind. Im anscheinend über jeden Zweifel erhabenen Literaturschaffen gibt's nach meiner Erfahrung massenhaft Elaborate, welche absoluten Nonsens darstellen und keinesfalls förderungswürdig sind. War der gutgemeinte Rat/Seitenhieb vielleicht etwas voreilig?

*Max Probst, Mogelsberg*

Dass viele Schweizer Künstler nur einen Bruchteil beziehungsweise gar nichts von den 2,24 Milliarden Franken, die in die Kultur fließen, erhalten, glaube ich. Wo Subventionen zu ergattern sind, wuchern Institutionen, Jurys und Gremien. Sie bestimmen, wer was und wie viel erhält. Dass dabei nicht immer die richtigen Künstler zum Zuge kommen, hängt weitgehend von der Parteizugehörigkeit der Jurymitglieder sowie der Künstler ab. Zuerst aber werden die Sitzungsgelder für diese verantwortungsvolle Aufgabe und der aufgeblasene Apparat abgegolten, wenn danach noch etwas übrig bleibt, bekommt auch der Künstler noch ein Almosen. Geradezu grotesk finde ich aber die tränenrührende Geschichte mit der Mansarde ohne eigene Dusche und Telefon, ohne bezahlte Ferien und mit rudimentärer Altersvorsorge. Stellen Sie sich vor, auch ich hatte im Laufe meiner beruflichen Laufbahn keine eigene Dusche. In London ging ich wöchentlich in die öffentlichen Duschanlagen der Stadt. Telefon hatte ich erst mit dreissig Jahren, als ich es mir leisten konnte. Ferien musste ich mir selber finanzieren, ich hielt mich stattdessen mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser. Später wurde ich selbständig und erlebte, dass ein Unternehmer, der ein Produkt herstellt, das niemanden oder nur wenige interessiert, schnellstens etwas anderes finden muss, damit er überleben kann. Um die Altersvorsorge muss er sich auch selbst bemühen, keine Jury hilft ihm da aus der Patsche.

*Samuel Probst, Bioggio*

**Gutmenschen-Terror**

Nr. 3 – «Bis aufs letzte Hemd»;

Alex Baur über Alimentenzahlungen

Dass Frau Bundesrätin Sommaruga uns solche Eier legen würde, war mir schon klar, bevor sie in dieses Amt vereidigt wurde, denn sie war mir nie geheuer. Es wird wohl nicht das letzte sein. Sie vereinigt die typische Arroganz und eine gewisse, ihr wahrscheinlich nicht bewusste Falschheit, die so viele 68er/-innen mit sich herumtragen, die jetzt wichtige Schaltstellen innehaben. Der Gutmenschenterror in unserem Lande und in

ganz Europa wird immer unerträglicher (siehe auch Artikel von Henryk M. Broder). Ministerheiten werden vergöttert und rechtschaffene Leute sowie KMU systematisch abgezockt und mit immer neuen Auflagen gegängelt. Ich hoffe, dass dieses Treiben im Wahljahr 2011 entsprechend quittiert wird. Immer mehr spiele ich mit dem Gedanken, alles zu verkaufen und einen anderen Kontinent aufzusuchen, wo man irgendwo vielleicht noch etwas mehr Ruhe hat.

Max A. Ackermann, Altwis

### Verantwortungsvolle Politik?

Nr. 3 – «Euro-Löhne für Gesundheitsbetriebe»; Peter Bodenmann über den Schweizer Franken

Als Arbeitnehmer und Wähler der SVP wäre ich nach all den Positionsbezügen der Partei zur Euro-Krise irritiert und verunsichert. Namhafte SVP-Unternehmer warnen inzwischen vor negativen Auswirkungen des starken Frankens auf die Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie und damit auf einige tausend Arbeitsplätze in der Schweiz. Unsere Nationalbank hat relativ erfolglos versucht, mit Euro-Zukäufen diesen gegenüber unserem Franken zu stabilisieren. Was wiederum drei Tatsachen ans Licht bringt: die Abhängigkeit der Schweiz vom Euro-Raum,

den begrenzten Einfluss der Nationalbank auf diese Krise und die Tatsache, dass nicht dabei sein nicht unabhängig sein heisst. Also haben wir ein ureigenes Interesse daran, dass der Euro die Krise möglichst bald und unbeschadet übersteht. Doch statt im IWF mitzuhelfen, in Europa Vertrauen zu schaffen und unsere Kredite für eine potenzielle Ausweitung der Krise aufzustocken, hat sich die SVP dagegen ausgesprochen. Dies im Wissen darum, dass die Schweiz bei ihren Kreditzusagen an den IWF noch nie einen Franken verloren hat. Ist dies eine verantwortungsvolle Politik gegenüber der Schweiz und den vielen Arbeitnehmern, die in der Exportindustrie angestellt sind? Die Frage kann jeder für sich beantworten. Für die SVP scheinen der Wahlkampf 2011 und die Bewirtschaftung ihrer Kernthemen wichtiger zu sein als verantwortungsvolle Lösungen im Sinne unseres Landes.

Pascal Merz, Sursee

### Mini-Bankgeheimnis

Zum Fall Rudolf Elmer

Ob Rudolf Elmer ein krimineller Datenklauer oder ein ehrenwerter Whistleblower ist, sei dahingestellt. Dass mit seinem Namen immer auch jener seines ehemaligen Arbeitgebers genannt wird, finde ich fragwürdig und

destruktiv. So bleibt der Finanzplatz Schweiz nicht wettbewerbsfähig. Mit dem uns verbleibenden Mini-Bankgeheimnis sollten wir behutsamer umgehen. Jetzt gilt es, die Vorteile der Abgeltungssteuer gegenüber dem automatischen Informationsaustausch herauszustreichen. Mit der Abgeltungssteuer würden alle Beteiligten nur gewinnen. Und als angenehme Begleiterscheinung wäre das Unwort «Bankdatenankäufe» ausgemerzt.

Albert Schafflützel, Wauwil

### Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,  
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,  
8021 Zürich.  
E-Mail: [leserbriefe@weltwoche.ch](mailto:leserbriefe@weltwoche.ch).

**Gewinne jede Woche ein unvergessliches Erlebnis auf camel.ch\***

Natural tobacco. No added flavor.  
Pure taste.

**CAMEL**  
natural flavor

Rauchen fügt Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu.  
Fumer nuit gravement à votre santé et à celle de votre entourage. Il fumo danneggia gravemente te e chi ti sta intorno.

\*Natural Flavor® does not mean a safer cigarette. Smoking causes lung cancer and heart disease. Quitting now greatly reduces serious risks to your health. © 2011 Camel Cigarettes, Inc. www.camel.com



# Das Geschäft mit den Babys

Weil Leihmutterschaft und Eizellspende in der Schweiz verboten sind, reisen verzweifelte kinderlose Paare nach Indien, Russland oder in die Ukraine. Der Weg führt oft in die Illegalität. Die Einschränkungen sollten beseitigt werden. *Von Franziska K. Müller*



*Zwillinge auf Bestellung:* Schauspielerin Sarah Jessica Parker, Ehemann Matthew Broderick und Sohn James Wilkie mit den Neugeborenen.

Für manche war es kein frohes Ereignis: Ausgerechnet am Weihnachtstag wurden Popstar Elton John und sein Ehemann David Furnish Eltern eines Sohnes, den eine amerikanische Leihmutter gegen Bezahlung ausgetragen hatte. «Ist Elton ein Vater oder eine Mutter?», grübelte der *Blick* über eine Frage, die nicht nur die Leser der Boulevardzeitung umtrieb (Elton John: «Wir sind beide beides»). Auch Hollywoodstar Nicole Kidman bekam ihre Tochter kürzlich mittels einer unbekannt bleibenden Leihmutter. Dennis Quaid, Sarah Jessica Parker, Fussballstar Ronaldo und Popsänger Ricky Martin verpflichteten fremde Frauen zum Austragen ihrer Babys.

An der Diskussion scheiden sich auch in der Schweiz die Geister. Ein befürwortender Beitrag zur Leihmutterschaft provozierte bei den Lesern der Internetplattform «Mamablog» des *Tages-Anzeigers* kürzlich über dreihundert Kom-

mentare. Grundtenor: Ist alles sinnvoll, nur weil es machbar ist? Gunni S. markierte weder für das doppelte Vaterglück noch für die späten Mutterschaften Verständnis, wie sie der Plattform «Mamablog» verriet: «Elton John und Sarah Jessica spinnen, die Kinder tun mir leid.»

Das Thema sorgt für Unmut, und manche verlieren sogar die Fassung: Wenn eine Rentnerin Mutter werden dürfe, könne auch eine junge Frau, die sich den Strapazen einer Schwangerschaft nicht aussetzen wolle, eine Leihmutter verpflichten, schrieb Brida von Castelberg, Leiterin der Frauenklinik am Zürcher Triemlispiital kürzlich in der Wochenzeitung *Die Zeit*. Sie schreckte auch vor einem emotionalen Ausbruch nicht zurück: Leihmütter, schrieb die Chefärztin, sollen sich während der Schwangerschaft so unverantwortlich verhalten, dass sie ihren Auftraggebern – «dieser arroganten Minderheit» – ein

behindertes Kind aushändigen müssen. Leihmütter auf die Barrikaden!

Das «Outsourcing» des Kinderkriegens ist umstritten. Es geht im Grunde um zwei Fragen: Ist die Leihmutterschaft eine Art dekadenter Angriff auf natürliche Barrieren? Wer keine Kinder bekommen kann, sollte dies auch nicht technisch herbeizwingen können. Oder müssen die medizinischen Fortschritte vielmehr als eine Chance gesehen werden mit dem Ziel, jenen zu helfen, die ihren sehnlichen Kinderwunsch bisher nicht erfüllen konnten?

## Erfolgsquote bei 36 Prozent

In der Schweiz sind die Leihmutterschaft und die ebenfalls umstrittene Eizellspende verboten. Beide Praktiken sind durchaus miteinander verbunden. Als das am häufigsten durchgeführte Verfahren im Ausland gilt heute die «partielle Leihmutterschaft». Dabei zeu-

gen die künftigen Eltern oft eigene Embryonen. Während einer kleinen Operation werden der Wunschmutter – und wenn dies aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist, einer fremden Spenderin (Eizellspende) – mehrere Eizellen entnommen. Diese werden mit dem Spermium des biologischen Vaters befruchtet. Jene Blastozyste, die sich im Labor am besten entwickelt, wird später einer Leihmutter eingepflanzt, die das Kind austrägt, genetisch aber nichts mit ihm zu tun hat.

Diese Art der Embryonalzellen-Einpflanzung macht es möglich, dass ältere Frauen und homosexuelle Paare zu einem Kind kommen. Die mediale Aufmerksamkeit ist enorm. Kaum beleuchtet werden hingegen jene Zielgruppen, für welche die neuen medizinischen Techniken gedacht wären: Frauen, die unter irreparablen Fruchtbarkeitsserkrankungen leiden.

Sind die Verbote in der Schweiz noch zeitgemäss? Das bezweifelt Peter Fehr, einer der renommiertesten Reproduktionsmediziner des Landes. Rund zehn Prozent seiner Patientinnen wären auf eine Eizellspende und seltener auf eine Leihmutter angewiesen: Tendenz steigend. Dieser Umstand hat indirekt auch damit zu tun, dass die erlaubten Möglichkeiten der Fortpflanzungsmedizin hier schnell einmal erschöpft sind. Viele Paare, die mit Fruchtbarkeitsproblemen kämpfen, scheitern an den Verboten und Widersprüchen des Fortpflanzungsmedizinergesetzes (FMedG), das Fehr als veraltet einschätzt.

Die am häufigsten durchgeführten Eingriffe der assistierten Reproduktionsmedizin betreffen heute IVF- und ICSI-Behandlungen. Die Statistiken der Schweizerischen Gesellschaft für Reproduktionsmedizin (FIVNAT) geben Auskunft über die Resultate: Im Jahr 2008 liessen sich 5223 Patientinnen mittels IVF oder ICSI behandeln. Aus rund 9500 Behandlungszyklen resultierten 1828 Babys. Die Erfolgsquote wird mit 36 Prozent angegeben. In Österreich beispielsweise – dort sind die Restriktionen im Labor weniger streng – vergrössern sich die Chancen auf eine Schwangerschaft beim ersten Versuch, in einzelnen Kliniken bis zu 80 Prozent. Auch in Spanien und Polen kommen die meisten schneller zu

---

## In den USA werden gemäss Schätzungen 6000 Kinder pro Jahr von Leihmüttern ausgetragen.

---

einem Baby als in der Schweiz. Vor allem die älteren Patientinnen: Nur gerade rund tausend Patientinnen sind in den Schweizer Statistiken zudem 40-jährig und älter. Diese Gruppe ist unbeliebt, weil die hormonelle Stimulation nicht dem Alter angepasst wird. Das hat zur Folge, dass die Follikel-(Eizell-)Produktion nur ungenügend angeregt wird, worauf die wenig erfolgversprechenden Patien-

tinnen frühzeitig aus den Behandlungen komplimentiert werden. Im belgischen Eshre-Report werden Daten aus zwanzig europäischen Ländern ausgewertet. Die Erfolgsquote wird pro Behandlungszyklus ausgerechnet, und die älteren Frauen sind in diesen Statistiken genauso häufig vertreten. Die Chance, dass über 35-jährige Frauen mittels IVF und ICSI schwanger werden, liegt gesamt europäisch immerhin bei je rund 30 Prozent.

### 45 000 Dollar für ein Baby

Nach maximal sechs Behandlungszyklen ist in der Schweiz für alle Patientinnen Schluss. Oft liegen die Nerven der Paare vorher blank, zumal auch die Ersparnisse schnell schwinden. Manche geben auf, der Rest sucht Hilfe im Ausland. In den USA werden nach inoffiziellen



*Plötzlich Vater:* Popstar Ricky Martin, Söhne.

Schätzungen jährlich bereits 6000 Kinder durch Leihmütter ausgetragen, die für ihre Dienste grosszügig entlohnt werden. Nicht nur Hollywood-Prominenz, auch andere amerikanische Grossverdiener kommen so legal zu Nachwuchs. Europäische Wunscheltern mit beschränktem Budget müssen sich anderswo orientieren, vor allem in Osteuropa oder in Indien. Ein indischer Industrieverband spricht von einem Milliardengeschäft, das aus dem Westen angekurbelt werde. In Osteuropa blüht das Geschäft mit dem Wunschkind ebenfalls, wie Dutzende von Leihmutter-Agenturen erahnen lassen, die ihre Dienstleistungen öffentlich bewerben.

Schweizer Paare, die auf eine Eizellspende und/oder eine Leihmutter angewiesen sind, könnten theoretisch auch in Griechenland, Grossbritannien, in den Niederlanden oder in Spanien aktiv werden. Dort sind die Be-

stimmungen allerdings restriktiver als in Indien oder in Osteuropa. Zudem sind Eizellspenderinnen sowie Leihmütter schwer zu finden, auch deshalb, weil sie per Gesetz nicht so hoch entschädigt werden dürfen. Schweizer Experten schätzen, es seien «Hunderte von Paaren», die unter anderem in die USA, nach Osteuropa oder nach Indien reisen, um dort mittels Leihmutter zu einem Baby zu kommen. Sie werden angelockt durch Angebote auf dem Internet: Flauchige Kleinkinder in Pastellfarben purzeln etwa über den Bildschirm der Agentur La Vita Felice. Geht es nach den Vorstellungen der ukrainischen Betreiber des Portals, liegen zwischen einem hoffnungslos erscheinenden Kinderwunsch und einer schwangeren Leihmutter nicht viel mehr als eine Zahlungsanweisung und ein paar Monate Zeit.

Dazu war kürzlich ein interessanter Fernsehbeitrag auf 3sat zusehen. Die russische Leihmutter Oxana gibt Auskunft über ihr Geschäftsmodell. Oxanas zwölfjähriger Sohn Wanja nennt den Bauch seiner Mutter «Behälter» oder auch «Trägerrakete». Die Leihmutter ist 32 Jahre alt. Sie lebt in der russischen Kleinstadt Sewerodwinsk, ist alleinerziehend, arbeitet in einem Nagelstudio. Sie verdient 300 Franken pro Monat und ist im fünften Monat schwanger. Ihr Sohn hofft, dass das Kind nicht aussehen wird wie er. Nach der Geburt wird sie ihm einen Computer schenken und die feuchte Wohnung renovieren lassen. Oxana bekommt nach Angaben der Agentur 6000 Dollar für ihre Dienste. Die Auftraggeber, ein Ehepaar aus Dänemark, bezahlten rund 45 000 Dollar für ein «Baby-Paket», das bei amerikanischen Agenturen ein Vermögen kosten kann und dort in verschiedenen Kategorien («Winner», «Economy») existiert.

So vielversprechend die Angebote in Russland, der Ukraine und in Indien klingen: In einem Geschäft, das von der verzweifelten Sehnsucht nach einem Kind lebt und andererseits von der Möglichkeit, der Armut zu entfliehen, sind auch beträchtliche Risiken vorhanden. Von falschen Agenten über Leihmütter, die ihre Auftraggeber erpressen oder selbst ausgenutzt und betrogen werden, bis hin zu einer Rückkehr in die Heimat mit leerem Babykorb berichten betroffene Männer und Frauen in entsprechenden Internetforen. Bei La Vita Felice gibt es sogar eine Abteilung mit dem Titel: «Wenn Sie betrogen wurden». Die Eltern in spe sind angesichts der Eigenheiten fremder Rechtssysteme meist überfordert und können nur ungenügend abschätzen, wie seriös oder unseriös eine Agentur und ihre Mittelsmänner im Ausland agieren. Wo die Bedingungen am sichersten wären, erfahren sie in der Schweiz nicht: Die Weitergabe solcher Informationen ist den Reproduktionsmedizinern untersagt. Peter Fehr hält diesen Zustand für unerträglich. Es müsse künftig möglich sein, suchende Paare so zu beraten, dass sie bestmögliche Behandlung am richtigen Ort erhalten. >>>

## «Eher ein Pfusch»

**Der Reproduktionsmediziner Herbert Zech plädiert für die Eizellspende und die Leihmutterchaft. Aber nicht um jeden Preis.**

Was halten Sie davon, dass immer mehr Paare nach Indien und Osteuropa reisen, um zu einer Eizellspende und zu einer Leihmutterchaft zu kommen?

Für mich ist das unverständlich, weil dort vieles schlecht läuft, was wir so nicht unterstützen sollten. Viele Paare fahren aber auch nach Tschechien oder nach Spanien. Dort herrscht westeuropäischer Standard.

**Auch Wunscheltern, die auf traditionelle Verfahren, beispielsweise eine In-vitro-Fertilisation, angewiesen sind, reisen tausendfach ins Ausland. Wieso?**

Es liegt an den Verboten und Restriktionen des Schweizer Gesetzes über die Fortpflanzungsmedizin. Je schonender ein Embryo im Labor kultiviert werden darf, desto eher hat er eine Chance, um sich einzunisten. Wenn man eine gut kultivierte Pflanze in den Boden gibt und diese eindüngt, ist die Chance auch relativ gross, dass sie gedeihen kann. Ich will Menschen nicht mit Pflanzen vergleichen, die Biologie kennt allerdings keinen Unterschied.

**In der Schweiz dürfen nur drei befruchtete Eizellen aufs Mal im Reagenzglas kultiviert werden. Überfällige Exemplare müssen im Status einer Zygote in die Tiefkühlbox. Dort lagern sie für eventuelle spätere Eingriffe, obwohl die Erfolgs-**

quoten bei den Zyklen mit kryokonservierten Zellen weiterhin niedrig sind, wie aktuelle Statistiken zeigen. Sind solche Bestimmungen noch zeitgemäss?

Nein. Sobald bei den befruchteten Eizellen eine Zellteilung stattfindet, gelten sie in der Schweiz als schützenswerte Lebewesen. Das ist Unsinn und führt dazu, dass auch Embryonen mit null Chancen eingespült werden müssen. Dass schwächliche oder missgebildete Exemplare keine Überlebenschancen haben, liegt auf der Hand.

**Die Gegner einer liberaleren Handhabung beim Aussuchen der Embryonen sprechen von Selektion: Was antworten Sie?**

Es macht absolut Sinn, einen Embryo zu selektieren, da erst am dritten Tag nach der Befruchtung im Achtzellstadium das männliche Genom dazugeschaltet wird und die sogenannte Transkriptionsaktivität entscheidet, ob sich ein Embryo auch tatsächlich zur Blastozyste und in der weiteren Folge zum Menschen entwickeln kann.

**Es wird heute von «Designerbabys» gesprochen, und einige Experimente aus den USA tönen unvernünftig. Sind die Bedenken berechtigt, dass es bei uns auch zu solchen Auswüchsen kommen könnte?**

Da kommt wieder einmal etwas aus Amerika auf uns zu, was wir nicht schätzen. Es soll keine Designerbabys geben, und auch Expe-

perimente wie eine postume Befruchtung sind in Europa verboten, und das ist richtig so.

**In den USA erreichen Eizellspenden von besonders schönen und intelligenten Frauen Preise bis zu 80 000 Dollar: Theoretisch wäre ein solcher Handel auch bei uns möglich.**

Man weiss heute, dass besonders intelligente und schöne Frauen keine Garantie sind, dass das Erbgut auf diese Weise übertragen wird. Alles andere muss ganz einfach verboten werden.

**Eizellspende und Leihmutterchaft machen die Elternschaft auch für sehr betagte Frauen oder homosexuelle Paare möglich. Finden Sie das gut?**

Bei der Behandlung homosexueller Paare müssen klare Regelungen geschaffen werden. Eine Behandlung von über fünfzigjährigen Frauen ist in jenen europäischen Ländern, die die Eizellspende erlauben, sowieso verboten.

**Wenn eine 65-jährige Frau Mutter wird, ist das also keine medizinische Superleistung, die morgen gang und gäbe sein könnte?**

Nein, technisch ist eine solche Schwangerschaft einfach erreichbar und aus meiner Sicht eher ein Pfusch. Solche Extremfälle geschehen zudem nur in Ländern, die über keine Ethikrichtlinien verfügen.

**Die Leiterin der Frauenklinik eines grossen Schweizer Krankenhauses äusserte sich kürzlich öffentlich gegen die Leihmutterchaft: Ein Baby sei kein passendes Geschenk zur Pensionierung, Schwangerschaft lasse sich nicht delegieren. Erwähnt wurde eine junge Frau, die sich offenbar den Strapazen einer Schwangerschaft nicht aussetzen wollte und daher eine Leihmutter verpflichtete. Wird mit solchen Beispielen Polemik betrieben?**

Fest steht, dass unzulässige Einzelfälle sehr selten sind. Weil sie für viel Aufsehen sorgen, werfen sie leider ein negatives Licht auf die gesamte Therapie. Wenn eine junge Frau zum Beispiel aufgrund von Krebsoperationen oder anderen Umständen keine Gebärmutter hat oder aus medizinischen Gründen keine Schwangerschaft austragen kann oder darf, sollte eine Leihmutterchaft möglich sein. Vorausgesetzt natürlich, dass die entsprechende psychologische und gynäkologische Betreuung vor Ort gewährleistet ist.

**Herbert Zech** ist Reproduktionsmediziner und leitet verschiedene IVF-Kliniken, unter anderem in Bregenz und Niederuzwil.

Die Fragen stellte **Franziska K. Müller**.



«Einzelfälle werfen ein negatives Licht auf die gesamte Therapie: Mediziner Zech.

Vor allem die Rechtssicherheit bereitet Schwierigkeiten. Leihmutterverträge seien offiziell bindend, heisst es beispielsweise im indischen Anand. Die Stadt im Bundesstaat Gujarat wurde bekannt, weil westliche Paare dort scharf preisgünstig zu einer Leihmutter kommen können. Russische und ukrainische Zentren bieten einen «kompletten Service» an, der die juristischen Abklärungen mit einschliesst. Beide Elternteile sollen sich direkt in die Geburtsurkunde des Babys einschreiben können, was besonders verheissungsvoll erscheint, vor allem aber vorgaukelt, die schlimmsten Probleme seien vom Tisch. Böse Überraschungen sind nicht selten, wie der öffentlich gewordene Fall eines deutschen Ehepaares zeigt, das seine in Indien ausgetragenen Zwillinge zwei Jahre lang nicht nach Deutschland bringen durfte. Nach einem nervenaufreibenden Hin und Her stellten die indischen Ämter – mit der Begründung, es handle sich um ein humanitäres Anliegen – schliesslich freiwillig Reisepässe für die Kinder zur Verfügung. Dennoch mussten die deutschen Wunscheltern nun ein Adoptionsverfahren einleiten, dessen Resultat noch offen ist.

### Riskante Beschaffung von Papieren

Schweizer Paare haben unter Umständen mit ähnlichen Problemen zu rechnen. Wenn eine russische Leihmutter zum Beispiel den Embryo eines Zürcher Ehepaares austrägt, entspricht dieses Kind genetisch zwar zu hundert Prozent den Schweizer Eltern. Weil es in der Schweiz aber verboten ist, der Familienplanung mit Hilfe einer ausländischen Leihmutter nachzuhelfen, bleibt das Kind – nach Schweizer Recht – das Kind der russischen Leihmutter. Auch wenn die genetischen Eltern nach der Geburt in Russland in einer Zivilstandsurkunde, beispielsweise in der dort ausgestellten Geburtsurkunde, fixiert werden, muss dieses Papier von den Behörden im Zürcher Stadthaus (beispielsweise im Fall der Registrierung im Geburtsregister) nicht akzeptiert werden. Die Einschreibung der genetischen Eltern als rechtliche Eltern kann schwierig werden. Die Rechtslage in der Schweiz ist ähnlich wie in Deutschland. Im schlimmsten Fall muss das Zürcher Paar ein Adoptionsverfahren durchlaufen, um die rechtliche Verbindung zum Kind herzustellen. Die Beschaffung von Einreisepapieren für ein Kind, das von einer ausländischen Leihmutter stammt, wird auf dem Schweizer Internetportal rechtssicher.ch ebenfalls als riskant beschrieben. Bei einer Einreise ohne Papiere, bestehe die Gefahr einer Einreiseverweigerung.

Die Leihmutterschaft müsse auch in der Schweiz zugelassen werden, findet Reproduktionsmediziner Peter Fehr. «Nur so kann Kontrolle und medizinische Qualität gewährleistet werden.» Fehr betreibt in Schaffhausen eine eigene Klinik. Er baute in den vergangenen Jahren die grösste Samenspenderbank der Schweiz



«Ein Milliardengeschäft»: Leihmütter in Indien.

auf und ist Mitglied der AGART (Advisory Group Assisted Reproductive Therapy), eines Zusammenschlusses von Schweizer Experten, die sich mit der Zukunft der medizinisch assistierten Fortpflanzung befassen. Die Liberalisierungsgegner – darunter auch christliche Kreise und Pro-Life-Aktivistinnen – halten dagegen: Dürfen Frauen ihre Bäuche vermieten? Darf eine Schwangerschaft entkoppelt von der Mutterliebe funktionieren? Menschenrechtsaktivisten und feministische Kreise sprechen abwertend von Frauen, die ihre Schwangerschaft aus Faulheit an eine arme Leihmutter delegieren oder weil sie ihre Figur nicht ruinieren wollten.

### Keine gesundheitlichen Spätfolgen

Die Leihmutterschaft als dekadentes Lifestyle-Thema? «Das sind absurde Beispiele», sagt Peter Fehr. «Die Gegner schüren bewusst falsche Ängste und Vorurteile.» Bereits 1978, als in Grossbritannien das erste Retortenbaby zur Welt kam, malten die Kritiker den Teufel an die Wand. Die künstliche Befruchtung galt als Angriff auf die Schöpfung und als erster Schritt zum geklonten Menschen. In der Zwischenzeit wurden vier Millionen Kinder mittels In-vitro-Fertilisation (IVF) gezeugt, und das Prozedere gilt als Industriestandard. Die Bedenken, Retortenkinder könnten unter gesundheitlichen Spätfolgen leiden, erwiesen sich als ebenso falsch wie die in den neunziger Jahren im Rahmen der Bioethik-Debatte geäusserten Befürchtungen, wonach der Eugenik Tür und Tor geöffnet werde.

«Schweizer Wunscheltern werden aufgrund des veralteten und restriktiven Gesetzes zur Fortpflanzungsmedizin praktisch in die Illegalität gedrängt», sagt auch der FDP-Ständerat Felix Gutzwiller. Der Mediziner lancierte be-

reits vor sechs Jahren einen Vorstoss, der die Aufhebung des Verbotes zur Präimplantationsdiagnostik (PID) zur Folge hatte. Embryos dürfen nun vor der Einpflanzung untersucht werden, wenn die Übertragung einer schweren Erbkrankheit auf das Kind zu befürchten ist.

Ob die zahlreichen Verbote den heutigen Realitäten entsprechen, fragte kürzlich auch die AGART. Die Mitglieder präsentierten ihre Vision von medizinisch assistierter Fortpflanzung in der Schweiz. Ihr Anliegen ist eine liberalere Gesetzgebung für die Reproduktionsmedizin. Verschiedene Thesen und erste Schritte der Umsetzung wurden im vergangenen Oktober diskutiert. Der Grund für die Initiative? Immer mehr Paare suchten bei der Erfüllung ihres Kinderwunsches Hilfe im Ausland. Es müsse möglich werden, die in vergleichbaren Ländern akzeptierten Methoden auch in der Schweiz anzuwenden (Embryonenselektion, Eizellspende und Embryonenspende), schreibt die AGART. Das Thema Leihmutterschaft fand im Thesenpapier keine Erwähnung. Auch auf eine offizielle Stellungnahme zur Eizell- und Embryonenspende, die die Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin (NEK) bereits vor zwei Jahren angekündigt hatte, wartet man bis heute vergeblich.

Politiker wagen sich kaum an das Thema heran. Die Vorstellung, dass homosexuelle Paare mittels Eizellspende und Leihmutterschaft zu einem Kind kommen können oder Rentnerinnen, behagt nicht allen. Das ist die Crux. Solange man den beiden umstrittenen Gruppen keine Möglichkeiten zugesteht, sich den Kinderwunsch zu erfüllen, werden sich auch jene Frauen, die aufgrund von Erkrankungen keine Kinder bekommen können, im Ausland mit illegalen Methoden helfen müssen. ○

# Die Frauen marschieren nach links

Vor 40 Jahren wurde in der Schweiz das Frauenstimmrecht eingeführt. Soziologen ziehen eine interessante Bilanz: Die Schweizer Frauen stehen stärker links als die Männer. Vor allem aber gibt es in der Schweiz anteilmässig mehr linke Frauen als in anderen Ländern. *Von Alex Reichmuth*



*Neue Arbeiterklasse:* Demonstration für das Frauenstimmrecht in Bern, 1969.

Bevor 1971 das Frauenstimmrecht auf eidgenössischer Ebene eingeführt wurde, gab es zahlreiche Argumente dagegen, die aus heutiger Sicht reichlich absurd erscheinen: Die Politik sei ein zu schmutziges Geschäft für Frauen, hiess es. Sie könnten ihre Weiblichkeit verlieren, wenn sie am politischen Geschehen teilnahmen. Mittlerweile beteiligen sich bei Wahlen und Abstimmungen fast ebenso viele Frauen wie Männer: An den letzten Nationalrats- und Ständeratswahlen 2007 beteiligten sich 43 Prozent der Frauen, was beinahe ein gleich hoher Anteil war wie bei den Männern (47 Prozent). Dass die Frauen damit ihre Weiblichkeit verloren hätten, behauptet kaum jemand mehr.

Interessanter ist die Frage, ob und wie das Frauenstimmrecht den Kurs der eidgenössischen Politik verändert hat. Frauen stehen nämlich tendenziell weiter links als Männer, wie zahlreiche Erhebungen und Analysen zei-

gen. Sie wählen häufiger linke und grüne Parteien und unterstützen in Abstimmungen öfter deren Anliegen. Engagieren sich Frauen in einer Partei, ist es am häufigsten bei der SP und bei den Grünen. Diese ideologische Kluft zwischen den Geschlechtern ist auch im Ausland bekannt: Eine Untersuchung ergab, dass in Deutschland junge Männer öfter CDU und FDP wählen, Frauen hingegen eher SPD und Grüne. Und in den USA wäre vor zehn Jahren nicht George W. Bush, sondern Al Gore ins Weisse Haus eingezogen, wenn es nach den Frauen gegangen wäre.

Bei Sachentscheidungen haben die Frauen mit ihrer Links-Tendenz die Männer in den letzten vierzig Jahren denn auch mehrmals überstimmt: So kamen zum Beispiel das neue Ehegesetz, das Moratorium für neue Atomkraftwerke, das Antirassismogesetz und die Alpeninitiative nur dank den Frauen an der Urne durch, wie Abstimmungsanalysen er-

gaben. Auch hinsichtlich der Waffenschutzinitiative, über die Mitte Februar entschieden wird, zeigt sich, dass die Frauen die Männer überstimmt hätten, wenn schon jetzt entschieden würde: Laut der Umfrage von gfs.bern plädieren derzeit 61 Prozent der Frauen für ein Ja zur Initiative, während es bei den Männern nur 44 Prozent sind.

## Sie driften immer weiter nach links

Trotz des Linksdralls der Frauen hat sich der Wähleranteil der linken und grünen Parteien insgesamt nicht erhöht: Dieser liegt seit den fünfziger Jahren relativ unverändert bei rund 30 Prozent. Vermutlich haben die Frauen als Wählerinnen von SP und Grünen aber die Arbeiterschicht ersetzt, die heute viel weniger

## Bei den Männern zeigt sich mit zunehmendem Bildungsgrad ein schwacher Trend nach rechts.

links wählt. Insofern haben die Frauen die politische Landschaft der Schweiz zwar nicht verändert, aber eine Veränderung verhindert.

In der Schweiz stehen die Frauen aber nicht nur wie in vielen anderen Ländern links der Männer – sie driften sogar immer weiter gegen links. Das zeigen die Zahlen der World Values Survey (WVS), einer regelmässig in etwa achtzig Ländern stattfindenden Bevölkerungsumfrage. 1989, 1996 und 2007 wurden Schweizerinnen und Schweizer nach ihrer politischen Orientierung gefragt. Es ergab sich, wenig überraschend, dass die politische Mitte immer mehr erodiert: Während sich 1989 noch 45,4 Prozent der Männer als in der Mitte stehend bezeichneten, waren es 2007 nur noch 38,3 Prozent (siehe Grafik 1). Bei den Frauen nahm der Anteil von 51,1 Prozent auf 40,8 Prozent ab. Die Männer sind dabei tendenziell nach rechts gerückt: Während 1989 erst 29,5 Prozent der Männer rechts standen, waren es 2007 bereits 35,1 Prozent. Der Anteil der linken Männer blieb hingegen stabil. Viel stärker ist jedoch die Bewegung der Frauen nach links: Der Anteil der linken Frauen hat innerhalb von 18 Jahren von 22,1 deutlich auf 37,1 Prozent zugenommen. Gleichzeitig hat der Anteil der rechts stehenden Frauen sogar etwas abgenommen. Die politische Polarisierung fand also massgeblich zwischen den Geschlechtern statt und ist vor allem auf einen Wandel bei den Frauen zurückzuführen.

Der Anteil an linken Frauen ist in der Schweiz mittlerweile so gross wie kaum in einem anderen Land, das von der WVS erfasst wurde: Nur in den Niederlanden und in Israel gibt es noch mehr linke Frauen (wobei in Israel auch ein starker Rechtsflügel existiert). Bezüglich der ideologischen Kluft zwischen den Geschlechtern nimmt die Schweiz sogar eine Sonderstellung ein: So weit auseinander sind Frauen und Männer in sonst keinem anderen Land. Es habe sich eine ungewöhnliche Polarisierung zwischen den Geschlechtern aufgebaut, wie sie früher nur zwischen sozialen Klassen oder konfessionellen Gruppen bestand, schrieb der Zürcher Soziologe Hans Geser zu den Resultaten der Umfrage.

Auffällig ist, dass der starke Links-Trend bei den Frauen nicht etwa darauf zurückzuführen ist, dass junge, politisch weiter links stehende Generationen nachgerückt wären. Vielmehr ist ein Gesinnungswandel bei den Frauen der Jahrgänge 1947 bis 1966 festzustellen, die heute weiter links stehen als noch Ende der achtziger Jahre. Die typische linke Frau in der Schweiz ist heute etwa fünfzig Jahre alt.

Die Geschlechterpolarisierung hängt jedoch stark von der Bildung ab: Männer und Frauen mit Universitätsdiplom (oder sonstigem höherem Berufsabschluss) haben sich in den letzten Jahren besonders stark auseinanderbewegt. In den WVS-Umfragen von 2007 standen sagenhafte 58,5 Prozent der Schweizer Frauen mit hoher Bildung links, während es bei den Frauen mit tiefer Bildung nur 29,3 Prozent waren. Bei den Männern hingegen zeigt sich mit zunehmendem Bildungsgradsogar ein schwacher Trend Richtung rechts.

### «Erstaunliche Geschlechterkluft»

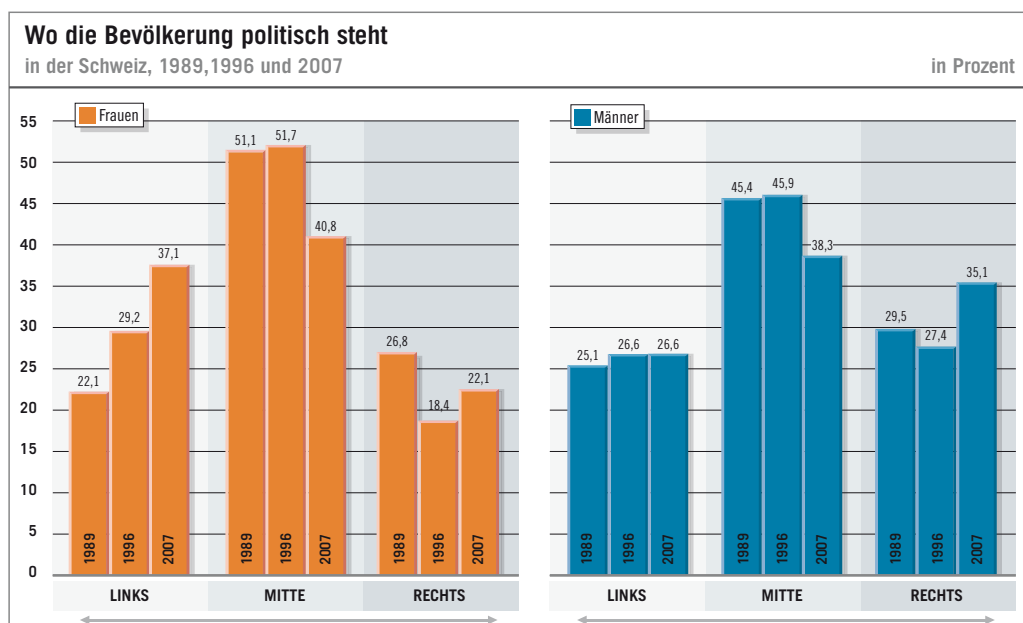
Die grosse politische Kluft zwischen den Geschlechtern in der Schweiz wird bestätigt in einer Umfrage von Hans Geser unter 8000 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, die 2009 publiziert wurde. Sie mussten selber einschätzen, wo sie auf einer Skala von 0 (sehr links) bis 10 (sehr rechts) stehen. Die Häufigkeitsverteilung (Grafik 2) zeigt, dass auch Exekutivpolitikerinnen deutlich weiter links anzusiedeln sind als ihre männlichen Kollegen. Durchschnittlich verorteten sich die Gemeinderätinnen bei einem Punktwert von 4,84 auf der Links-rechts-Skala, während die Gemeinderäte bei einem solchen von 5,78 stehen. Die Differenz von knapp einem Skaleneinheit ist bedeutend, weil angenommen werden kann, dass kommunale Exekutivpolitiker vergleichsweise wenig anfällig sind für ideologische Polarisierung: Sie haben es in ihrer täglichen Arbeit oft mit konkreten Problemen zu tun, für die pragmatische, unideologische Lösungen gefragt sind. Dass die Differenzen dennoch so deutlich sind, stellt für Studienleiter Geser eine «erstaunliche Geschlechterkluft» dar, deren Gründe noch unerforscht seien.

Generell stehen Exekutivmitglieder in grossen Gemeinden weiter links als solche in kleinen Gemeinden – egal, ob weiblich oder männlich. Die Regierungen der Städte sind meist links-grün dominiert. Die Exekutiven kleiner, meist ländlicher Gemeinden stehen dagegen in der Regel rechts. Die grösste Geschlechterkluft in den Gemeinderäten zeigt sich typischerweise in mittelgrossen Gemeinden mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern: Hier stehen die Frauen im Schnitt fast genau so weit links wie in den Städten, die Männer hingegen fast ebenso weit rechts wie in kleinen Gemeinden bis 1000 Einwohner.

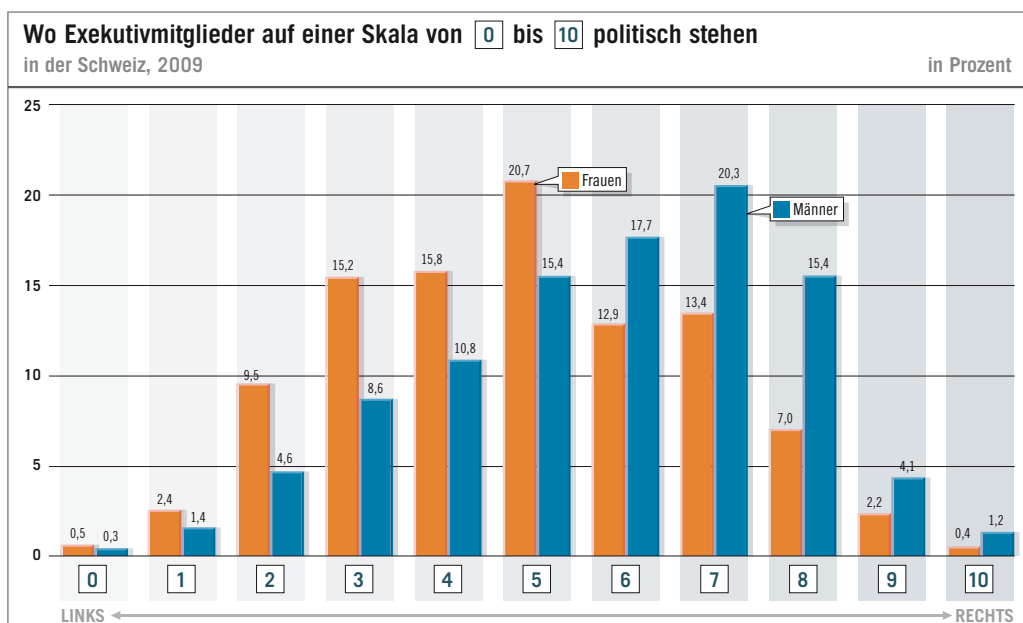
### FDP-Frauen links, SVP-Frauen rechts

Auffällig in der Umfrage des Soziologen Hans Geser ist, wie stark die ideologische Orientierung der Gemeindepolitiker selbst innerhalb der Parteien auseinandergeht: In

diesen gehören die Frauen häufiger dem linken, die Männer häufiger dem rechten Flügel an. Bei den Parteien am politischen Rand sind die Unterschiede generell weniger stark als bei den Mitteparteien. Am wenigsten Differenzen gibt es bei der SP, wo die männlichen Exekutivmitglieder fast ebenso weit links stehen wie ihre Kolleginnen. In der SVP stehen die Frauen fast gleich weit rechts wie die Männer. Bei der FDP und der CVP hingegen sind die Differenzen fast ebenso ausgeprägt wie bei den Gemeindepolitikern insgesamt, nämlich beinahe von einem Skalenpunkt auf der Links-rechts-Skala. Bei der FDP, eigentlich eine bürgerliche Partei, fällt insbesondere ein ausgeprägter weiblicher Linksflügel auf: Jede vierte Gemeindepolitikerin, die in der Umfrage angab, sehr weit links zu stehen (Skaleneinheiten 0 bis 3), ist Mitglied der FDP.



Die Mitte verliert: politische Orientierung der Schweizerinnen und Schweizer.



Mitte-links mit deutlich mehr Frauen: Gemeinderäte-Statistik.

# Der langsame Abschied des Adhir Das

Er ist Ausländer. Er lebt seit zehn Jahren in der Schweiz. Er ist hervorragend integriert. Er hat eine glänzende Karriere hingelegt. Trotzdem droht Adhir Das die Ausschaffung. Der Fall ist so absurd, dass sich sogar die SVP für den Mann aus Bangladesch einsetzt. *Von Daniel Glaus und Katharina Lütscher (Bild)*



«Ein Fall, den es nicht geben darf»: stellvertretender Küchenchef Das.



«Das kann nicht sein»: Wirtepaar Luchsinger.

Es muss einiges im Argen liegen, dass sich der Zürcher SVP-Kantonsrat Claudio Zanetti an den Computer setzt und CVP-Regierungsrat Hans Hollenstein ein E-Mail schreibt, um sich für einen illegalen Ausländer einzusetzen. So geschehen im letzten Dezember.

Das Wirtepaar Gabi und Rolf Luchsinger aus Thalwil hat sich an ihn gewendet, weil sie nicht mehr weiterwissen. Ihr stellvertretender Küchenchef, Adhir Das, sollte die Schweiz verlassen. Doch die Migrationsbehörden stehen seit bald zehn Jahren vor einem offenbar unlösbaren Problem: Adhir Das kam in Bangladesch zur Welt und floh mit seinen Eltern als Kind nach Indien. Jedoch stellt ihm heute keines der Länder Reisepapiere aus.

Zanetti drängt auf eine Lösung. Nicht zuletzt für die Luchsingers sei die Situation unhaltbar. «Ich habe den Eindruck, dass wir es hier tatsächlich mit einem Härtefall zu tun haben», schrieb er Regierungsrat Hollenstein.

Was ist der Grund für den aussergewöhnlichen Einsatz von SVP-Mann Zanetti? Immerhin würde er die Härtefallkommission, die im Kanton Zürich abgewiesene Asylbewerber legalisieren kann, am liebsten abschaffen. «Ich bin für eine strenge, aber faire Ausländer- und Asylpolitik. Doch gerade dieser Fall zeigt, dass die Migrationsbehörden nicht in der Lage sind, die vom Volk abgesegnete Politik um-

zusetzen. Seit Jahren drehen sich die Beamten im Kreis, das darf doch nicht wahr sein!»

Studiert man die Akten des Falls Adhir Das, offenbart sich in der Tat ein höchst fragwürdiges Vorgehen der Migrationsämter.

## Flucht von Bangladesch nach Indien

Im Jahr 2001 war Adhir Das eingereist – da war er zirka 37 Jahre alt. Genau kennt er sein Geburtsdatum nicht, er kam in den Wirren des Unabhängigkeitskampfes des heutigen Bangladesch zur Welt. Seine Eltern gehörten zur Minderheit der Hindus und wurden von den Muslimen vertrieben. In Indien fanden sie Zuflucht. Der Vater eröffnete in Kalkutta einen kleinen Laden. Adhir und sein Bruder übernahmen das Geschäft, als der Vater starb. Zur Schule ging Adhir nur wenige Jahre.

Mitte der 1990er Jahre ging die Kommunistische Partei von Westbengalen (CPM) auch Adhir Das um «Spenden» an. Wer der Bitte nicht nachkam, wurde verprügelt. Die Parteischergen drückten ihm eine *election card* in die Hand, damit er für sie wählen ging.

Die Wahlkarte war das erste Behördenpapier, das Adhir Das besass – und das die Schweiz noch heute für den Beweis seiner indischen Staatsbürgerschaft hält.

1996 wurde Adhir der Druck zu gross. Die CPM verlangte immer mehr Geld. Adhir be-

sorgte sich einen indischen Pass und gelangte mit Schleppern über Russland nach Deutschland. Im Take-away eines Einkaufszentrums fand er Arbeit. Doch er zog weiter, liess den fremden Pass zurück und stellte am 5. März 2001 in Kreuzlingen ein Asylgesuch.

Dank der Fingerabdrücke war dem damaligen Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) schnell klar: Adhir Das war unter falschem Namen schon in mehreren europäischen Staaten bekannt, hatte also kein Anrecht auf Asyl. Bis das Verfahren abgeschlossen war, dauerte es aber mehrere Monate. So wurde er im Asylantenheim Adliswil ZH untergebracht.

Bis dahin war seine Geschichte eine, wie sie zu Zehntausenden vorkommt. Doch Adhir Das wollte arbeiten – und Gabi und Rolf Luchsinger brauchten dringend einen Küchenjungen in der «Sunne» in Adliswil. Das Wirtepaar besorgte ihm eine Arbeitsbewilligung, lieferte zehn Prozent seines Lohns als eine Art Quellensteuer direkt dem BFF ab und meldete ihn bei den Sozialversicherungen an. Adhir habe rasch Deutsch gelernt und von Beginn an tüchtig gearbeitet, sagen die Luchsingers.

Als Ende 2001 der Ausreisebefehl für Adhir Das eintraf, war den Luchsingers klar, dass ihr Angestellter die Schweiz verlassen musste. Auch Adhir akzeptierte den Entscheid. Auf der indischen Botschaft musste er Reisedoku-

mente beantragen. Das war im November 2001. Erst im vergangenen Sommer, fast neun Jahre später, antwortete die Botschaft: Adhir sei nicht Inder, er erhalte keine Papiere.

### Fünfter Anlauf zur Ausschaffung

In der Zwischenzeit war Adhir Das zum stellvertretenden Küchenchef aufgestiegen. Er führt den Betrieb, wenn die Luchsingers in die Ferien fahren. Die Arbeitsbewilligung allerdings ist erloschen. Seinen befristeten N-Ausweis hat er pünktlich zurückgegeben. Obwohl er aus Indien jahrelang keine Papiere erhielt, wurde er in der Schweiz nicht einmal vorläufig aufgenommen. Adhir Das darf weder hier sein, noch kann er die Schweiz verlassen.

Die Bemühungen, Adhir Das auszuschaffen, haben absurde Züge angenommen: Im Dezember starteten die Behörden den fünften Anlauf. Noch immer halten sie die *election card* der Kommunisten für den Nachweis seiner Staatsbürgerschaft. Und weil «Vertrauensanwälte» der Schweizer Botschaften Verwandte sowohl in Indien als auch Bangladesch gefunden haben, soll er nun Doppelbürger sein. Zum fünften Mal musste Adhir Das die Formulare für Einreisedokumente ausfüllen. Dieses Mal auch für sein Geburtsland Bangladesch, wo er aber nicht registriert ist. Erneut schoben die Schweizer den Ball weiter – erneut, ohne auch nur einen vorläufigen Ausweis auszustellen.

Die Konsequenz des Hin und Her: Adhir Das muss jederzeit eine Verhaftung fürchten. Obwohl er mit den Behörden kooperiert.

2009 kam Adhir drei Tage lang in Haft, weil er sich in der Zürcher Innenstadt bei einer Polizeikontrolle nicht ausweisen konnte. Er sollte ausgeschafft werden. Bis das kantonale Migrationsamt ein weiteres Mal herausfand, dass keine Reisepapiere aufzutreiben sind.

---

### «Wir verlangen ja nicht den roten Pass und ein Goldvreneli obendrauf.»

---

Die Behörden sind mit dem Fall überfordert. Das stellte selbst die Staatsanwaltschaft fest, die das Verfahren im Nachgang der Verhaftung einstellte. In der Verfügung heisst es: Es erstaune, dass Adhir Das trotz pendentem Verfahren keine Ausweispapiere erhalte. Es sei ihm ja aus «objektiven Gründen» nicht möglich, rechtmässig Papiere zu beschaffen und die Schweiz legal zu verlassen.

Luchsingers und Das erhofften sich von der staatsanwaltlichen Kritik an den Migrationsbehörden, dass es vorwärtsgehe. Die Hoffnung zerschlug sich. Im Dezember schrieb das Bundesamt für Migration (BFM) zum Stand des Verfahrens um eine vorläufige Aufnahme: «Dazu können wir Ihnen mitteilen, dass die

Prüfung des Gesuchs einige Zeit in Anspruch nimmt.» Dies knapp zehn Jahre nach dem Asylantrag von Adhir Das.

Das BFM betont heute, Adhir Das habe keinesfalls jederzeit kooperiert. Er habe seine Herkunft aus Bangladesch verschleiert und nicht versucht, dort Reisepapiere zu besorgen. Der Fall zeige exemplarisch, wie schwierig es sei, Asylentscheide umzusetzen.

### Ein Fall, den es nicht geben darf

Die Luchsingers haben in diesem Fall schon über 8000 Franken für Anwälte aufgewendet. «Als Beizer hören wir immer wieder, wie das sonst läuft: Da wird einfach geheiratet, um einen Pass zu erhalten, oder man besetzt eine Kirche wie die Sans-Papiers. Das wollen wir nicht!», sagt Gabi Luchsinger. «Wir verlangen ja nicht den roten Pass und ein Goldvreneli obendrauf. Aber es kann doch nicht sein, dass die Schweizer Behörden den Fall weiter vor sich herschieben, einfach weil es einen solchen Fall nicht geben darf!»

Der Alltag in den Migrationsämtern ist offenbar noch bedenklicher. Denn für Regierungsrat Hans Hollenstein ist der Fall Adhir Das nichts Aussergewöhnliches: «Das Vollzugsverfahren verläuft im rechtlichen Rahmen», antwortete er jedenfalls Kantonrat Zanetti. «Fallkonstellationen wie die vorliegende» seien «häufig». ○



Vielfalt macht ein gutes Portfolio aus.  
Exzellente Beratung ein sehr gutes.

Überprüfen Sie die Qualität Ihres Portfolios. Mit der Anlageberatung der Credit Suisse.

Zählen Sie auf unsere Expertise, um Ihre Anlageziele zu erreichen. Ihr Berater stellt anhand des gemeinsam ermittelten Risikoprofils einen individuellen Anlagemix zusammen. Dabei greift er auf Spezialisten zurück, welche die aktuelle Marktentwicklung im Blick haben und die für Sie geeigneten Anlagelösungen kennen. Überzeugen Sie sich selbst und melden Sie sich für ein Beratungsgespräch an.

**Gewinnen Sie zudem CHF 40 000 für Ihr Depot.**

[credit-suisse.com/anlegen](http://credit-suisse.com/anlegen)







# «Glimpflich durch die Krise»

Die *Weltwoche* hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) wiederholt und heftig kritisiert. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht SNB-Präsident Philipp Hildebrand. Im folgenden Beitrag antwortet der oberste Notenbanker seinen Kritikern und begründet die umstrittene Strategie. *Von Philipp Hildebrand*



Seit August 2007 sind die Zentralbanken im Rahmen der Krisenbekämpfung im Dauereinsatz. Die von den Geldbehörden ergriffenen Massnahmen lassen sich in zwei Kategorien unterteilen. Die erste Kategorie von Massnahmen war auf die Wiederherstellung des Vertrauens im Finanzsystem ausgerichtet. Die zweite hatte zum Ziel, den Konjunktur-einbruch zu begrenzen und die damit einhergehende Deflationsgefahr zu bekämpfen.

In den ersten Monaten bis weit ins Jahr 2008 ging es primär um die Liquiditätsversorgung des Marktes. Es galt, sicherzustellen, dass die Finanzinstitute über ausreichende Liquidität verfügten. Damit sollte auch die Kreditversorgung der Gesamtwirtschaft sichergestellt werden. Beispielsweise versorgten das Federal Reserve der USA (Fed), die Europäische Zentralbank (EZB) und die Schweizerische Nationalbank (SNB) den Geldmarkt sehr grosszügig mit Liquidität. Dabei arbeiteten die Notenbanken so eng zusammen wie noch nie zuvor.

## Im Auge des Taifuns

Mit dem Konkurs von Lehman Brothers und dem damit verbundenen Vertrauenseinbruch reichten jedoch reine Liquiditätszufuhren nicht mehr aus. Das Finanzsystem, die Gesamtwirtschaft standen am Rande des Zusammenbruchs. Weitergehende Massnahmen waren dringend erforderlich. Das rasant schwindende Vertrauen drohte weitere Märkte und Finanzinstitute in Mitleidenschaft zu ziehen. Es war eine intensive Zeit, an die wir uns alle wohl noch lange erinnern werden. Persönlich werde ich sie sicher nie vergessen.

In der atlantischen Welt überschlugen sich die Ereignisse. Es kam zur Verstaatlichung einzelner Institute, zu forcierten Fusionen sowie Darlehensgewährungen und Kapitaleinschüssen des Staates zugunsten von Banken. Um die Bankbilanzen zu entlasten, wurden auch illiquide Vermögenswerte – sogenannte toxische Vermögenswerte – mit öffentlichen Mitteln gekauft. Zudem wurden die Einlagen der Sparer bis zu einem bestimmten Betrag vom Staat garantiert. Die Massnahmen zielten darauf, das Vertrauen der Anleger, der Investoren und natürlich auch der Banken untereinander wiederherzustellen. Jedes geldpolitische Instrument, das Sie in einem ordentlichen Ökonomiebuch finden würden, wurde eingesetzt. Aber das reichte nicht aus. Es mussten neue Instrumente konzipiert werden. Eines stand fest: Ohne Stabilisierung des

«Die Ereignisse überschlugen sich»: Nationalbank-Präsident Hildebrand.

Finanzsystems – des Blutkreislaufs der Wirtschaft – war eine nachhaltige Erholung der Konjunktur nicht möglich.

In der Schweiz sah sich insbesondere die UBS mit einem rasch schwindenden Vertrauen konfrontiert. Lassen Sie mich hier Klartext sprechen: Der Staat und die Nationalbank standen vor einer unmöglichen Wahl. Entweder sie akzeptierten die für unsere Volkswirtschaft verheerenden Folgen eines Ausfalls einer Grossbank. Oder aber sie waren bereit, das erhebliche finanzielle Risiko sowie die immateriellen Kosten der Stabilisierungsmassnahmen zu tragen. Letztere bestanden insbesondere in der Zunahme des sogenannten *moral hazard*. Die systemrelevanten Finanzinstitute wissen seit jenem Herbst 2008, dass sie schlicht zu bedeutend sind, als dass man sie fallenlassen würde. Das Massnahmenpaket des Bundes zur Stärkung des Schweizer Finanzsystems wurde geschnürt und die UBS stabilisiert.

### Bekämpfung der Deflationsgefahr

Die zweite Kategorie von Massnahmen war auf die Begrenzung des Konjunkturreinbruchs und die Bekämpfung der damit einhergehenden Deflationsgefahr ausgerichtet. Zudem war zu befürchten, dass ein dramatischer Konjunkturreinbruch die Finanzkrise verschärfen würde. Eine solche Rückkoppelung hätte die Abwärtsspirale noch verstärken und verheerende Folgen haben können.

Lassen Sie mich hier ein paar Worte zur Deflation beziehungsweise Deflationsgefahr sagen. Wenn die Entwicklung des Konsumentenpreisindex während einiger Monate temporär negativ ist, weil die Preise einzelner Produkte fallen, dann handelt es sich dabei nicht um Deflation. Wenn Coop, Migros oder Aldi auf breiter Front die Preise senken, ist dies auch keine Deflation. Unter Deflation ist ein als Folge eines Nachfrageeinbruchs andauernder Rückgang des Preisniveaus zu verstehen. Setzt eine Deflation ein, ist deren Bekämpfung sehr anspruchsvoll. Im schlimmsten Fall kann sie sich selbst verstärken.

Konfrontiert mit einem massiven Konjunkturreinbruch und der damit einhergehenden Deflationsgefahr, senkte man die Leitzinsen ab Herbst 2008 praktisch weltweit deutlich und rasch. In einigen Volkswirtschaften, so in den USA und in der Schweiz, wurde dieser Zinssatz faktisch auf null reduziert. Ab diesem Zeitpunkt – in der Schweiz war dies im März 2009 der Fall – war das klassische geldpolitische Instrument, Veränderungen des Zinssatzes, damit ausgereizt. Die Lage verlangte aber eine weitere Lockerung der Geldpolitik. Um dies zu erreichen, mussten die Zentralbanken zu sogenannten unkonventionellen geldpolitischen Massnahmen übergehen. In Volkswirtschaften mit grossen Geld- und



«An seiner Stelle würde ich zurücktreten»: SVP-Politiker Blocher.

Kapitalmärkten wie in den USA oder in Grossbritannien stand primär der Kauf von Geldmarkt- und Kapitalmarktanlagen im Vordergrund. Dadurch konnte zusätzliche Liquidität zugeführt werden, und direkt konnten auch die längerfristigen Zinsen beeinflusst werden. In der Schweiz bestand angesichts des weltweiten, massiven Konjunkturreinbruchs das Risiko einer ernsthaften deflationären Entwicklung, insbesondere wenn der Franken sich weiter aufgewertet hätte. Dieses Risiko verlangte im März 2009 auch hierzulande eine zusätzliche Lockerung der Geldpolitik und das Verhindern einer weiteren Aufwertung des Frankens. Die Nationalbank entschied da-

her, bei Zinsen von faktisch null primär mittels Devisenkäufen die Liquidität zu erhöhen, eine weitere Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro zu verhindern und somit die Deflationsgefahr zu bekämpfen.

### In der Schweiz bestand das Risiko einer ernsthaften deflationären Entwicklung.

Ende 2009 hatte sich gemäss Einschätzung des Direktoriums die Konjunktur so weit erholt, dass sich die Deflationsgefahr reduziert hatte. Eine gewisse Aufwertung des Frankens sollte die Preisstabilität in unserem Lande nicht mehr gefährden. Die Nationalbank entschied daher, nur noch einer übermässigen Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro entschieden entgegenzuwirken. Im Frühjahr 2010 kam es dann zu plötzlichen und heftigen Anspannungen an den Finanzmärkten. Der Auslöser war ein massiver Vertrauensschwund, aber diesmal gegenüber der Zahlungsfähigkeit einzelner europäischer Staaten. Im Fokus der Märkte stand in erster Linie Griechenland. Aber auch Irland, Portugal und Spanien – zeitweise sogar Italien – gerieten unter Generalverdacht. Dadurch kam es auch wieder zu erneuten Refinanzierungsproblemen bei einigen europäischen Banken, die grosse Bestände von den entsprechenden Staatsschuldeniteln hielten.

Dieses Umfeld führte zu einer erneuten massiven Flucht in sichere Anlagen, und der Schweizer Franken kam unter enormen Aufwertungsdruck. Eine rasche und übermässige Aufwertung des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro zu jenem Zeitpunkt hätte nach

#### Die Debatte um die Nationalbank

Mit der Zuspitzung der globalen Schuldenkrise rückte die Geldpolitik der SNB und damit auch deren Chef Philipp Hildebrand in den Fokus öffentlicher Kritik – gerade auch von der *Weltwoche*. Hatte der Präsident des SNB-Direktoriums zu früh gegen die Erstarkung des Frankens mit massiven Euro-Käufen interveniert? Die Folge waren Devisenverluste in Höhe von über 20 Milliarden Franken: Ist dies als Verschleuderung von Volksvermögen zu taxieren? Diese Fragen wurden in den Spalten dieser Zeitung engagiert diskutiert, und mittlerweile hat SVP-Vizepräsident Blocher in einem Interview mit der *Basler Zeitung* Hildebrands Rücktritt gefordert. Dieser hat seinen Standpunkt an einem Anlass des Club of Rome dargelegt, wir drucken die Rede auszugsweise nach.

Einschätzung des Direktoriums die Konjunktur derart belastet, dass sie die Gefahr einer deflationären Entwicklung mit sich gebracht hätte. Das Direktorium wollte dieses Risiko nicht eingehen, entschied, die Liquidität auszuweihen. Zu diesem Zweck erwarb die Nationalbank in grossem Umfang Devisen.

Um die Jahresmitte 2010 festigte sich die Konjunkturerholung. In der Schweiz waren die Produktionskapazitäten zusehends besser ausgelastet, und die Deflationsgefahr war weitgehend verschwunden. Die Risiken, die von einer weiteren Aufwertung des Frankens ausgingen, waren nach Einschätzung des Direktoriums nun deutlich gesunken. Die von der Politik und den europäischen Behörden ergriffenen Massnahmen seit dem Frühjahr 2010 haben keinen Zweifel offengelassen, dass diese alles unternehmen, um die Stabilität in der Euro-Zone wiederherzustellen. Zudem verbesserte sich ab Frühherbst das internationale konjunkturelle Umfeld schrittweise wieder.

### **Kritik ist immer willkommen**

Wie ist nun die Arbeit der Zentralbanken während der Finanzkrise zu beurteilen? Zentralbanken sind keine kommerziellen Unternehmen. Deren Zweck ist nicht die Gewinnerzielung – geschweige denn die Gewinnmaximierung. Dabei liegt es auf der Hand, dass im Falle einer Zentralbank auch die Öffentlichkeit ein grosses Interesse an der Beurteilung hat. Dieses Interesse ist insbesondere in Krisenzeiten ausgeprägt. Es ist nicht erstaunlich, dass die Diskussion über die Geldpolitik und somit die Arbeit der Nationalbank teilweise heftig geführt wird. Die Nationalbank stellt sich dieser Diskussion. Das Kriterium für die Leistungsbeurteilung einer Zentralbank leitet sich aus ihrem gesetzlichen Auftrag ab. Artikel 5 des Nationalbankgesetzes besagt, dass die Nationalbank die Preisstabilität zu gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung zu tragen hat. Preisstabilität gewährleisten bedeutet, weder Inflation noch Deflation zuzulassen. Daran ist die Arbeit der Nationalbank zu messen. Die Erfüllung dieses Auftrages wird erst in mehreren Jahren abschliessend beurteilt werden können. Die Geldpolitik wirkt mit erheblichen Zeitverzögerungen auf die Preise. Trotzdem kann festgehalten werden, dass die Nationalbank mindestens bis anhin ihren Auftrag auch unter den schwierigen Umständen der letzten drei Jahre erfüllen konnte.

Die in der Krise ergriffenen geldpolitischen Massnahmen sind mit Risiken verbunden: eine der Folgen der Finanzkrise. In vielen Ländern widerspiegeln sich die Folgen der Finanzkrise in den Staatsfinanzen und den Bilanzen der Zentralbanken. Der Einbruch der Wirtschaftstätigkeit ging einher mit sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben. Zudem waren die von den Regierungen

und Zentralbanken ergriffenen Rettungsmassnahmen nicht kostenlos.

### **Sonst hätte der Staat die Risiken gehabt**

In der Schweiz haben sich die Folgen und Kosten der Finanzkrise vergleichsweise wenig in den Haushalten von Bund und Kantonen niedergeschlagen. Die Kosten, zurzeit primär in der Form von Risiken, finden sich hauptsächlich in der Bilanz der Nationalbank. Bis Mitte 2010 nahm die Bilanzsumme der Nationalbank um knapp das Dreifache auf rund 300 Milliarden Franken zu. Die Nationalbank erwartet für das Jahr 2010 einen Verlust von 21 Milliarden Franken. Hauptursache sind die Wechselkursverluste auf den Devisenanlagen. Die Schweizer Volkswirtschaft ist zwar bis jetzt vergleichsweise glimpflich durch die Krise gekommen; aber auch wir haben die schwerste Finanzkrise der Nachkriegszeit und die schwerste Rezession in der Schweiz seit 1975 erlebt. Weltweit brach die Konjunktur ein. Die Abwärtskräfte waren schlicht zu gross. Die grosse Rezession konnte nicht verhindert werden, aber zumindest eine Wiederholung der grossen Depression. Eine derartige Entwicklung und vor allem das Bestreben, einen noch grösseren Schaden abzuwenden, gehen auch an unserem Land nicht spurlos vorbei. Mittels Diversifikation unserer Devisenanlagen haben wir vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2010 die Klumpenrisiken in der Bilanz bei Währungen und Schuldnern reduziert. Die höheren Bestände an Devisenanlagen bringen jedoch zwangsläufig höhere Risiken mit sich. Sie manifestieren sich in teilweise enormen Schwankungen der jährlichen Erträge der Nationalbank. Wir haben immer wieder davor gewarnt, positive Ergebnisse in die Zukunft zu projizieren. Das Gleiche gilt auch bei negativen Ergebnissen.

### **Die Schweiz ist robust**

Mit Blick auf die Wechselkursverluste und den aktuellen Euro-Kurs ist die Versuchung gross, zu argumentieren, die Nationalbank hätte keine Devisen kaufen sollen oder sie habe zu früh gehandelt und den Euro zu einem zu hohen Kurs gegen Franken gekauft. Wie wir immer wieder betonen, ist der Sinn und Zweck der Nationalbank nicht die Gewinnerzielung – und schon gar nicht die Spekulation. Der Entscheid, ob geldpolitische Massnahmen in Form von Devisenkäufen erforderlich sind, basiert auf der Beurteilung der Deflationsgefahr und des notwendigen geldpolitischen Expansionsgrades, um dieser entgegenzuwirken. Das Direktorium ist überzeugt, dass geldpolitische Untätigkeit in den dramatischen Phasen von 2009 und 2010 keine Option war. Ein solches Vorgehen wäre angesichts der enormen Risiken für unsere Volkswirtschaft fahrlässig und nicht im Einklang mit unserem Auftrag gewesen. Es gilt das Primat der Geldpolitik. Und das oberste Ziel der Geldpolitik ist die Ge-

währleistung der Preisstabilität. Das ist der Beitrag, den die Nationalbank für das Wohlergehen dieses Landes leisten kann und muss.

Die Nationalbank nimmt im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags weitere Aufgaben wahr. Eine davon ist die Versorgung der Volkswirtschaft mit Liquidität. Eine andere Aufgabe ist es, einen Beitrag zur Finanzstabilität zu leisten. Praktisch alle wichtigen Zentralbanken haben die Liquiditätsversorgung sicherzustellen und einen Beitrag zur Finanzstabilität zu leisten. Generell lässt sich feststellen, dass es den Zentralbanken gelungen ist – zusammen mit den Regierungen –, das globale Finanzsystem im Herbst 2008 vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Das dezidierte Eingreifen trug wesentlich dazu bei, die Finanzmärkte zu beruhigen und die Abwärtsspirale zu stoppen. Diese Massnahmen ebneten den Boden, so dass Investoren wieder bereit waren, Finanzinstitute zu refinanzieren, deren Eigenkapitalbasis zu stärken.

Die aktuellen Konjunkturdaten zeichnen trotz der zu erwartenden Wachstumsverlangsamung ein relativ robustes Bild der Schweizer Wirtschaft zu Beginn dieses Jahres. Aber die europäische Staatsschuldenkrise ist nicht überwunden. Die Importeure profitierten zwar von der deutlichen Aufwertung des Schweizer Frankens in den vergangenen Monaten. Für Teile unserer Wirtschaft stellt sie jedoch eine grosse Belastung dar. Die Stabilität der EuroZone ist ein absolut zentraler Einflussfaktor für den Schweizer Franken und für die Schweizer Wirtschaft insgesamt. Nicht nur die EU-Bürger, sondern auch die Schweizer Bürger haben deshalb ein immenses Interesse an der Stabilität des Euro.

### **Wir stehen an einem Scheideweg**

Vor rund 40 Jahren hat der Club of Rome das Bewusstsein geschaffen, dass ein schrankenloses Wachstum – ohne Rücksicht auf die nur begrenzt verfügbaren Ressourcen – unweigerlich an Grenzen stösst. Nur ein nachhaltiges Wachstum ist zukunftsträchtig. Es hat Jahrzehnte gebraucht, bis dieser erstmals 1972 formulierte Gedanke breit akzeptiert wurde. Nachhaltigkeit ist auch in der Finanzpolitik absolut zentral. Die Staatsschuld kann langfristig nicht schneller wachsen als die Wirtschaft. Schulden zu machen, ist kein Recht, sondern ein Privileg, das von den Kreditgebern gewährt wird, von diesen aber auch wieder entzogen werden kann. Dies gilt auch für Staaten. Ich gehe davon aus, dass die heutige Staatsschuldenkrise in 20 bis 30 Jahren rückblickend als Scheideweg wahrgenommen werden wird.

Denn sie hat hoffentlich das Bewusstsein dafür geschärft, dass wir es auch in Bezug auf die öffentlichen Finanzen wirklich ernst nehmen müssen mit der Nachhaltigkeit. Das schulden wir den künftigen Generationen. ○



Essay

## Der Brandmelder brennt

Lebensversicherungen, Anlagestiftungen und Pensionskassen halten ihre Vermögensanlagen nicht als Handelspositionen. Ein regulatorischer Irrtum mit unabsehbaren Folgen für das Finanzsystem.

Von Heinz Zimmermann

**B**rennt das Theater, rennt man kopflos zum nächsten Notausgang und macht sich keine Gedanken über die Rationalität seines Verhaltens. In der Krise dominieren deshalb zumeist Hektik und kurze Zeithorizonte. Wie wohlthuend war es im Herbst 2008, als die Schweizerische Nationalbank den Kauf der riesigen und unveräusserlichen Risikopositionen zuließ, auf denen die Banken sitzen. Nicht die Transaktion an und für sich war eine Wohltat, sondern das Argument, dass die SNB im Unterschied zu den Banken diese Risiken über lange Jahre, ja bis zur Fälligkeit, auf ihren Büchern halten könne, unabhängig von der kurzfristigen Verfassung der durch Nervosität geprägten Märkte. Was auf keinem liquiden Markt gehandelt wurde und keine «marktnahe» Bewertung aufwies, musste damals bei den Banken abgeschrieben oder am besten gleich veräussert werden, was immer es auch kostete.

### Absurde Vorschriften

Das war schon ein erstaunliches Ereignis: In einer Welt, die von der ständigen Veräusserbarkeit von Vermögenswerten ausging, trat eine Institution als rettender Anker auf den Plan, die sich einen langen Zeithorizont beim Übernehmen von Risiken leisten kann. Dass sie diese Risiken immer noch in den Büchern hält, ohne damit in der Bevölkerung einen Sturm der Entrüstung auszulösen: Das müssen Buchhalter, Risikokontrollure und Regulierer, die sich für marktwertbasierte Rechnungslegungs-, Risiko- und Eigenkapitalvorschriften starkmachen, als Schlag ins Gesicht empfinden.

Offenbar billigt man in der Krise der Nationalbank ein diametral anderes Verhalten zu als den anderen Akteuren. So müssen Lebensversicherungen, Anlagestiftungen und Pensionskassen ihre Anlagen selbst dann zu aktuellen Marktwerten ausweisen, wenn sie auf den entsprechenden Märkten gar nicht gehandelt werden. An die Stelle des tatsächlichen Marktes tritt eine «marktnahe Bewertung» – also die Fiktion eines Marktes, den es in Wirklichkeit nicht gibt.

Man unterstellt damit eine Veräusserbarkeit von Risiken in Bereichen, wo diese weder existiert noch angestrebt wird oder erforderlich ist. Das führt zu absurd anmutenden Vor-

schriften, so etwa bei den Liegenschaften: Weshalb sollten diese in der Bilanz zu einem inexistenten Marktwert bewertet werden, wenn ihre ökonomische Rolle darin besteht, im Hinblick auf die projizierten Leistungen einen langfristigen Einkommensstrom zu erzeugen? Man kann jeden noch so illiquiden Vermögenswert mit einer Bewertung versehen, was je nach Betrachtungsweise (zum Beispiel Steuern oder Versicherung) durchaus erforderlich sein kann.

Es ist indessen eine andere Frage, ob die Fiktion einer marktnahen Bewertung darüber



*Einfache Risikomodelle:* Immobilien in Zürich.

Aufschluss geben soll, ob sich Vermögenswerte zur Erbringung von Vorsorgeleistungen eignen und von den Regulierungsbehörden anzuerkennen sind. Doch scheint der regulatorische Trend die Vorsorgevermögen undifferenziert als Handelsposition zu betrachten, auch wenn weder Pensionskassen noch Lebensversicherer Liegenschaften aus kurzfristigen Handelsmotiven halten.

Diesogenannt marktkonsistente Bewertung wird mit dem Argument vertreten, in einer Krisensituation sei einzig und allein der Wert einer Gesellschaft massgeblich, der im Falle einer Veräusserung oder Übernahme zur An-

wendung gelangen würde. Das wäre durchaus zutreffend – nur lehrt uns gerade die Finanzkrise, dass dieser Fall ziemlich irrelevant ist: Welche der angeschlagenen Institutionen wurde in der Krise zu einem marktnahen Wert übernommen? Die amerikanische Investmentbank Lehman Brothers ging in Konkurs – eine Übernahme fand nicht statt.

Welche Rolle spielten marktkonsistente Werte für die Subprime-Kredite bei den deutschen Landesbanken oder bei der UBS? Und bei der Sanierung der AIG oder den beiden staatlich unterstützten US-Hypothekenfinanzierern? Wo haben marktkonsistente Werte zur Lösung eines praktischen Problems beigetragen? In der Krise versagen viele Märkte und damit auch die Informationsleistung des Finanzsystems. Der Brandmelder verbrennt zusammen mit dem in Flammen stehenden Gebäude.

### Neues Gesetz zur falschen Zeit

Wegen dieser praxisfernen Vorschriften bleibt den Vorsorgeeinrichtungen nur eines: die Flucht in marktgängige und regulatorisch unverfängliche Anlagen, namentlich in- und ausländische Staatsanleihen. Denn diese sind ja sicher und stets handelbar. Und weil dies mittlerweile alle institutionellen Anleger tun, zerstört man genau das, was alle suchen, nämlich Liquidität und eine angemessene Rendite. Gerade jene Investoren, welche aufgrund ihrer ökonomischen Natur eine langfristige Anlagestrategie verfolgen und illiquide Anlagen halten könnten, werden durch die gesetzlichen Vorschriften gezwungen, sich wie Händler zu verhalten. Immobilien werden durch Staatsanleihen ersetzt, weil sie auf einfache Weise marktnah bewertet werden können und die Risikomodelle viel einfacher anzuwenden sind.

Diese ökonomisch unverständliche Verhaltensweise ist ab Januar mit der Umsetzung des Swiss Solvency Test, kurz SST, zum Gesetz erhoben worden: Er könnte dazu führen, dass Versicherer ihre Immobilienbestände im grossen Stil durch Staatsanleihen ersetzen. Der Zeitpunkt könnte nicht ungünstiger gewählt sein.

Heinz Zimmermann lehrt Finanzmarkttheorie an der Universität Basel.

# Der Schweizer, der die USA sanierte

Er hiess Albert Gallatin, war Genfer Aristokrat, wanderte Ende des 18. Jahrhunderts nach Amerika aus und stieg bis zum Finanzminister auf. Als oberster Säckelmeister lehrte er das, was die USA heute längst verlernt haben: Schulden sind Teufelszeug. Man solle sie unbedingt vermeiden. *Von Thomas Buomberger*



«Genius of Finance»: Gallatin-Statue in Washington.

Als Albert Gallatin am 12. Januar 1801 in Washington ankam, aufgehalten durch Regen und Schnee, konnte er nicht ahnen, dass er in dieser damals trostlosen Ortschaft während der nächsten zwölf Jahre die finanziellen Geschicke der USA leiten würde. «Immerhin», schrieb er seiner Frau, «bin ich ohne Unfall und bei guter Gesundheit angekommen und habe mich nicht einmal erkältet.» Er tauschte das vergleichsweise komfortable Philadelphia mit der Wildnis von Washington ein. Die Hauptstadt bestand aus nur sechshundert Gebäuden, lediglich jedes dritte verfügte über Mauern aus Stein. Untergebracht war Gallatin wie die meisten Abgeordneten und Minister in einem Boardinghouse. Die meisten Abgeordneten wohnten rund um das Kapitol und vertrieben sich die Zeit – wenn sie nicht politisierten – mit Trinken und Spielen. «Allen stinkt es hier in Washington», schrieb er seiner Frau,

«der Ort hat wenige Attraktionen und so wenig Komfort wie kaum ein zweiter im Land.»

Dass Albert Gallatin – am 29. Januar 1761, vor 250 Jahren also, als Sohn von Genfer Aristokraten geboren – einst der bedeutendste amerikanische Finanzminister werden würde, war nicht abzusehen, obwohl die Familie Gallatin seit dem 16. Jahrhundert in Genf eine prominente Rolle spielte. Gallatin, der als Student in radikalen Kreisen verkehrte und von den Werten der Aufklärung und der Romantik geprägt war, hätte es sich in der Calvinstadt gut einrichten, Karriere machen können mit der Aussicht, als 25-Jähriger (seine Eltern verstarben, als er neun war) eine ansehnliche Summe zu erben. Doch das starre politische System in Genf, seine Abenteuerlust, die Aussicht auf schnelles Geld trieben Gallatin mit 19 Jahren nach Amerika, für ihn das «freieste Land im Universum».

Seine Erbschaft konnte er aus Altersgründen noch nicht antreten, und so betrat er mit lediglich vierhundert Silberdollar in der Tasche im Sommer 1780 in der Nähe von Boston erstmals amerikanischen Boden. Er war von seiner Geschäftstüchtigkeit überzeugt, und so investierte er sein Kapital in Tee. Aus dem erhofften Geschäft wurde jedoch nichts, und nach Monaten des Herumlungerns während eines harten Winters in der Wildnis von Maine kehrte er praktisch ohne Geld nach Boston zurück, wo er immerhin als Französischlehrer an der Harvard-Universität eine Anstellung fand.

## Instinkt und geschliffene Reden

Ein initiativer junger Mann steht im Land der unbeschränkten Möglichkeiten und fristet sein Dasein als Lehrer. Kann das alles gewesen sein? Gallatins Antwort wird ein Nein gewesen sein – im Jahre 1782 zog er jedenfalls mit einem Franzosen gen Westen, kaufte einige Hektaren Land und versuchte sich in der Bodenspekulation in Pennsylvania. Eine Fehlinvestition auch dies, und ausser Gläubigern produzierte Gallatin auch bei diesem Geschäft keinerlei Mehrwert. «Ich hätte», sagte der spätere US-Finanzminister einmal, «mein Geld in kein unprofitableres Geschäft investieren können.» «Nie mehr Schulden!», war seine Erkenntnis aus diesem Debakel und eine Devise, die er auch als oberster Schatzmeister der USA nie vergessen hat. Die einzige Hinterlassenschaft aus dieser Zeit war die Siedlung New Geneva, die er mitgegründet hatte – heute erinnern freilich nur noch Ruinen an diese Tat.

Gallatin war also weder ein geschickter Spekulant noch ein glücklicher Farmer. Dafür fiel er durch seinen politischen Instinkt und geschliffene öffentliche Reden auf. Als der Staat Pennsylvania, wo er sich mit seiner Frau Sophia Allègre niedergelassen hatte, eine verfassunggebende Versammlung einberief, wurde er in das Parlament gewählt. Trotz seiner anfänglich limitierten Englischkenntnisse, dafür aber mit einer klaren Argumentation gewann er als Intellektueller schnell an Einfluss unter den meist ungebildeten Siedlern. Seine steile politische Karriere schien jedoch abrupt zu Ende zu sein, als seine Frau plötzlich starb. Gallatin fiel in eine tiefe Depression, ging wochenlang nicht aus dem Haus, ja nicht einmal aus dem Bett. Er wollte nach Genf zurückkehren, fand aber keinen Käufer für sein Land.

Also blieb er in Pennsylvania, setzte auf die Politik, und mit nur 32 Jahren wurde er nicht

nur Senator in Washington, sondern heiratete auch Hannah Nicholson, eine Frau aus angesehenere New Yorker Familie. Sie war, schrieb Gallatin einem Freund, «keine Schönheit», aber «vernünftig», eine Frau «mit gutem Charakter». Mit ihr hatte er mehrere Kinder. Dieses familiäre Glück trübte nur ein Missgeschick: Gallatins Wahl zum Senator war nicht rechtmässig, da der Schweizer einige Monate zu wenig lang US-Staatsbürger gewesen war. Der Senat verweigerte ihm die Bestätigung. Nur ein Jahr später kehrte Gallatin als Mitglied des Repräsentantenhauses zurück, wo er Gründer des Finanzkomitees wurde, Vorgänger des noch bestehenden Ways and Means Committee, eines bedeutenden, mit Finanzpolitik befassten Ausschusses des US-Repräsentantenhauses.

### An der Seite der Whiskey-Rebellen

Der US-Bundesstaat, der damals 13 Staaten umfasste, wollte sich neue Finanzquellen erschliessen. 1791 beschloss die Regierung in Washington deshalb, auf den Whiskey der Bauern in Pennsylvania eine Steuer zu erheben. Diese jedoch setzten auf Widerstand, bewaffneten sich, brannten das Haus des Chefsteuerinspektors nieder, knöpften sich einige Steuereintreiber vor und weigerten sich, die Steuer zu zahlen. Gallatin wurde zum Sprachrohr der rebellierenden Bauern, rief diese jedoch zur Mässigung auf. Hitzköpfe schürten aber das Feuer, und schnell galt auch Gallatin in den Augen der Zentralregierung als Rebell. Präsident George Washington mobilisierte das Heer und stellte sich an die Spitze einer Armee von 13 000 Mann – das erste und einzige Mal, dass ein US-Präsident das tat. Für die Regierung stand viel auf dem Spiel: Bei einem Sieg der Steuerrebelln bestand das Risiko des Zusammenbruchs des Bundesstaates, und die Folge wären wohl 13 unabhängige Einzelstaaten gewesen. Gallatin gelang es in dieser aufgeheizten Atmosphäre, die Gemüter zu beruhigen. Seine Rolle als Rebell gegen die Staatsgewalt zeitigte keine Konsequenzen; später meinte er, dies sei seine «einzige politische Sünde» gewesen.

Nach der Whiskey-Rebellion setzte Gallatin seine politische Karriere als Kongressabgeordneter fort, wo er zu einem der einflussreichsten Politiker avancierte. Er setzte beispielsweise durch, dass das Finanzministerium unter Alexander Hamilton gezwungen wurde, jedes Jahr einen Bericht abzuliefern. Während Hamilton mit lockerer Hand Staatsschulden produzierte, um Projekte zu finanzieren, versuchte Gallatin mit fast manischer Verbissenheit, Staatsschulden zu reduzieren.

1801 wurde der Republikaner Thomas Jefferson zum dritten Präsidenten der USA gewählt. Ein Glücksfall für Gallatin: Der neue erste Mann im Staate Amerika war nämlich mit dessen Familie in Genf bekannt. Wohl nicht zuletzt dank diesen Beziehungen, vor allem aber



An der Spitze der Armee: George Washington.



Chronisch verschuldet: Präsident Jefferson.



Gallatin kannte ihn persönlich: Napoleon.

wegen der calvinistischen, solid-konservativen Finanzgrundsätze machte ihn Jefferson zu seinem Finanzminister. «Ich muss nun auf mich nehmen, was ich nie gesucht oder gewünscht habe», sagte Gallatin vor der Wahl.

### Sieben Dollar pro Quadratkilometer

Als Finanzminister führte Gallatin als Erster eine ordentliche Budgetierung ein und verwendete diese als Steuerungsinstrument der Regierung. Ironischerweise war Präsident Jefferson persönlich chronisch verschuldet. Dank seiner Politik des Schuldenabbaus gelang es Gallatin auch, den bedeutendsten Landkauf aller Zeiten zu finanzieren – den lukrativsten Land-Deal in der Geschichte Amerikas. Die USA vergrösserten ihr Gebiet dadurch um sagenhafte 2,1 Millionen Quadratkilometer, ohne dass die Regierung dies eigentlich angestrebt hatte.

Nach seiner ursprünglichen Absicht wollte Präsident Jefferson lediglich New Orleans von den Franzosen erwerben, um die Schifffahrt auf dem Mississippi zu kontrollieren. Das Hinterland interessierte den Präsidenten nicht – auch weil er der Ansicht war, eine Vergrösserung des Staatsgebiets bedinge eine Verfassungsänderung. Napoleon hatte dieses Land wenige Wochen zuvor von Spanien erhalten, und der Heerführer erkannte, dass eine französische Präsenz immense Summen verschlingen würde – dabei hatten die Kriegszüge in Europa seine Finanzen praktisch erschöpft. Wie verzweifelt Napoleons Finanzlage sein musste, erkannten die amerikanischen Unterhändler, als ihnen Napoleon für ein Trinkgeld von 15 Millionen Dollar ein Gebiet anbot, welches heute ein Viertel der Fläche der USA ausmacht. Für einen Quadratkilometer zahlten die USA sieben Dollar, und später verkaufte die Regierung einzelne Parzellen an private Siedler und finanzierte so den Kauf.

Nach einigen Jahren als Finanzminister schien Gallatins Ziel, ein schuldenfreies Land, zum Greifen nahe. Doch die Gefahr eines Bürgerkriegs, ein Handelsembargo, ein drohender Krieg in Europa und immer wieder unvorhersehbare Ausgaben führten dazu, dass ihm sein Amt eine Bürde blieb. Als der US-Kongress 1812 England den Krieg erklärte, wurde Gallatin zur Vermittlung aufgeboten. Es ging neben territorialen Streitigkeiten auch um ein britisches Handelsembargo gegen Frankreich, welches die USA immer wieder durchbrachen. Britischen und französischen Schiffen war es verboten, in amerikanischen Häfen zu ankern. 1814 kam es zu schweren kriegerischen Auseinandersetzungen, und die Briten eroberten sogar Washington. Gallatins Haus brannte dabei nieder, und auch das Weisse Haus und das Kapitol standen in Flammen. Der Krieg gegen England entwickelte sich auch zum Feldzug gegen die Indianer – ihnen wurde unterstellt, sie hätten sich mit den Engländern verbündet. >>>



Die Friedensverhandlungen waren zäh, die Parteien unnachgiebig. Gallatin reiste bis nach Russland, das sich als Vermittler anbot. Am 24. Dezember 1814 schlossen die kriegführenden Mächte das Abkommen von Gent, das den Krieg mit England beendete. Es war ein Waffengang ohne Sieger, und doch veränderte er die USA. «Der Krieg hat das Nationalgefühl gestärkt», analysierte Gallatin, «die Menschen sind nun amerikanischer; sie fühlen und handeln als eine Nation.» Das Abkommen von Gent gilt als diplomatische Meisterleistung Gallatins, der Beginn auch der seither jahrhundertlang währenden Freundschaft zwischen Grossbritannien und den USA. Gallatin selber trat bereits 1813 als Finanzminister zurück, und die Staatsschuld hatte er immerhin praktisch auf die Hälfte reduziert. Es dauerte noch über zwei Jahrzehnte, bis 1835 die Vereinigten Staaten von Amerika ohne Schulden dastanden – zum ersten Mal in der Geschichte und zugleich auch das letzte Mal.

### Es winkt das Amt des Vizepräsidenten

Nach dem Friedensschluss von Gent besuchte Gallatin nach über drei Jahrzehnten wieder einmal seine Heimatstadt Genf. Vom Genfersee fuhr er nach Paris, traf dort Napoleon, der gerade von seinem Exil auf Elba zurückgekehrt war. Die Jahre von 1816 bis 1823 verbrachte Gallatin als Botschafter in Frankreich, wo er diplomatisch wenig zu tun hatte, dafür aber das gesellschaftliche Leben umso mehr genoss und sich in den Bibliotheken der Stadt umfassend weiterbildete. Nach seiner Rückkehr in die Wahlheimat hätte er amerikanischer Vizepräsident werden können, doch lehnte er eine Nomination unter dem Präsidenten John Quincy Adams ab.

Nach seinem Rückzug aus der Politik beschäftigte sich Gallatin zwar noch teilweise mit der Finanzwelt und gründete mit dem

Kapital des deutschstämmigen John Jacob Astor die National Bank of the City of New York; heute ist dies die JPMorgan Chase.

Doch viel mehr als die Bankwelt interessierten Gallatin im Herbst seines Lebens Kultur und Sprache der indianischen Urbevölkerung. Mit der gleichen Akribie, mit der er seinerzeit die Staatsfinanzen saniert hatte, ging er in den letzten zwanzig Lebensjahren bis zu seinem Tod 1849 den Indianersprachen auf den Grund. Er gilt wegen seiner fundierten Studien als «Vater der amerikanischen Ethnologie». Im Gegensatz zu andern betrachtete er die Indianer den Weissen gegenüber als intellektuell ebenbürtig, verlangte aber von ihnen, dass sie sich an die weisse Gesellschaft assimilierten. Seine Bücher über die indianischen Kulturen schätzte er sogar höher ein als seine finanz-

---

**1835 waren die USA zum ersten Mal schuldenfrei – und zugleich auch zum letzten Mal.**

---

politischen, die während Jahrzehnten schon Standardwerke waren.

In aller Stille – weil gerade die Cholera in New York wütete und die Stadt verlassen war – wurde Albert Gallatin 1849 beerdigt. Zuletzt war er fast ein Jahr lang bettlägerig gewesen, und er starb in den Armen seiner Tochter Frances – drei Monate nach dem Tod seiner Frau. Einige seiner Prinzipien haben auch über 150 Jahre nach seinem Tod noch Gültigkeit. So war er dezidiert der Meinung, dass der Staat über eine starke Regierung und gesunde Finanzen verfügen müsse.

Er war ein Liberaler, für den der Staat den Garanten der persönlichen Freiheit darstellte. Er verfolgte nicht nur amerikanische Interessen, sondern war ein «Weltbürger», wie ihn sein Biograf John Austin Stevens nannte. Gal-

latin gilt zusammen mit Alexander Hamilton als der grösste Finanzminister der USA. Während jener das Finanzsystem der noch jungen USA hervorragend organisierte, zeichnete sich Gallatin durch geschicktes Haushalten aus. Gallatin brachte «typisch» schweizerische Eigenschaften in das Finanzministerium: Er war zurückhaltend, ausgewogen im Urteil, ehrlich und bescheiden. Aber Gallatin war nie populär; dazu strahlte er zu stark calvinistische Strenge und kühle Intellektualität aus. Diesem Bild entsprachen auch sein ausgesprochenes Pflichtbewusstsein und sein sparsamer Umgang mit öffentlichen Finanzen. Die US-Finanzminister der neueren Zeit, die seit Jahrzehnten auf Kosten der übrigen Welt leben, sollten sich vielleicht wieder einmal mit Gallatins Finanzprinzipien beschäftigen.

Vor dem Eingang des Finanzministeriums an der Pennsylvania Avenue in Washington steht heute eine Statue Albert Gallatins, geschaffen von James Earl Fraser (1876–1953), dem bedeutendsten Bildhauer seiner Generation. Für hervorragende Verdienste im Staatsdienst gibt es den Gallatin Award. Gallatins Haus in Friendship Hill, Pennsylvania, ist heute eine Gedenkstätte.

**Benedikt von Tscherner:** Albert Gallatin (1761–1849). Ein Genfer im Dienste der Vereinigten Staaten von Amerika. 2008

**Nicholas Dungan:** Gallatin. America's Swiss Founding Father. 2010

**Henry Adams:** The Life of Albert Gallatin. 1879  
**Thomas Aitken:** Albert Gallatin. Early America's Swiss-Born Statesman. 1985

**Louis B. Kuppenheimer:** Albert Gallatin's Vision of Democratic Stability. 1996

**John Austin Stevens:** American Statesmen: Albert Gallatin. 1883 (2000)

---

# Die andern wollen Kriminelle einbürgern. Wir wollen sie ausschaffen!



## Schweizer wählen SVP

Liste 1



# Bundesrat bremste Exportfirma aus

Mit dem Segen der Bundesbehörden plante die Schweizer Ingenieurfirma Colenco ein Atomkraftwerk im Iran. Plötzlich stoppte die Regierung den Millionenauftrag. Pikant: Die USA hatten jahrelang auf ein Verbot gedrängt – und die Kehrtwende geschah unmittelbar vor dem «UBS-Deal». Von Daniel Glaus

Über zwei Jahre lang währte sich die Badener Ingenieurfirma Colenco in Rechtssicherheit. Ihre Aktivitäten im Iran legte sie dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) offen und liess sich bestätigen, dass sie keine Schweizer Gesetze verletzt. Im Sommer 2009 befand der Bundesrat die Geschäfte dann plötzlich für illegal und verfügte eine «Sistierung». Colenco verlor den 40-Millionen-US-Dollar-Auftrag, musste Folgeaufträge von bis 200 Millionen US-Dollar aus den Auftragsbüchern streichen und mehrere Angestellte entlassen.

Wie kam es zur Kehrtwende des Bundesrats? Anhand der Depeschen aus der US-Botschaft in Bern, die die norwegische Zeitung *Aftenposten* letzte Woche publizierte, sowie von Informationen von Colenco-Managern und Ausenpolitikern lässt sich dies nachzeichnen.

Im Jahr 2006 erhielt Colenco den Auftrag, die Planung eines Leichtwasserreaktors in Darkhovin nahe der irakischen Grenze zu «begleiten». Es sollte das erste iranische Atomkraftwerk aus «eigener Produktion» werden. Das Seco bewilligte den Auftrag. Mehr noch: Jahrelang verteidigte es Colenco vor den Amerikanern, die das Geschäft stoppen wollten. Diese befürchteten, Know-how von Colenco könnte auch dem Bau des Schwerwasserreaktors Arak dienen. Die Planung dieses Werks hatte Colenco abgelehnt, weil dies Uno-Sanktionen verletzt hätte. Ein Schwerwasserreaktor kann im Gegensatz zu einem Leichtwasserreaktor mit nicht angereichertem Uran (das der Iran besitzt) betrieben und zur Produktion von waffenfähigem Plutonium genutzt werden.

## Uno-Sanktionen nicht verletzt

In mehreren Gesprächen zwischen 2006 und 2008 hätten die Schweizer Behörden gesagt, dass Colenco bei der Planung von Darkhovin im Rahmen der Uno-Sanktionen handle und nicht gestoppt werden könne, schrieben die US-Diplomaten nach Washington. «Die Schweizer Regierung sichert uns zu, dass das Risiko eines Technologietransfers angemessen behandelt wird», kabelte die US-Botschaft laut Depesche vom 15. Oktober 2008. Am nächsten Tag informierte der Bundesrat, dass er die UBS finanziell stützt. In den USA liefen seit Anfang Jahr Verfahren wegen Beihilfe zu Steuerhinterziehung. Die USA forderten die Herausgabe von Schweizer Bankkundendaten. Die UBS-Krise eskalierte.

Vor diesem Hintergrund rief die damalige Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard am 1. Juli 2009 den Geschäftsträger der US-

Botschaft zu sich. Sie erinnerte ihn daran, dass die Schweiz bereit sei, zwei ehemalige Guantánamo-Häftlinge aufzunehmen. Und sie sagte, der Bundesrat habe soeben beschlossen, den Iran-Auftrag von Colenco zu stoppen.

Kurz darauf, am 12. Juli 2009, teilte das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement mit, die US-Regierung und die UBS hätten «mit Unterstützung des Bundesrats» im US-Zivilverfahren gegen die UBS ein Sistierungsgesuch eingereicht. Der sogenannte «UBS-Deal» war in Griffnähe. Noch heute bestreitet der Bundesrat, dass es einen «direkten Zusammenhang» gebe zwischen der Häftlingsaufnahme/Colenco und dem Vergleich, wie ihn Leuthard laut der US-Depesche gemacht haben soll. Die Regierung räumt mit der Aussage aber zumindest einen indirekten Zusammenhang ein.

Dass der Bundesrat in diplomatischen Verhandlungen einen bereits beschlossenen Dienst wie die Aufnahme der Ex-Häftlinge in die Waagschale wirft, scheint nachvollziehbar. Höchst fragwürdig ist hingegen, dass die Regierung einer Privatfirma plötzlich ein bewilligtes Millionengeschäft verbietet.

«Entscheidend» für den Beschluss seien «Geheimdiensterkenntnisse» gewesen, die die USA kurz zuvor geliefert hätten, soll Leuthard laut der Depesche gesagt haben. Die Erkenntnisse zeigten, dass es möglich sei, dass die

Informationen von Colenco auch für den Bau des Schwerwasserreaktors Arak verwendet werden könnten, schreibt der US-Diplomat.

Colenco musste sich erklären. Der Kunstgriff des Seco: Die Firma musste nicht mehr nur alle in den Iran transferierten Planungsdaten offenlegen, sondern wurde gefragt, ob sie garantieren könne, dass die Daten einzig für den Leichtwasserreaktor Darkhovin verwendet würden. Das konnte die Firma nicht.

Nie zuvor war die Bewilligung des Seco an diese unmögliche Bedingung geknüpft. Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat prüft jeweils Tausende Seiten mit technischen Daten darauf, ob verbotenerweise Know-how an den Iran weitergegeben wird. Wie das Seco den Amerikanern erklärte, war dies nie der Fall. Die neue Auslegung des Bundesrats entsprach faktisch einem Exportverbot von sämtlichen Gütern und Know-how, die auch für die zivile Nutzung von Atomenergie nötig sind. Derart strenge Sanktionen hatten damals die USA und die EU erlassen, nicht aber die Uno und die Schweiz.

Erst letzte Woche hat der Bundesrat die Iran-Sanktionen auf dieses Niveau verschärft. Was die Regierung 2009 beim geheimen Stopp des Colenco-Auftrags verfügte, ist also erst seit dem 20. Januar 2011 in einer Verordnung festgeschrieben. ○



Entscheidende «Geheimdiensterkenntnisse»: damalige Volkswirtschaftsministerin Leuthard.

# «Ich weiss nicht, wie Erdöl riecht»

Rohstoffhändler Marc Rich zieht Bilanz. Der «King of Oil» bedauert die leichtfertige Aufgabe des Bankgeheimnisses und begrüsst Sanktionen gegen den Iran. Er verrät, dass er mit dem Betrüger Bernard Madoff Geld verdiente und wie er die Zukunft der Zuger Firma Glencore sieht. *Von Daniel Ammann*

**Herr Rich, Sie hätten gesundheitlich stark abgebaut, erzählt man sich.**

Ich halte es mit Mark Twain: Die Berichte über meinen Tod sind stark übertrieben. Sie ziehen sich aus dem Geschäft zurück, konnte man lesen.

Sie kennen mich doch besser: *My business is my life*. Ich werde mich nie aus dem Geschäft zurückziehen.

**Sie sind als Gesellschafter aus Ihrer Holding ausgeschieden. Ein grosser Schritt.**

Wir haben die Firmenstruktur vereinfacht, das macht später einmal die Übergabe der Firma an meine Töchter leichter. Auch ich lebe nicht ewig. Ich möchte mehr Zeit mit meiner Familie verbringen, ich bleibe aber Geschäftsleiter der Holding.

**Sie möchten Ihre Villa «Rose» hier in Meggen verkaufen?**

Meggen ist für mich einer der schönsten Orte der ganzen Welt, aber dieses Haus ist ein Familienhaus. Es ist zu gross für mich allein – und zu teuer. Und überhaupt: Ich habe lieber Geld als ein Haus.

**Kehren Sie der Schweiz den Rücken, um künftig in London zu leben?**

Ich werde sicher häufiger in London sein, wo meine älteste Tochter mit ihren Kindern lebt. Aber ich werde meinen Wohnsitz in der Schweiz behalten.

**Wieso?**

Die Schweiz ist meine Heimat. Ich liebe die Leute, ich liebe die Berge, ich liebe es, Ski zu fahren. Und ich bin froh um die Freiheit, die hier herrscht – und um die Berechenbarkeit des Rechtssystems.

**Die Schweiz und ihr Finanzplatz kamen in letzter Zeit arg unter Druck. Die USA brachten die Schweiz dazu, Daten von UBS-Kunden herauszugeben.**

Die USA sollten die Schweiz in Ruhe lassen.

**Es gehört zur Politik, dass die USA Druck machen. Die Frage ist doch: Wie soll die Schweiz darauf reagieren?**

Die Schweizer Regierung war viel zu nachgiebig gegenüber den USA: Sie hätte die Daten der Bankkunden nicht herausgeben sollen. Das war ein grosser Fehler.

**Was wäre dann passiert?**

Die Amerikaner wären wohl wütend geworden, denke ich, aber das wäre nicht weiter schlimm gewesen.

**Die USA sind immerhin das mächtigste Land der Welt.**

Die USA hätten der Schweiz oder der UBS nichts getan. Sie sind mit anderen Dingen zu stark beschäftigt – zum Beispiel mit zwei Kriegen und einer schwachen Wirtschaft.

**Die USA klagten Sie 1983 wegen «Handels mit dem Feind Iran» und wegen Steuerhinterziehung an und verlangten von der Schweiz Geschäftsdokumente Ihrer Firma und sogar Ihre Auslieferung.**

In meinem Fall verhielt sich die Schweizer Regierung besser als heute. Sie trat viel entschiedener auf; in ihren Analysen, in

---

**«Anleger und Banken sind heute vorsichtiger. Gier wird es aber immer geben.»**

---

ihren öffentlichen Statements und in ihren Aktionen. Sie schickte ja sogar die Bundesanwaltschaft bei uns vorbei, damit ich der amerikanischen Justiz keine Geschäftsakten herausgeben konnte.

**Der Bundesrat hat im Fall der UBS versagt?**

«Versagt» ist ein starkes Wort. Man hatte den Eindruck, der Bundesrat habe sich einschüchtern lassen. Es ist nie gut, wenn man diesen Eindruck von einer Regierung hat. Ob USA oder Europäische Union: Die Schweiz muss solchem Druck standhalten.

**Was heisst das für das Bankgeheimnis?**

Es wird schwierig sein für die Schweizer, das Bankgeheimnis zu retten. Sie werden es wohl opfern müssen. Das ist ein Jammer, weil überflüssig und selbstverschuldet. Das Bankgeheimnis hätte bewahrt werden können. Man hätte den USA nur nein sagen müssen.

**Das Bankgeheimnis liegt im Sterben?**

Die Berichte über seinen Tod sind nicht übertrieben. Ich erwarte sein definitives Ende schon bald.

**Welche Konsequenzen wird das für den Finanzplatz Schweiz haben?**

Die Banken werden es überleben. Das Bankgeheimnis ist für sie viel weniger wichtig als vor, sagen wir, zwanzig Jahren. Heute sind Kompetenz und Können entscheidend. Das haben die Schweizer Banken.

**Wie wichtig war eigentlich das Bankgeheimnis für Sie und Ihre Geschäfte?**

Es war wichtig, aber nicht zu wichtig.

**Das heisst?**

Das Bankgeheimnis war praktisch und bequem. Gewisse Geschäfte, die einen hohen Grad an Diskretion erforderten, konnte ich

so einfacher durchführen. Das war auch unseren Geschäftspartnern wichtig.

**Können Sie ein Beispiel geben?**

Sie beschreiben ja einige Geschäfte in Ihrem Buch: Ich kaufte etwa iranisches Öl und verkaufte es Israel. Offiziell waren diese Länder verfeindet. Für den Erfolg solcher Geschäfte ist Diskretion entscheidend.

**Sie haben mit vielen Banken auf der ganzen Welt zusammengearbeitet. Welches ist die beste Bank der Welt?**

Heute ist es wieder die UBS. Oswald Grübel und sein Team leisten hervorragende Arbeit. Sie haben sich demnach mit UBS-Aktien eingedeckt?

Ja, aber noch nicht mit genug.

**Finden Sie es richtig, dass gewisse Banken mit Steuergeldern gerettet wurden?**

Ich denke schon, ja.

**Ihre Firma hätte man untergehen lassen.**

Das muss man undogmatisch sehen. Eine Institution wie die UBS hat es verdient, weiter zu existieren. Hätte man sie fallenlassen, wären die volkswirtschaftlichen Probleme noch grösser gewesen. Mit der Staatshilfe konnte sich die UBS erholen, und sie steht heute wieder gut da. Nebenbei bemerkt: Auch für den Staat hat sich die Übung gelohnt.

**In Zürcher Finanzkreisen erzählt man sich, Sie hätten in der Krise einen erheblichen Teil Ihres Vermögens verloren.**

Ich hatte Verluste, aber nicht erhebliche.

**Man spricht von mehreren hundert Millionen Franken. Sie hätten sogar Ihre Fähigkeit verloren, finanziell aktiv zu sein.**

Das ist kompletter Unsinn.

**Wieso kursieren solche Gerüchte?**

Neid? Eifersucht?

**Für Sie war es aber die bisher schlimmste Finanzkrise?**

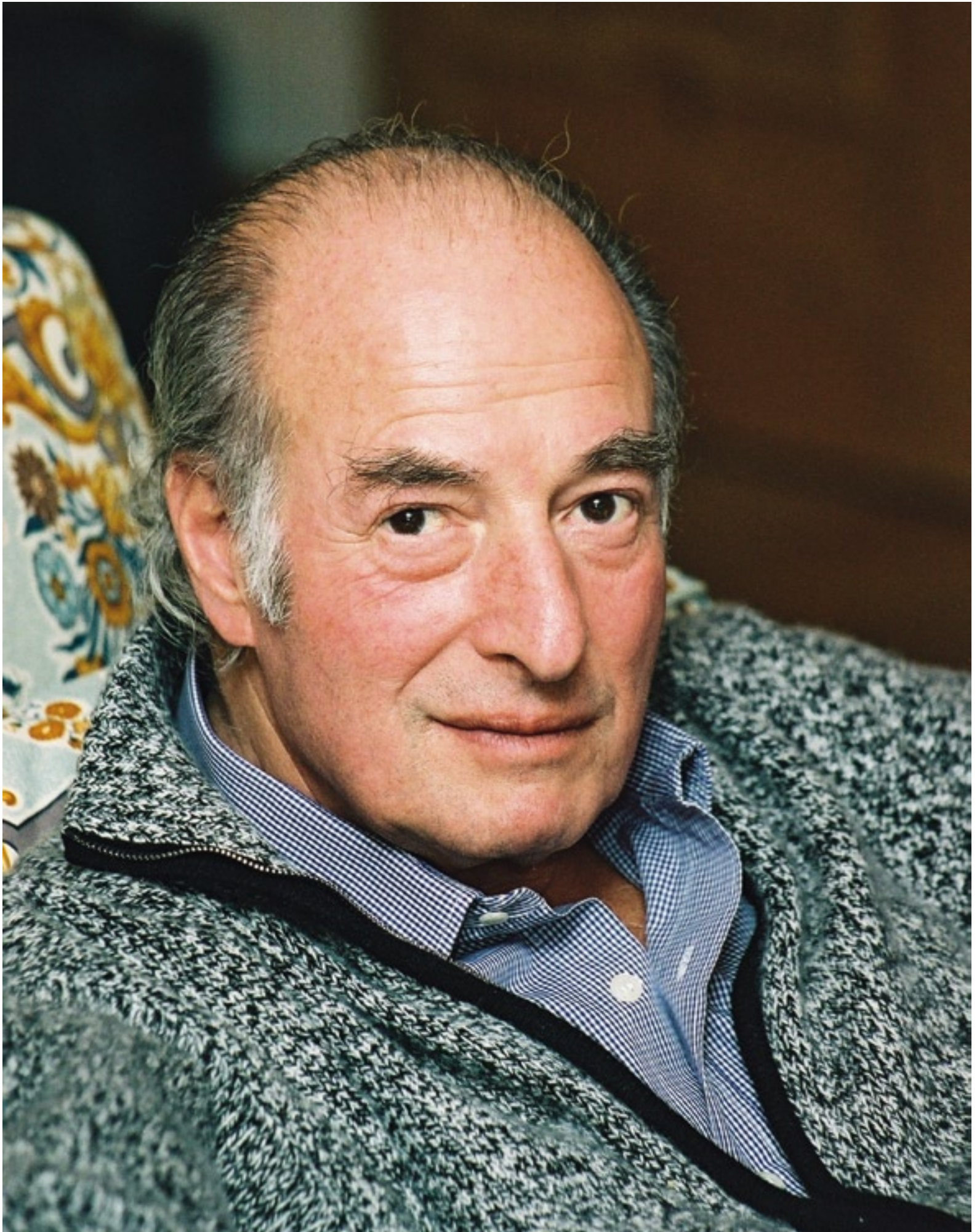
Ja, wie für viele andere auch, die in Aktien und Immobilien investiert haben. Aber wir konnten die Verluste weitgehend wieder wettmachen.

**Ist die Finanzkrise vorbei?**

Ich denke schon. Die Anleger und die Banken sind heute vorsichtiger. Sie kontrollieren ihr Risiko besser. Gier wird es aber immer geben.

**Stichwort Gier. Bernard Madoff veruntreute 65 Milliarden Dollar mit einem Schneeballsystem. Wie war das möglich?**

Ich war verblüfft, als ich davon erfuhr. Ich bin es heute noch.



«Heute ist die UBS wieder die beste Bank der Welt»: Rohstoffhändler Rich.

**Leute wie Steven Spielberg, Henry Kissinger oder eben Sie legten Geld bei ihm an. Wieso vertrauten Sie ihm?**

Mein Geschäftspartner Alec Hackel flog einmal extra nach New York, um Madoff zu treffen. Er kam mit einem positiven Bericht zurück und sagte mir, Madoff hätte ihm einen guten Eindruck gemacht. Darum investierten wir bei ihm. Persönlich kannte ich ihn nicht.

**Wie viel investierten Sie?**

Ich bewirtschaftete mein Portefeuille aktiv, darum war es mal mehr und mal weniger. Auf dem Höhepunkt war ich mit einem hohen zweistelligen Millionenbetrag beteiligt. Aber etwa drei Monate bevor Madoffs Betrug aufflog, kriegte ich so ein seltsames Gefühl, dass ich aussteigen sollte. Und ich stieg mit allem aus.

**Ein gutes Timing. Wieso hatten Sie dieses Gefühl?**

Ich bekam es einfach. Ich schickte dann meine Finanzberater zu Madoff, um seine Ertragsmodelle zu prüfen. Er gab ihnen aber nur einen sehr beschränkten Einblick in seine Geschäfte. «Wir verstehen nicht, was er macht», sagten sie mir, als sie zurückkamen, «es ist zu schön, um wahr zu sein.» Das war für mich das Signal, um auszusteigen. Ich war gut beraten. Über das Ganze gesehen, war es ein gutes Investment. Wir verdienten Geld.

**Sie verloren wegen Madoff zehn bis fünfzehn Millionen Dollar.**

Der Verlust stammte aus einer indirekten Beteiligung.

**Haben Sie Madoff eingeklagt?**

Nein, was soll das für einen Sinn haben?

**Ihr Geld zurückzukriegen.**

Keine Chance.

**Wieso vertrauten ihm erfahrene Investoren?**

---

**«Ich glaube nicht, dass die Nationalbank irgendetwas Wirkungsvolles tun kann.»**

---

Er war scheinbar sehr erfolgreich, jüdisch, er verstand es, eine Atmosphäre zu schaffen, dass sich die Leute mit ihm wohl fühlten. Und dann mag bei einigen Anlegern natürlich auch die Gier eine Rolle gespielt haben. Sie waren von dreissig Prozent Rendite geblendet.

**65 Milliarden Dollar: eine unglaubliche Geschichte.**

Und unglaublich tragisch. Sein Sohn verübte Selbstmord. Dabei hatte dieser doch kleine Kinder.

**Wieso, glauben Sie, hat sich der Sohn umgebracht?**

Er konnte mit dieser Schande, mit dieser Scham wohl nicht mehr leben.

**Neben dem Handel mit Erdöl waren Währungsgeschäfte Ihr grösster Erfolg. Was ist mit dem Euro und dem Dollar los?**

Ganz einfach: Der Markt hat momentan das Vertrauen in den Dollar und in den Euro verloren. Die Regierungen machen leere Versprechungen und geben viel mehr aus, als sie einnehmen, die Defizite sind zu gross. Der Markt zeigt das schonungslos auf.

**Wie reagieren Sie darauf?**

Ich habe Dollars verkauft und Euros gekauft. Ich sehe den Euro derzeit als fundamental unterbewertet an und gehe von einer Erholung aus.

**Der Euro wird also überleben?**

Daran habe ich keinen Zweifel. Der Europäischen Union wird es wieder besser gehen. Auch Griechenland und Portugal werden sich erholen – dank des Sonnenscheins.

**Sie machen Witze.**

Der Tourismus wird ihnen dabei helfen.

**Was passiert mit dem Dollar?**

Er wird weiter an Wert verlieren. Die amerikanische Wirtschaft ist in einem armseligen Zustand und wird schlecht gemanagt.

**Der Schweizer Franken?**

Er wird auf absehbare Frist stark bleiben.

**Soll die Schweizerische Nationalbank etwas dagegen tun?**

Was soll sie schon dagegen tun können?

**Sie könnte weiterhin Euros im grossen Stil aufkaufen.**

Die Nationalbank ist in dieser Frage ohnmächtig. Ich glaube nicht, dass sie irgendetwas Wirkungsvolles tun kann. Darum sollte sie lieber nichts tun.

**Was raten Sie Schweizer Firmen, die unter dem starken Franken leiden?**

Sie müssen mit dem starken Franken leben und ihr Währungsrisiko «hedgen», also absichern.

**Kaufen Sie britisches Pfund? Das ist auch auf einem historischen Tiefwert.**

Ja. Grossbritannien hat momentan eine der besten Regierungen der Welt. David Cameron macht mir einen sehr guten Eindruck.

**Sie setzten vor zwei Jahren auch grosse Hoffnungen in Barack Obama. Ihre Einschätzung nach der Hälfte seiner Amtszeit?**

George W. Bush war ein sehr schlechter Präsident, der Irakkrieg ein grosser Fehler. Ein politischer Wechsel war bitter nötig. Ich hoffte, Barack Obama könnte ein guter Präsident werden, aber er hat mich enttäuscht. Er hat es bisher nicht gut gemacht.

**Was müsste er besser machen?**

Fast alles. Er macht zu viele leere Versprechen, die zu viel Geld kosten und sich nicht finanzieren lassen. Auch die USA können es sich nicht mehr leisten, immer mehr auszugeben als einzunehmen.

**Vor exakt zehn Jahren wurden Sie von Präsident Bill Clinton begnadigt. Wie hat das Ihr Leben verändert?**

Die Begnadigung machte mich frei. Heute kann ich reisen und mich bewegen, wie ich will. Vor der Begnadigung musste ich sehr vorsichtig sein, um nicht von amerikanischen Agenten erwischt zu werden. Und ich kann Ihnen versichern: Ich war sehr vorsichtig.

**Die Begnadigung hat sich für Sie also gelohnt?**

Absolut. Wieso meinen Sie?

**Vor der Begnadigung war es relativ ruhig um Sie geworden. Mit der Begnadigung waren Sie vor allem in den USA wieder negativ in den Schlagzeilen – als grösster Steuerbetrüger, als Landesverräter, der mit dem Iran Geschäfte gemacht hat.**

Das störte mich nicht.

**Waren Sie seit der Begnadigung wieder einmal in den USA?**

Nein, und ich habe es auch nicht vor.

**Wieso nicht?**

Ich befürchte, dass die Amerikaner mit etwas Neuem kommen, um mich wieder attackieren zu können.

**Würden Sie die USA denn gerne besuchen?**

Wenn es dieses Problem nicht gäbe, auf jeden Fall. Ich vermisse New York. Ich liebe das Land und die Leute. Das rechtliche und politische System der USA allerdings ist anfällig auf Überreaktionen.

**Ein Wort zu Roman Polanski?**

Die Schweiz machte einen Fehler, als sie ihn verhaftete. Was immer Polanski tat, er tat es vor vielen Jahren. Keine der Beteiligten beklagte sich noch darüber. Alles war ruhig, und er machte seine Arbeit. Man hätte ihn einfach in Ruhe lassen sollen.

**Sie haben Ihre Firma 1993 dem Management verkauft. Die Zuger Glencore ist heute immer noch die weltgrösste Rohstoffhändlerin. Sind Sie mit Ihren Nachfolgern zufrieden?**

Glencore ist eine sehr gut gemanagte Firma und das beste Unternehmen der Industrie.

**Ivan Glasenberg, der CEO von Glencore, scheut die Öffentlichkeit fast noch mehr als Sie. Was halten Sie von ihm?**

Ivan Glasenberg ist ein brillanter Mann. Ich stellte ihn 1984 als Junior Trader an, um in Südafrika mit Kohlen zu handeln. Er gefiel mir sofort. Er ist intelligent, analysiert gut, arbeitet hart und ist überaus präsent. Er ist eine beeindruckende Persönlichkeit. Ohne Zweifel ist er der starke Mann von Glencore.

**Glencore will sich offenbar von seiner Struktur als privater Partnerschaft verabschieden und will an die Börse. Das wäre ein Epochenwechsel – und einer der grössten Börsengänge des Jahres. Eine gute Idee?**

Das wird sich zeigen.

**Was bringt es dem Glencore-Management, an die Börse zu gehen?**

Ich sehe dafür hauptsächlich zwei Gründe: Glencore kommt an der Börse einfacher an frisches Geld und kann so das nötige Wachs-

tum finanzieren. Und: Sie können die Liquidität der Aktien verbessern. So ist es leichter, aus der Firma auszuscheiden und sich auszahlen zu lassen. Vielleicht ist der Börsengang eine Exit-Strategie des Topmanagements. Man sollte bekanntlich gehen, wenn es gut läuft.

**Wenn Sie noch der Besitzer wären, würden Sie Glencore an die Börse bringen?**

Ich persönlich vermutlich nicht.

**Wieso nicht?**

Es ist viel praktischer, kein börsenkotiertes Unternehmen zu sein. Dann müssen Sie keine Informationen geben. Wie gesagt: Diskretion ist in diesem Geschäft ein wichtiger Erfolgsfaktor. Wir zogen es vor, verschwiegen und verschlossen zu sein. Das war ein geschäftlicher Vorteil. Unseren Geschäftspartnern passte das auch gut.

**Wenn Ivan Glasenberg Sie als nunmehr unbeteiligten Beobachter fragen würde: «Marc, soll ich mit Glencore an die Börse?» Was würden Sie antworten?**

Mach, was du als sinnvoll erachtest.

**Ja oder nein?**

Ich wäre positiv, also ja. Vermutlich hat Glencore gar keine andere Wahl. Heute wird auf Transparenz viel mehr Wert gelegt als früher. Das schränkt zwar ein bisschen Ihre Geschäftsmöglichkeiten ein, ist aber einfach eine neue Strategie, nach der man sich dann richten muss.

**Der Lackmустest ist: Werden Sie Glencore-Aktien kaufen?**

Ja. Glencore hat fantastische personelle Ressourcen. Es sind die besten Leute der Branche.

**Welche Ironie: Sie verkaufen Ihre Firma, um sich Jahre später über Aktien wieder daran zu beteiligen.**

Da sehen Sie, wie flexibel ich bin.

**Sie kennen den Iran so gut wie kaum ein anderer westlicher Geschäftsmann. Sie handelten mit dem Schah ebenso wie später mit Ajatollah Chomeini. Was halten Sie von den internationalen Wirtschaftssanktionen, die wegen des Atomprogramms gegen den Iran verhängt wurden?**

Ich bin für diese Sanktionen und hoffe, dass sie die Iraner dazu bringen, ihre Haltung gegenüber der Welt zu ändern und positivere Beziehungen anzustreben. Das wäre für das Land, das ich noch immer gerne habe, besser.

**Ausgerechnet Sie befürworteten Sanktionen? Sie wurden nicht zuletzt zum grössten Rohstoffhändler der Welt, weil Sie in den 1980er Jahren mit Ländern wie dem Iran oder Südafrika Geschäfte machten, die unter internationalen Embargos standen.**

Ein Embargo kann eine Regierung vielleicht dazu bringen, ihre Haltung zu überdenken. Gleichzeitig schafft es Geschäfts-

gelegenheiten, die es auf dem freien Markt nicht gäbe. Davon profitierte ich damals, und davon profitieren heute andere.

**Wenn Sie heute noch mit Erdöl handelten, würden Sie mit der aktuellen iranischen Regierung unter Machmud Achmadinedschad Geschäfte machen?**

Ja. Wenn es nicht illegal ist, würde ich das tun.

**Sie sind also für die Sanktionen gegen den Iran, würden sie als Geschäftsmann aber brechen. Wie geht das zusammen?**

Als Unternehmer kommen meine Geschäftsinteressen vor meinen privaten Interessen.

**Sie sind der lebende Beweis dafür, dass Handelsanktionen nicht wirksam sein können. Es wird immer einen Marc Rich geben.**

Schon möglich.

**Werden die Sanktionen gegen den Iran Erfolg haben?**

Das bezweifle ich. Schauen Sie nur nach Kuba. Die Amerikaner brachten es in vierzig Jahren Embargo nicht fertig, dass Fidel Castro die Macht abgab.

**Sehen Sie Achmadinedschad als Bedrohung für den Weltfrieden an?**

Nein, das tue ich nicht. Die Iraner werden nichts Aggressives tun. Dafür sind sie zu clever. Die Iraner sind flexibel.

**Wie werden sich die Rohstoffmärkte entwickeln?**

Es gibt generell einen Mangel an Rohstoffen. Das wird die Preise treiben und Geschäftsgelegenheiten bieten.

**Erdöl kostet schon fast wieder hundert Dollar pro Fass.**

Der Preis wird noch höher gehen.

**Mögen Sie eigentlich den Geruch von Erdöl? Ich weiss nicht, wie Erdöl riecht.**

**Sie sind der «King of Oil» – und haben noch nie Erdöl gerochen?**

Ich habe natürlich Erdöl physisch auch schon gesehen, aber grundsätzlich habe ich es einfach nur gehandelt.

**In welche Rohstoffe würden Sie heute investieren?**

Erdöl, Gold, Palladium.

**Wie haben Sie Ihr Vermögen angelegt?**

Ich habe Vermögensverwalter, die sich professionell darum kümmern. Selber investiere ich am Aktienmarkt und in Immobilien.

**Was ist mit Rohstoffen, Ihrem angestammten Geschäft?**

Über Finanzinstrumente und Hedge-Funds, die auf Rohstoffe spezialisiert sind, bin ich noch dabei. Und ich denke vermehrt wieder daran, mich direkt am Rohstoffgeschäft zu beteiligen.

**Sie geben ein Comeback als Rohstoffhändler? Ich denke tatsächlich daran, mich finanziell an Minen zu beteiligen.**

**Verraten Sie uns mehr?**

Ich prüfe momentan Beteiligungen an Zink-, Palladium- und Diamantminen.

**Wo?**

In afrikanischen Ländern, mehr möchte ich dazu aber nicht sagen.

**Haben Sie eigentlich je mal Unternehmensberater gebraucht?**

Wir arbeiteten einmal mit McKinsey zusammen.

**Und?**

Ich war schockiert.

**Wieso?**

Diese Leute haben keine Ahnung vom Business. Sie verstehen die Kultur nicht, sie verstehen die Leute nicht, sie verstehen die Geschäftsidee nicht. Sie fällen Entscheide, ohne die wirtschaftlichen Grundlagen sauber zu analysieren. Es war ein so oberflächlicher, unprofessioneller Approach, einfach unglaublich. Und Sie können sich nicht vorstellen, was diese Leute an Honoraren verlangen.

**Über welche Qualitäten muss ein guter Verhandler verfügen?**

Er muss sehr gut zuhören können, um herauszufinden, wie die andere Seite denkt, was sie will. Und er muss genau wissen, was er will, und trotzdem flexibel bleiben.

**Malcolm Gladwell sagt, für Erfolg brauche es Talent, Glück und harte Arbeit.**

Dem stimme ich voll zu, aber ich würde die Reihenfolge ändern: harte Arbeit, Talent und Glück. Vor allem harte Arbeit.

**Was ist der grösste Fehler, den man geschäftlich machen kann?**

Mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Dafür bin ich doch das perfekte Beispiel, auch wenn alles, was ich tat, nach Schweizer Gesetzen legal war. Die Amerikaner sahen das bekanntlich anders.

**Mit Ihren 76 Jahren Lebenserfahrung: Was ist im Leben wichtig?**

Erfolg im Geschäft und gute Beziehungen zu der Frau und den Kindern. *That's it.*

**Haben Sie das erreicht?**

Nein. Ich war im Geschäft erfolgreich, nicht aber in der Familie. Ich bin zweimal geschieden, wie Sie wissen.

**Weil Sie als Unternehmer die Geschäftsinteressen vor die privaten Interessen gestellt haben?**

Wer weiss das schon. Auf jeden Fall scheiterte ich privat.

**Marc Rich**, 76, ist der einflussreichste Rohstoffhändler des 20. Jahrhunderts. Geboren in Belgien als Sohn orthodoxer Juden flüchtete er vor den Nazis in die USA. In den 1970er Jahren zerschlug er von Zug aus das Kartell der grossen Ölkonzerne und machte die Schweiz zu einer Weltmacht im Rohstoffhandel.



**Daniel Ammann:** King of Oil: Marc Rich – Vom mächtigsten Rohstoffhändler der Welt zum Gejagten der USA. Orell Füssli. 320 S., Fr. 39.90



*Viel Fragwürdiges, wenig Denkwürdiges:* Schauspielhoffnung Nastassja Kinski als 16-Jährige, 1976.



## Reifes Zeugnis

Von Daniele Muscionico

Ostern 1977 – wer dabei war an der Auferstehung eines Stars, der wird sich erinnern. 12 000 Mark Gage bekam das kunstseidene Mädchen dafür, dass sie den Hamlet des deutschen Staatssenders verführte – Christian Quadflieg und mit ihm eine ganze Nation. Die Schülerin und ihr Mathematiklehrer, halb sank er hin, halb zog sie ihn. Doch Kommissar Finke alias Klaus Schwarzkopf zählte eins und eins zusammen. Das junge Glück fand ein jähes Ende, und «Reifezeugnis», diese österliche Offenbarung, ging in die «Tatort»-Geschichte ein.

Klaus Schwarzkopf ist seit bald zehn Jahren tot. Christian Quadflieg lebt zwar noch, doch der übermächtige Schatten seines Vaters Will liess ihn schon in jungen Jahren alt aussehen. Wer ihn als «Landarzt» sah, der sah die versäumte Gelegenheit, sich nicht rechtzeitig nach Hollywood abgesetzt zu haben. Man wünschte ihm mehr von Maximilian Schell.

Und Nastassja Kinski? Sie spielte die Sina Wolf damals in dem miefig-provokanten «Schulmädchenrapport», die Studentin mit Ambition. Tatsächlich war sie nur drei Jahre später des Kinderfreunds Roman Polanski Geliebte und ein Hollywoodstar mit einem Golden Globe im Regal dank «Tess». Was danach kam? Viel Fragwürdiges, wenig Denkwürdiges, ihr letzter Kinofilm stammt aus dem Jahr 2006. Und ihre letzte Schlagzeile vom 24. Januar 2011, «Nasti» feierte ihren 50. Geburtstag. Chapeau! James Dean hat es so weit nicht gebracht.

Die Kinski war eine der grossen Hollywood-Hoffnungen Deutschlands. Ist es ehrwürdig, die Hoffnung enttäuscht zu haben? Ist es anrühlich, wenn sich eine Kinokarriere im Kinderzimmer erfüllt? Ist es nicht, möchte man sagen, wenn das Kinderzimmer das der eigenen Kinder ist. Es ist ein reifes Zeugnis, den eigenen Weg zu gehen – vorausgesetzt, dieser Weg ist eine bewusste Wahl.

Ob Irrfahrt oder Irrglaube: Sicher ist, dass Nastassja erst jüngst wieder an den Tatort zurückkehrte, in Deutschland auftrat als Erzählerin in einer Inszenierung des «Phantoms der Oper» (bis am 29. Januar im Musical Theater Bremen). Denn erstens ist sie eine Urenkelin des Schöpfers, Gaston Leroux, und zweitens fürchtet sie sich bekanntlich nur vor einem – dem Publikum. Doch was für ein Glück! Die Zuschauer interessierten sich nicht für die Kinski, sondern für ihren künstlerischen Partner, der demnächst auch die Schweiz verführen wird: Ethan Freemann. Mehr davon in diesem Theater.



## Legally Blonde

Was braucht es, um den Mann zu vertreten, der die mächtigsten Politiker blamiert? Ein Oxford-Abschluss kann sicher nicht schaden.



Wie in einem Thriller: Assanges Anwältin Robinson.

**Jennifer Robinson** — Wer so hart austeilte wie Julian Assange mit seiner Internetplattform Wikileaks, hat viele Feinde und ist auf eine ausgezeichnete Rechtsvertretung angewiesen. Den anforderungsreichen Job hat die erst 29-jährige Jennifer Robinson übernommen. Sie stammt, wie Assange, aus Australien, ist blond, studierte in Oxford und hat im Internet viele Verehrer. Seit einiger Zeit arbeitet sie in einer Londoner Kanzlei. Ihren umstrittenen Landsmann lernte sie im Oktober kurz vor der Veröffentlichung der aufsehenerregenden Geheimdokumente zum Irakkrieg kennen. «Ich habe das Gefühl, überwacht zu werden, seit ich den Fall Assange übernahm», sagte Robinson

der deutschen Zeitschrift *Grazia*. Das erstaunt eigentlich nicht weiter, denn in Schweden wird dem undurchsichtigen Wikileaks-Gründer die Vergewaltigung von zwei Frauen vorgeworfen, und in den USA läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Spionage gegen den 39-Jährigen. Tagelang hätten Autos vor ihrem Haus parkiert, in denen Männer saßen und Zeitung lasen, wie in einem Kino-Thriller, berichtete Robinson weiter. Apropos Kino: Bald soll eine Verfilmung von Assanges Biografie «The Most Dangerous Man in the World» in Angriff genommen werden. Der Assange-Kult hat damit eine neue Stufe erreicht. Ist es doch kaum einen Monat her, seit der Mann, dem

man nachsagt, er lehre die Supermächte das Fürchten, seinen Namen vergoldete, indem er die Rechte auf seine Autobiografie für mehr als eine Million Pfund einem schottischen Verlag verkaufte. Kann es sein, dass Assange zusehends dem Grössenwahn verfällt? Für seine Anwältin Robinson gilt es vorerst wieder am 7. Februar ernst: Dann steht Assange in London vor Gericht. (bb)

**Marcel Guerry** — Der 49-Jährige übernimmt am 1. Februar als CEO von Mercedes-Benz Schweiz AG die Nachfolge von Karl Schregle. Guerry ist der schöne Beweis dafür, dass es Tellerwäscherkarrieren auch im richtigen Leben gibt. Der Schweizer begann seine Lauf-



Tellerwäscherkarriere: Manager Guerry.

bahn 1978 als Automechaniker und hatte anschliessend fast alle Funktionen inne, welche die Branche hergibt. Die letzten zehn Jahre sass er als Direktor After Sales in der Geschäftsleitung des Unternehmens. Er rechnet in seinem neuen Job mit «besonders spannenden Jahren». Dafür sorgen sollen eine Vielzahl neuer Modelle, darunter die umsatzstarke C-Klasse, die im Frühling lanciert wird, und auch das Sparthema mit effizienteren Motoren hält die Autoindustrie auf Trab. (das)

**Bernd Eichinger** — Auf dem roten Teppich oder bei Interviews im Fernsehen gab er sich jeweils zurückhaltend, er wirkte fast scheu. Doch hinter den Kameras war der Münchener Bernd Eichinger eine der prägenden Figuren der internationalen Filmzene. Der bekannteste Filmproduzent Deutschlands schaffte den Durchbruch 1979 mit der Milieu-Studie «Christiane F. Wir Kinder vom Bahnhof Zoo», 1984 machte er sich mit der Michael-Ende-Verfil-

mung «Die unendliche Geschichte» auch international einen Namen. Eichinger und die Produktionsfirma Constantin, die er zwischenzeitlich führte, standen hinter Filmerfolgen wie «Der Name der Rose», «Das Parfüm», «Der Untergang» oder «Der Baader-Meinhof-Komplex». Eichinger war es auch, der die Schauspielkarriere von Til Schweiger mit «Manta, Manta» lancierte. In Zusammenarbeit mit Hollywood produzierte er Action-Hits wie «The Fantastic Four». Für den Film «Nirgendwo in Afrika» erhielt er den Oscar für den besten nicht englischsprachigen Film. Eichinger erlag am Montagabend während eines Essens mit Freunden in Los Angeles, wo er seinen zweiten Wohnsitz hatte, einem Herzinfarkt. Er wurde 61 Jahre alt. (bb)

**Anna Chapman** — Besser bekannt ist die 28-Jährige als «Agentin ooSex» (*Bild*), die letztes Jahr zusammen mit anderen russischen Spionen in New York enttarnt wurde. Zurück in Russland, weiss die 28-Jährige ihre neu gewonnene Freiheit bestens zu nutzen. Im Dezember trat sie eine Spitzenfunktion in der Jugendorganisation der Partei Einiges Russland an, der Wladimir Putin vorsteht. Und seit vergangener Woche ist Chapman nun auch TV-Star. Zur besten Sendezeit moderiert sie die einstündige Show «Geheimnisse der Welt mit Anna Chapman». Übersinnliches à la Uri Geller oder Erich von Däniken wird darin präsentiert. Zumal in der ersten Sendung die mysteriösen Wundmale eines Kleinkinds aus Dagestan im Zentrum standen. Der Boulevardpresse in Moskau gefielen die Entertainer-Qualitäten von Chapman, die in den USA offiziell als Immobilienmaklerin gearbeitet hatte: «Sie kann es!», titelte eine Zeitung. (bb)



«Sie kann es»: Ex-Spionin Chapman.



## Meine Alphornbläser

**Unser Kolumnist tritt an einer Veranstaltung für den wohltätigen Zweck auf. Oder: Mehr vom Leben als halbfetter Name. Von Mark van Huissing**

Vergangene Woche war ich in Zürich, ein Promi-DJ-Marathon zugunsten der Black Rain Group Foundation fand statt (Presstext). Die Veranstaltung, deren Erlös an die Waisen- und Altersheime der Stiftung in Haiti ging, dauerte von 18.00 bis 24.00 Uhr; ich war schon um 20.30 Uhr in dem Lokal mit Namen «Club Escherwyss», obwohl mein Slot erst um 22.45 Uhr war, man weiss, was sich gehört, nicht wahr? (Unter dem Warhol-Motto «15 minutes of fame» gibt sich die Zürcher Prominenz die Klinke in die Hand sozusagen, hinter den Plattenspielern; Presstext, noch einmal.)

Um 21.15 Uhr war Elmar Ledergerber dran; ich mochte seinen Auftritt, er sagte die Stücke, die er ausgewählt hatte, an und gab Erklärungen zu der Musik ab (was er spielte, mochte ich weniger: Thelonious Monk, Bill Evans, Cesaria Evora). Der Zürich-Tourismus-Präsident und ich haben, im Grund, keine Nähe zueinander. Ausser dass wir gelegentlich an den gleichen Anlässen auftreten (Suppens schöpfen auf dem Paradeplatz z. B.). Als Ihr Kolumnist noch Wirtschaftsredaktor war und versuchte, wichtige Artikel zu schreiben, war er einmal an einer grossen Geschichte, «Ledergerber – der Schweizer Tony Blair». Die Geschichte, logisch, kam nie, doch irgendwie schien die Arbeitshypothese damals fast zu stimmen (es war 1995), and look at us now... Mir kommt als Benchmark immer Hanspeter Danuser, mit dem ich bekannt bin und der Kurdirektor von St. Moritz war, in den Sinn resp. wie er während zwanzig Jahren Alphorn geblasen hat für sich und sein Angebot auf dem Times Square

et cetera. Das Arbeitsleben eines halbfetten Namens, sage ich nur, ist lang.

Cornelia Grolimund, die so etwas war wie ein Popstar, als ich nach Zürich zog (1991), liess «Love Will Tear Us Apart» laufen von Joy Division; einen Song, den ich mir auch überlegt hatte, aber nicht brachte, weil er so traurig ist und man nicht als *sad sack* rüberkommen möchte, als Mann. Tanja Dankner sang Lieder, die sie geschrieben hatte. Shawne Fielding spielte etwas von Philipp Fankhauser, von Sting «Fill Her Up» und Lyle Lovetts «That's Right (You're Not From Texas)»; sie hatte einen Cowboyhut auf. Frauen mit halbfetten Namen und dem dazugehörigen Arbeitsleben, nebenbei, sind eine ganz andere Geschichte – man möchte nicht tauschen. Nicola von Senger, ein Galerist, hatte bloss Musik von Kraftwerk gewählt («Nummern», «Boing, Bumm, Tschak», «Aerodynamik»), das geht auch. Lionel Baldenweg, ein Musikproduzent, der mit seinem Bruder Diego, einem Komponisten, Stücke von 32 Stücken spielte in 15 Minuten (von Slayer, Chopin, Tom Waits, Rihanna), schrieb nach der Veranstaltung, es sei zu hoffen, dass es Haiti auch etwas bringe. Er hat recht, es drehte sich, streng gesehen, nicht nur um die Discjockeys.

MvH, für die, die es interessiert, legte «Fools Gold» von The Stone Roses auf, «Seven Spanish Angels» von Willie Nelson (mit Ray Charles), «Klar» von Jan Delay und «I Wanna Know What Love Is» von Mariah Carey. Zwei Sätze dazu. Mit den Mitgliedern der Stone Roses sowie mit Willie Nelson bin ich nicht bekannt. Zweitens: Ich interessiere mich seit 35 Jahren für Musik und denke, mein Wissen sei gross und mein Geschmack gut. Das wollte ich hier einmal schreiben, nur so, weil ich weiterhin nicht darüber schreiben werde – man muss wissen, was die Leute von einem wissen wollen, glaube ich.

Am Morgen nach dem Abend blieb der Bildschirm meines Laptops schwarz wie die traumlose Nacht dazwischen (kein innerer Zusammenhang, nehme ich an). Ich rief meinen Support an, der sagte, es sei ein Hardware-Fehler. Ich tat, was man tut, wenn man eine One-Man-Show ist; ich fuhr nach Volketswil, wo Toshiba Büros hat. Was die Fa. dort auch hat: Techniker. Einer schraubte meinen Satellite Pro auseinander, wechselte ein Teil aus – danach war der Bildschirm nicht mehr schwarz. Schon klar, ein neun Monate alter Computer sollte nicht kaputtgehen. Doch er war kaputtgegangen. Und darum gibt es *full marks* für eine Reparatur aus dem Stand (ohne Voranmeldung, innert dreier Minuten, gratis).

Die gute Nachricht aus Zürich, mein Alphornblasen geht weiter. Was ich sagen will: Die Talentshow im «Moods» wird fortgesetzt, und *yours truly* ist, immer noch, Jurypräsident. Folge IV war am 24. ds. M., Entschuldigung; Folge V ist am 7. März, Folge VI am 2. Mai.

## «Asien ist nicht einfach»

Jacqueline Keefler von Swiss Cham gibt Unternehmern Tipps, wie sie trotz des starken Frankens den Export steigern können.



«Vorsichtiger geworden»: Vizepräsidentin Keefler.

**Der starke Franken wird rundum von Medien und Industriellen beklagt, er mache den Exporteuren das Leben schwer. Wie können Sie ihnen helfen?**

Als Swiss Cham können wir nicht direkt helfen. Unsere Aufgaben liegen in der Unterstützung der Handelskammern. Wir stellen jedoch fest, dass die Unternehmer bei den Ausfuhren vorsichtiger geworden sind. Sie warten ab, bevor sie neue Aktivitäten beginnen, da das Klima von einer starken Unsicherheit geprägt ist. Die Unternehmer hoffen, dass der Franken bald schwächer wird und dass sie dann wieder profitablere Geschäfte abschliessen können. Doch die Aussichten für 2011 bleiben für Exportfirmen schwierig.

**Die Märkte in Asien bieten derzeit die besten Absatzmöglichkeiten. Wie helfen Sie, das Potenzial in dieser Wachstumsregion zu realisieren?**

Indem wir in Asien besonders aktiv sind. In Asien ist die Wirtschaftskrise am wenigsten spürbar. Deshalb empfehlen wir unseren Mitgliedern, das Entwicklungspotenzial in Ländern wie China, Indonesien oder Malaysia als Chance zu nutzen. Die Märkte dort sind gross, weitgehend ungesättigt, und sie werden weiter wachsen. Es ist allerdings nicht einfach, in Asien ins Geschäft zu kommen. Die kulturellen Gepflogenheiten sind ganz anders als bei uns – das beginnt schon bei Begrüssungszeremonien. Die Handelskammer kann hier einen Mehrwert bieten, indem sie ein Netzwerk offeriert und hilft, Schweizer Exporteuren die Traditionen der fernen Länder näherzubringen. Das setzt einiges voraus. Schweizer Unternehmer müssen ihren Horizont erweitern. Heute bevorzugen aber immer noch viele Manager die nahen europäischen Märkte, weil diese leichter zugänglich sind

– sowohl geografisch als auch von der Mentalität her.

**Was lässt sich gegen die weltweit zu beobachtende Zunahme des Protektionismus unternehmen?**

Da müsste sich die Politik einbringen und dagegen vorgehen. Als Handelskammer können wir da wenig Konkretes unternehmen. Die Schweizer Banken sind gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen bei der Kreditvergabe nicht zurückhaltender als vor der Krise. KMUs sind zum Teil mit Schwierigkeiten konfrontiert, wenn sie Kredite beantragen, weil die Banken nach wie vor die gleichen Bonitätsanforderungen haben.

**Sie helfen den Aussenhandelskammern in der Schweiz und im Ausland. Wie gehen Sie vor?**

Wir unterstützen die Kammern mit unserem globalen Netzwerk und lobbyieren im Bundeshaus dafür, dass nicht nur die Schweizer Zentrale für Handelsförderung Osec staatliche Gelder erhält, sondern auch wir. Wir stehen dafür ein, dass die Dienstleistungen der Handelskammern honoriert werden.

**Demnächst wird in Bern ein neues Exportförderungsgesetz diskutiert. Welche Ziele wollen Sie dabei verfolgen?**

Wir wollen erreichen, dass die Interessen aller involvierten Parteien berücksichtigt werden. Doch nicht alle Parlamentarier haben dafür ein gleich gutes Gehör. Wir würden uns zum Beispiel wünschen, dass die mit staatlichen Geldern finanzierte Osec mit uns zusammenarbeitet, statt uns zu konkurrenzieren. Die Osec sollte bei der Finanzierung mehr Kosteneffizienz an den Tag legen. Zudem müsste das Subsidiaritätsprinzip vermehrt berücksichtigt werden. Das heisst, die Osec sollte nur dort aktiv werden, wo durch privatwirtschaftliche Initiative keine Angebote zur Unterstützung im Aussenhandel bestehen.

**Was erwarten Sie von Bundesrat Johann Schneider-Ammann, dem neuen Chef des Volkswirtschaftsdepartementes?**

Er weiss als ehemaliger Unternehmer, was wir als Handelskammer bieten können – und was wir brauchen. Ich erwarte deshalb von ihm, dass er sich nicht nur für die staatlich unterstützte Osec starkmacht, sondern auch für die Handelskammern.

Jacqueline Keefler ist Vizepräsidentin von Swiss Cham, dem Dachverband der Schweizer Aussenhandelskammern.

Die Fragen stellte Pierre Heumann.

## Gedämpfte Töne

Von Jürg Zbinden

1 — Rosen, Tulpen, Nelken, alle drei verwelken – und trotzdem hat man nie genug Vasen. Schöne Gefässe brauchen nicht teuer zu sein, das zeigt «Pecera» von Interio. Die kleine Vase (Höhe: 18 cm) kostet Fr. 9.95, die grosse (Höhe: 37 cm) kostet Fr. 19.95, und auch die mittelhohle (31 cm) ist mit Fr. 13.95 sehr preiswert. Erhältlich in allen Interio-Filialen.



1

2 — *Hands up!* Helen von Albertinis Spezialität sind von Hand gefertigte Handschuhe. 1996 gründete die gelernte Textildesignerin ihre Firma UNA, 2009 eröffnete sie ihre Handschuhfabrik im Unterengadin. Sie produziert in ihrer kleinen und feinen Manufaktur in Ardez kunstvolle Kleinserien und exklusive Einzelstücke. Das abgebildete Modell «Kaiserin Zita», wahlweise in Nappa- oder Wildleder, mit Seiden- oder Kaschmirfutter, kostet Fr. 260.–. UNA, Torgasse 7, Zürich, oder bei Faoro, Piazza dal Mulin 8, St. Moritz.



2

3 — Perfekt assortiert ist die behandschuhte Lady (Kaiserinnen sind ausgestorben) mit diesem Seidenschal aus Crêpe de Chine bzw. Crêpe Georgette, 70 x 220 cm. Helen von Albertini hat in Zusammenarbeit mit der Kunsthistorikerin und Autorin Dora Lardelli sowie dem Oberengadiner Kulturarchiv Schals mit authentischen Mustern – Schablonen aus der Zeit zwischen 1850 und 1914 – entworfen. Die zartrosa Schmeichelei ist erhältlich zum Preis von Fr. 290.– wiederum bei UNA, Torgasse 7, Zürich, oder bei Faoro, Piazza dal Mulin 8, St. Moritz.



3

4 — Gabriele Strehle, die Frau hinter Strenesse, hat unter ihrer Kundschaft zahlreiche Anhängerinnen, die sie mit einem Duft in Form eines Eau de Parfum, Showergels oder einer Bodylotion umwirbt. Entwickelt hat ihn die Pariser Parfümeurin Ursula Wandel. Roter Pfeffer ergänzt fruchtige Akkorde von Birnensorbet, Limette, weissem Pfirsich und schwarzer Johannisbeere, die Basis legen Zedern- und Sandelholz sowie Amber. Das Eau de Parfum zu 40 ml kostet Fr. 69.–, 75 ml gibt es für Fr. 119.–. Ab Februar im Handel.



4

5 — «Milo» ist ein Schiebetürenschränk aus kunststoffbeschichteter Spanplatte, inklusive Kleiderstangen und aluminiumfarbenen Standardgriffen, Paneele-Prägung anthrazit, 202,5 x 68 x 220 cm. Er kostet Fr. 549.–. In weiteren Ausführungen erhältlich bei Interio.



5



## Auto

# Einer für alles

Der Toyota Land Cruiser ist so robust, dass der Schweizer damit sogar Auslandeinsätze bestreiten könnte. *Von David Schnapp*

Der aktuelle Winter und auch der vorhergehende sowie derjenige davor haben in manchem Autofahrer die Erkenntnis geweckt, dass in einem Land, das ein paar Wochen oder Monate im Jahr von Schnee und Eis bedeckt ist und eine – nun ja – abwechslungsreiche Topografie hat, ein robustes Fahrzeug mit Vierradantrieb nicht schlecht sein kann. Während langsam die Winterferien anrollen, widmen wir uns deshalb in einer kleinen Serie den oft zu Unrecht schlechtgeredeten Offroadern.

Der Toyota Land Cruiser ist ein kantiges, sperriges Vorzeigemodell dieser Kategorie. Er

kommt als Uno-Fahrzeug in Krisengebieten zum Einsatz, und auch wenn wir nicht so weit fahren mussten, um ihn zu testen, können wir gut nachvollziehen, warum das so ist. Fünf Millionen Käufer in 176 Ländern haben sich für die Toyota-Wuchtbrumme entschieden, Förster lieben sie genauso wie Städter, die es am Wochenende in die Berge zieht.

### Schnee, Sand, Matsch – egal

Der Land Cruiser ist keine ausgesprochene Schönheit, und wenn man auf dem Fahrersitz Platz nimmt, breitet sich eine eher unübersichtliche Kunststofflandschaft vor einem aus, in der weder Ästhetik noch Ergonomie auf dem letzten Stand der Möglichkeiten sind. Die Einstellungen für die Multi-Terrain-Fahrprogramme zum Beispiel sind so umständlich vorzunehmen, dass man schon allein davon überzeugt wird, dass dieses Auto problemlos durch jeden Schnee, Sand oder Matsch pflügen wird. Dabei hilft der Geländeüberwachungs-Monitor, mit dem der Fahrer jederzeit – und sei es nur beim Parkieren – die Übersicht behält. Der Siebenplätzer ist mit 2385 Kilogramm

zwar relativ schwer, aber mit einer Länge von 4760 Millimetern kürzer als ein 7er-BMW oder eine S-Klasse von Mercedes. In der Praxis kommt man deshalb mit den Ausmassen des Wagens gut zurecht, auch weil die Aussenspiegel so gross sind, dass man damit fast hinter das Auto sehen kann. Allein das Gewicht des Wagens kann der Vierzylinder-Diesel mit 175 PS und einem maximalen Drehmoment von 410 Newtonmetern nicht ganz vergessen machen, wenn man leicht traktorenhaft auf der Autobahneinfahrt beschleunigt. Und zum Überholen setzt man nur an, wenn ausreichend Platz vorhanden ist. Das ist aber völlig egal, der Land Cruiser ist, wie der Name sagt, im normalen Leben ein gemütliches Überlandauto. Dieses fühlt sich dabei ausgesprochen solid an, die Federung ist angenehm, und die hydraulische Stabilisatorenregelung hat seitliche Wankbewegungen im Griff, was viel zum Fahrkomfort beiträgt. Dass der Toyota neben der Strasse beeindruckende Fahreigenschaften aufweist, ist dabei für die meisten Besitzer einfach eine sehr beruhigende Tatsache. Das heisst nicht, dass man damit ständig im Dreck herumkurvt. Nein, das Schöne ist, dass man weiss, dass er könnte, wenn man wollte.

Fazit: Falls es jemals zu einem Auslandeinsatz in einem Krisengebiet käme, würden wir den gerne in einem Land Cruiser leisten.

Nächste Woche: Porsche Cayenne S Hybrid

### Toyota Land Cruiser 3.0 D-4D Linea Sol

Leistung: 175 PS, Hubraum: 2982 ccm

Höchstgeschwindigkeit: 175 km/h

Preis: Fr. 79 900.–

Testfahrzeug: Fr. 87 190.–



## Elfen und Hobbits

Das «Romantikhof Florhof» ist eine Zauberwelt mitten in Zürich, in der ausgezeichnet gekocht wird. *Von David Schnapp*

Auf dem Weg zum «Romantikhof Florhof» betritt man eine Art geheimnisvolle Welt. Das Haus am Rande des Zürcher Niederdorfs liegt etwas versteckt neben dem lärmigen Hirschengraben, der Kontrast zum Rest der Stadt ist so gross, dass es einen nicht überraschen würde, wenn gleich Elfen und Hobbits durch die Gassen huschen würden.

Im heimeligen Restaurant fühlt man sich wohl, leider war der Raum zu warm, das Licht – bei aller Romantik – etwas zu gedämpft. Dass man bald mit Müdigkeit zu kämpfen hat, liegt also eher daran als an den Tellern, die der neue Küchenchef Karsten Klinck anrichtet. Das Amuse-Bouche ist eine schöne Überraschung aus Blumenkohlmousse, Lachs und Zitrusfrüchten, serviert in einer Eierschale. Das «Menü Florhof» (5 Gänge, Fr. 122.–) geht weiter mit einer klassischen Gänseleberterrine mit schwarzen Trüffeln und Cassisfeigen. Es folgt Kerbelschaum, Kartoffelstampf und eine homöopathische Dosis gebeiztes Rinderfilet, und wir sind mit dem Auftakt sehr zufrieden. Klinck, der zuvor bei Heiko Niederer in «The

Restaurant» im «Dolder Grand» gekocht hat, kombiniert stilsicher. Nur manchmal erhofft man sich fast etwas mehr Risiko; es scheint, als wolle man die zahlreichen älteren Gäste nicht mit zu gewagten Arrangements erschrecken. Elemente wie der Essigschaum zum Kabeljau sind deshalb eher schöne Ideen als wirkliche Akzente. Und der Hirschrücken mit Rosenkohl, Kartoffelblini und schwarzen Nüssen war trotz schöner Rosafärbung etwas zu trocken und etwas zu gewöhnlich.

Das Dessert löst all unsere Ansprüche wieder hervorragend ein: Die Tarte aus herbem Schokoladekuchen mit süssen Bananen und einer säuerlichen Passionsfruchtglasur und darüber hinaus ein Süssholz-Eis waren ein perfektes Spiel von Geschmäckern, Konsistenzen und Temperaturen. Wir sind entrückt vom real existierenden nasskalten Zürich in dieser warmen, schummrigen «Florhof»-Welt, die wir nur ungern wieder verlassen.

**Gourmet-Restaurant im Romantikhof Florhof,**  
Florhofgasse 4, Zürich, Tel. 044 250 26 26. Montags  
und sonntags geschlossen.



*Stilsichere Kombinationen:* Chefkoch Klinck, 32.

## Neues vom Vulkan

*Von Peter Rüedi*



Zum ersten Mal erlebte ich mein rubinrotes Wunder in einer versteckten Beiz in Piombino. Sie hat den bizarren Namen «Il Garibaldi Innamorato», ist ein toskanisches Fischlokal und mithin nicht eben der Ort, an dem grosse Rotwein-Entdeckungen zu erwarten sind. Schon gar nicht welche aus Sizilien. Aber erstens ist Pipo ein grenzenloser Weinenthusiast und der Vater der Flasche vom Nordhang des Ätna zweitens der legendäre Andrea Franchetti, also ein Toskaner (Tenuta di Trinoro). So kam ich erstmals an einen «Passopisciaro», und seit da bin ich hingerissen von dem, was auf den schwarzen Lavaböden des Vulkans wächst. Zumal von den Weinen aus der alten Sorte Nerello Mascalese. Natürlich bin ich damit nicht allein. Seit sich Jancis Robinson mit ihrer Leidenschaft für «den Burgunder des Mittelmeers» geoutet hat, beten viele die Formel nach, und tatsächlich kann sich der Nerello ja rein äusserlich präsentieren wie das schlanke Gegenteil des Nero d'Avola, will sagen mit einem lichten Rot wie dem eines Pinot noir oder Nebbiolo. Mit dem ersten Schluck aber weht uns dann doch der heisse Atem des Vulkans an, allerdings gebändigt durch eine geradezu ätherische Aromatik und eine scharf mineralische Charakteristik. Inzwischen hat mich das Ur- und Aha-Erlebnis längst zu weiteren Entdeckungen animiert. Nicht alle halten die Balance zwischen Elementarem und Raffinesse. In der Lesart von Cottanera (Fatagione) kann sich die Nerello auch etwas ins Opulente blähen. Mindestens auf dem Niveau von Franchetti bewegt sich indes sein Nachbar Marco de Grazia von der Tenuta delle Terre Nere (ein auf die vulkanische Scholle heimgekehrter Grossimporteur italienischer Weine in die USA). Der «Calderara Sottana» 2007 etwa ist im Nebeneinander von würziger Frische, abgründiger Frucht und knirschender Mineralik eine Art Quadratur des Zirkels. Ein anhaltendes Vergnügen. Woran Confiseure oft vergeblich laborieren, der Verbindung von Schoko-Noten mit Minz-, Eukalyptus- oder Ginger-Aromen, das gelingt diesem Wein aufs Diskreteste, spielend und wie nebenbei.

**Calderara Sottana Etna Rosso 2007.** 14%.  
Gerstl Weinselektionen. Fr. 44.–. [www.gerstl.ch](http://www.gerstl.ch)  
**Cottanera Fatagione 2007.** 14%.  
Martel, St. Gallen. Fr. 24.–. [www.martel.ch](http://www.martel.ch)

## «Alles von null auf kreiert»

Der Önologe Jean-Claude Martin hat am südlichsten Kap sein eigenes Weingut aufgebaut. Von René Lüchinger und Dan Cermak (Bild)



«Ein guter Wein basiert auf Finesse und Balance»: Winzer Jean-Claude Martin.

### Herr Martin, wie wurden Sie Önologe?

Ich habe schon bei meinem Onkel bei der Traubenernte mitgeholfen, der am Bielersee einen kleinen Weinbetrieb besass. Ich habe dann in Wädenswil eine Winzerlehre gemacht und schliesslich die Önologieschule besucht. Der Wein hat mich also immer begleitet.

Eine gewisse Vorprägung ist also vorhanden. Was fasziniert Sie aber am Wein?

Wie im Zusammenspiel mit der Natur ein guter Wein entsteht. Dann das Marketing und der Vertrieb. Dahinter steht das Ziel, einen immer besseren und qualitativ hochstehenden Wein herzustellen.

### Was macht für Sie einen guten Wein aus?

Ein guter Wein basiert auf Finesse und Balance, was vielleicht nicht einmal beim ersten Schluck, sondern möglicherweise erst beim zweiten Glas erkenntlich ist und be-

wirkt, dass er sich gerade deshalb langfristig am Markt behaupten kann.

### War 2010 ein gutes Weinjahr?

An der Küste in Südafrika haben wir glücklicherweise bei der Ernte nicht die gleichen Klima- und Qualitätsschwankungen wie oft in Europa. Auch 2010 war für uns deshalb ein absolut gutes Jahr, und wir hatten auch wenige Schäden durch Windböen.

### Der Wein ist in Südafrika seit dem 17. Jahrhundert heimisch. Ist das Land am Kap also ein traditionelles Weinanbaugebiet?

Bis zum Ende der Apartheid wurde der Weinbau über eine staatliche Kooperative gelenkt, und südafrikanischer Wein gelangte kaum in den Export. Produziert wurden relativ einfache Rotweine, und ein Grossteil der Ernte ging zudem in die Destillation zur Herstellung von Brandy. Das war kein Nährboden für Innovationen.

### Wann änderte sich das?

Mit der Marktöffnung 1994 floss viel Know-how zum Weinanbau von Europa ins Land. Der Nachteil ist bis heute, dass es hier nicht die alten gewachsenen Rebbestände gibt wie etwa im Rhonetal oder im Bordeaux. Hier waren die meisten Rebberge mit den falschen Sorten angepflanzt, und viele Rebstöcke sind ausgerissen worden. Deshalb ist Südafrika ein Paradoxon: einerseits ein sehr altes Weinanbaugebiet, unter dem Aspekt der Qualität aber ein sehr junges.

### Wo stehen Sie heute?

Nach der Marktöffnung haben südafrikanische Weine einen unglaublichen Boom erlebt – auch weil dies ein neues Anbaugebiet darstellte. Heute herrscht auf dem Markt generell ein Überangebot, die Kostenstruktur bei der Produktion ist schwierig und komplex, wodurch die Dynamik auch für Weine aus dem Kap nachgelassen hat.

### Was heisst das für den Export?

In der Schweiz liegt der Import von südafrikanischen Weinen ungefähr bei eher bescheidenen drei Prozent. Anders sieht das etwa in Schweden aus, wo der Weinimport aus Südafrika an der Spitze steht, oder auch Holland, wo hiesige Weine traditionell sehr beliebt sind. Man muss sehen: Südafrika bestreitet etwa vier Prozent der Weltproduktion, ist also ein vergleichsweise kleines Anbaugebiet.

### Sie besitzen seit 2004 mit Ihrem Partner Christoph Kaser ein Weingut an der südlichen Spitze des Kaps. Welche Beziehung verbindet Sie mit diesem Land?

Ich war während des Studiums bereits zweimal in Südafrika zur Traubenernte. 2002 habe ich dann mit meiner Frau, die Südafrikanerin ist, hier Urlaub gemacht, und wir haben dabei zufällig ein Stück Land an der Küste gefunden, das sich zum Anbau von Reben eignete. Das haben wir dann gekauft und sind 2004 hierher ausgewandert.

## Sie haben buchstäblich auf der grünen Wiese angefangen?

Richtig. Auf unserer Farm existierten keine Reben, sondern es weideten Schafe. Für uns war das ein Glücksfall: Die älteren Weinbestände sind hier oft mit dem so genannten Blattrollvirus befallen, was eine optimale Reifung der Traube hemmt. Dadurch dass wir neuen Boden bepflanzt haben, konnten wir virusfreie Rebstöcke verwenden und auch verhindern, dass Pflanzen oder Boden befallen werden.

## Ihr Anbaugebiet befindet sich an der Südspitze des Kaps in einem Tal, das «Himmel und Erde» heisst. Nomen est omen?

Das kann man so sehen. Entscheidend ist für uns aber der Einfluss des Meeres, das bei uns sehr kühl ist. Die Wassertemperatur liegt Sommer wie Winter um die zwölf bis vierzehn Grad. Sobald der Wind von dort weht, ist unser Weingut im Einflussbereich der kalten Luft. Es ist ein relativ raues Küstenklima und dadurch selbst an extremen Hitzetagen um die zehn Grad kälter als im Landesinnern. Für den Weinanbau hier ist das gut.

## Wie viel Wein produzieren Sie?

Unsere Farm umfasst 22 Hektaren Weinland, und wir keltern auch die Trauben von zwei Nachbarn, deren Land ursprünglich einmal zur Farm gehört hat. Das ergibt insgesamt knapp 30 Hektaren oder rund 180 000 Flaschen pro Jahr.

## Für den Export ist diese Menge eher am unteren Ende.

Für südafrikanische Verhältnisse ist das ein eher kleines Volumen. Uns geht es aber nicht um Volumen, sondern um Qualität.

## Wo verkaufen Sie Ihren Wein?

Die Hälfte im Land selber, der Rest geht nach Europa und dort vor allem in die nördlichen Länder. Etwas geht aber auch nach China, und jetzt beginnen wir mit den USA. Wichtig ist auch: Wir kaufen keine Trauben zu, sondern bearbeiten ausschliesslich unser Terroir.

## Deshalb verkaufen Sie Ihren Wein auch unter der Marke Creation?

Genau. Der gesamte Herstellungsprozess findet hier bei uns statt, und das symbolisiert auch unsere Marke. Von null auf kreierten wir hier im Himmel-und-Erde-Tal alles selbst, und wir wollen und werden eine Manufaktur des Weines bleiben.

Jean-Claude Martin ist Önologe, zusammen mit seinem Geschäftspartner Christoph Kaser hat er am Kap ein eigenes Weingut aufgebaut.

In der Reihe «Mein Wein» sind bisher erschienen: Andy Rihs, (Nr. 19/10), Thomas Bär (Nr. 25/10), Willi Liebherr (Nr. 34/10), Thomas Schmidheiny (Nr. 45/10)

### Im Internet

Weltwoche-Leser können ausgesuchte «Creation»-Weine von Claude Martin mit 20 Prozent Rabatt bestellen unter [www.weltwoche.ch/platinclub](http://www.weltwoche.ch/platinclub).

## Südafrika

# Zwischen Himmel und Erde

An der Walker Bay entstehen ohne Zeitdruck elegante, finessenreiche Weine.



«Die Trauben reifen langsamer»: Weingut von Jean-Claude Martin und Christoph Kaser.

Alles begann 1652 mit dem holländischen Arzt Jan van Riebeeck, der ans Kap gesandt wurde, um eine Verpflegungsstation für die Schiffe der Dutch East India Company zu schaffen. Er fand sich in einem mediterranen Klima und setzte auf Trauben. Seit her sind fast 360 Jahre verflossen, da hat sich nicht nur politisch viel verändert, vor allem auch wirtschaftlich und technologisch. Heute entstehen in Südafrika billigste Industrieware, aber auch edle Boutiqueweine.

Eines der neueren Rebgebiete liegt an der Walker Bay zwischen dem Kap der Guten Hoffnung und dem Kap Agulhas. Die Bucht ist berühmt für ihre Wale, *whale watching* die grosse Touristenattraktion. Seit einigen Jahren können die Gäste in der Stadt Hermanus auch ausgezeichnete Weine geniessen, die aus dem Hemel-en-Aarde Valley stammen, dem Himmel-und-Erde-Tal.

In diesem Tal bewirtschaften Jean-Claude Martin und Christoph Kaser 22 Hektaren Rebfläche. Martin, der vorher für das Weingut Grillette Domaine de Cressier gearbeitet hat, lebt in Südafrika und pflegt die Rebstöcke: Pinot noir, Cabernet Sauvignon, Merlot, Petit Verdot, Syrah und Grenache bei den Roten; Sauvignon blanc, Sémillon, Chardonnay und Viognier bei den Weissen. Den Weinmachern schweben elegante, finessenreiche Weine französischen Stils vor, «keine Konfitürenweine»,

sagt Martin. Wie die gepflanzten Sorten es signalisieren, gibt es neben sortenreinen Weinen einen Bordeaux-Blend (Cabernet Sauvignon, Merlot, Petit Verdot) und einen Rhone-Blend (Syrah, Grenache) sowie weisse Assemblagen. «Ich will nicht Retro-Weine alten Stils machen, nicht kopieren», sagt Martin, «man soll das Terroir spüren.»

Die Rebplantagen liegen auf 400 Meter über Meer, das Klima ist kühler als in den klassischen Rebgebieten Südafrikas, weil der kühle Atlantik die südlichste Zunge Afrikas umspült. «Die Trauben reifen langsamer», sagt Martin, «man kann sie richtig ausreifen lassen.» Das erzeugt bessere Aromen – ausserdem drohe in den Reife- und Erntemonaten selten Regen, anders als in der Schweiz, wo die Winzer Jahr für Jahr das Nervenflattern kriegen. «Bei uns ist es sonnig, kühl und trocken», sagt Martin. «Es gibt keinen Zeitdruck.» (pi)



«Keine Konfitürenweine»: Creation.



## Bestseller

### Belletristik

- 1 (1) **Martin Suter:** Allmen und die Libellen (*Diogenes*)
- 2 (2) **Melinda Nadj Abonji:** Tauben fliegen auf (*Jung und Jung*)
- 3 (3) **Sandra Brown:** Süsser Tod (*Blanvalet*)
- 4 (5) **Martin Suter:** Der Koch (*Diogenes*)
- 5 (4) **Ken Follett:** Sturz der Titanen (*Bastei Lübbe*)
- 6 (–) **Susanna Schwager:** Ida. Eine Liebesgeschichte (*Wörtersch*)
- 7 (10) **Jussi Adler-Olsen:** Schändung (*DTV*)
- 8 (7) **Sophie Kinsella:** Mini Shopaholic (*Manhattan*)
- 9 (6) **Karen Rose:** Todesschrei (*Springer*)
- 10 (8) **Fay Weldon:** Spa-Geflüster (*DTV*)

### Sachbücher

- 1 (1) **Rhonda Byrne:** The Power (*Droemer Knaur*)
- 2 (3) **Anna Staiger Eichenberger, Annette Gröbly:** Tibits at Home (*AT*)
- 3 (–) **Elfriede Vavrik:** Nacktbadestrand (*Edition A*)
- 4 (2) **Guinness:** World Records 2011 (*Bibliographisches Institut*)
- 5 (4) **Natascha Kampusch:** 3096 Tage (*List*)
- 6 (6) **Jamie Oliver:** Jamies 30-Minuten-Menüs (*Dorling Kindersley*)
- 7 (5) **Thilo Sarrazin:** Deutschland schafft sich ab (*DVA*)
- 8 (7) **Keith Richards:** Life (*Heyne*)
- 9 (10) **Thomas Wyss:** Sammelsurium Schweiz (*Faro*)
- 10 (–) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung (*Bibliographisches Institut GmbH*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Media Control

## Apropos: Trickreiche Patienten

Wie ist es, wenn man das eigene Gesicht auf einem Foto nicht wiedererkennt? Oder wenn man plötzlich die Fähigkeit zu lesen verliert, nicht aber die zu schreiben? Auf den Brief seiner Patientin mit eben dieser Erfahrung reagierte der amerikanische Neurologe Oliver Sacks mit einem Telefonat. «Angesichts der Umstände war das wohl das Freundlichste, was ich tun konnte.» Humor kommt in seinem neuen Buch «Das innere Auge» nicht zu kurz, obgleich Sacks darin auch von seiner Krebserkrankung spricht. Die autobiografischen Momente stören nicht, im Gegenteil: Sie untermauern die imposanten Tricks, mit denen Sacks und seine Patienten ihren komplizierten, oftmals verstörenden Alltag meistern. So schärft der Autor das Bewusstsein des Lesers für den Verlust des zuvor Selbstverständlichen. (*ang*)

## Literatur

# Der gezähmte Wilde

In Sizilien geboren, als deutscher Kaiser gestorben. Friedrich II. (1194–1250) war Dichter, Kriegsherr, Wissenschaftler und laut Jacob Burckhardt der «erste moderne Mensch». Von Hans-Peter Kunisch

Er kommt einfach nie aus der Mode, und das hat seinen Grund.

Kaiser Friedrich II. von Hohenstaufen (1194–1250), auch genannt «das Staunen der Welt», war einer der aussergewöhnlichsten Herrscher, die Europa hervorbrachte. Einige der bekanntesten Legenden sind: geboren am 26. Dezember als Quasichristkind im Zelt, in einem Provinzkaff der italienischen Marken namens Jesi (in dem zur Siestazeit noch heute die eine oder andere Ratte unterwegs ist, ansonsten niemand). Aufgewachsen in Palermo, kaum beaufsichtigt, beinahe wie ein Strassenjunge, der auf diese Weise mit vielen Schichten, Sprachen, Kulturen in Kontakt kam. Erbauer des berühmten oktogonalen Castel del Monte in Apulien, eines der eindrucksvollsten Gebäude seiner Zeit. Dichter, Kreuzzügler, Kriegsherr, vor allem aber auch einer der intelligentesten Naturbeobachter des Mittelalters, was sich in «De arte venandi cum avibus», Friedrichs Buch über die «Kunst mit Vögeln zu jagen», zeigt.

Darin nimmt er die damalige Autorität Aristoteles beim Wort, egal ob es um Falken oder Wasservogel geht, und zwar kaiserlich selbstbewusst. «Beim Schreiben sind wir auch, wenn es erforderlich war, dem Aristoteles gefolgt; in manchen Dingen scheint er jedoch, wie wir aus Erfahrung lernten [...], von der Wahrheit abzuweichen [...]. Selten oder niemals hat er die Jagd mit Vögeln ausgeübt, wir aber liebten sie von Jugend an und übten sie stets aus.»

### «Der erste moderne Mensch»

Ein erfahrungshungriger Abenteurer und Intellektueller und vieles mehr. Doch da Friedrich nie aus der Mode kam, ist auch vieles bekannt, gibt es einige Bücher zu ihm. Warum braucht es Olaf B. Raders Biografie?

Einmal, weil sie einen neuen Ton in die Annäherung an diese aussergewöhnliche Figur der Geschichte bringt. So verschieden die Ansätze der vergangenen 150 Jahre sind: Neben den im engeren Sinn wissenschaftlichen Arbeiten, die nie für eine breitere Öffentlichkeit gedacht waren, schien es für Friedrich II. genau eine passende Stilfigur zu geben: Erhabenheit. Schön zeigt Rader, wie markige Statements berühmter Historiker (Jacob Burckhardt: «der erste moderne Mensch») und immer wieder nebenbei geäußerte Bemerkungen Nietzsches («mein Nächstverwandter», «jener grosse Freigeist unter den deutschen Kaisern»), einer von «jenen zauber-

haften Unfassbaren und Unausdenklichen, jenen zum Siege und zur Verführung bestimmten Rätselmenschen») Friedrich ein Ansehen verschafften, das Ernst Kantorowicz 1927 in seiner Biografie zu einem monumentalen System verband. Was opportunistische Historiker, wie etwa Karl Ipser, dazu brachte, Friedrich mit dem berühmtesten Österreicher zu vergleichen: «Lange war er ein Fremder gewesen, heute aber hat ihn sein Volk verstanden. Sein Werk ist gesichert und hat in allem strahlende Erfüllung gefunden durch Adolf Hitler.»

### Unter Harem-Verdacht

Von all dem ist Rader natürlich himmelweit entfernt. Ganz im Stil einer neuen Generation geht der bald schon fünfzigjährige Professor der Berliner Humboldt-Universität mit seinem Forschungsgegenstand souverän-lässig um: «Zum Hoftag nach Mainz kamen die wirklich ganz Grossen. Fast alle Erzbischöfe des Reichs erschienen.» Mit schnoddrig-humorvoller Sachlichkeit bringt er, ohne sich anzubiedern, Friedrich in die heutige Zeit.

Was nicht etwa heisst, dass Rader die Sekundärliteratur nicht kenne. Eine der grossen Stärken seines Buchs ist es gerade, klarzumachen, wie die unterschiedlichsten Legenden und Meinungen zu Lebzeiten oder kurz nach dem Tod von Friedrich entstehen konnten.

Jede einzelne der zeitgenössischen Quellen darf nicht als unabhängige Stellungnahme gesehen werden wie heute gern vorausgesetzt. Geschichtswerke waren (und sind) oft Tendenzschreiberei. Zwei grundsätzliche Möglichkeiten gab es: Der Autor war Friedrich freundlich gesinnt, weil er ein zufriedener Untertan war oder sich von seiner Gesinnung etwas erhoffte. Dessen Kontrahenten standen in anderen Diensten – eines Fürsten, eines Königs oder gleich des Papsts. Mit den Vertretern des Letzteren hatte Friedrich die grössten Probleme. Schliesslich wurde er von Innozenz IV. als «Antichrist» denunziert und auf dem Konzil von Lyon exkommuniziert. Gründe waren Unglauben, Ketzerei, Kontakte zu orientalischen Herrschern, er habe ein Harem usw. Ein Chronist, der auf dieser Linie blieb, war der Franziskaner Salimbene da Parma, dessen Legendenbildung Rader mit Hintergrund versteht. Salimbene war der Sohn eines kaisertreuen Adligen, der sich entsetzte, dass sein Spross Mönch werden wollte. «Angeblich hatte der Vater sogar Friedrichs Unterstüt-



*Ein gewaltiger Schritt:* Kaiser Friedrich II.

zung gegen die «Kuttenpisser» gesucht. Das sollte Salimbene beiden nie verzeihen.» In dem Rader seine Quellen ins rechte Licht rückt, lässt er die Leser auf angenehme Weise an der Gewinnung historischen Wissens teilhaben.

Umso erstaunlicher Raders einzige grosse Fehlleistung auf diesem Gebiet: das Verschweigen von Horst Sterns einstigem Historienbestseller «Mann aus Apulien», in dem sich Stern in den Kaiser versetzt und aus dessen Ich-Perspektive eine Art fiktive Autobiografie verfasst. Nun mag man über Sterns poetische Annäherung denken, was man will, aber der grosse Erfolg des Buchs legt zumindest eine

kurze Auseinandersetzung nahe. Umso mehr als Stern genau den Grundansatz vertritt, den sich Rader selbst zu eigen macht. Für Nazis und Deutschtümler galt Friedrich natürlich als «Typus des nordischen Deutschen». Rader spricht sich dafür aus, Friedrich als «Sizilianer» zu sehen, «von Süden her», und stellt dies als einen wesentlichen Teil seines Neuansatzes hin. Ganz ähnlich wie vor 24 Jahren Stern im «Mann aus Apulien». Dass dieser nicht einmal in der Bibliografie auftaucht, muss man wohl als kuriose Doppeltgängerscheu bezeichnen.

Beinahe so überraschend wirkt Raders Vorgehen in einer Detailfrage, die in der Fried-

rich-Literatur immer wieder auftaucht. Beim Castel del Monte und bei seiner fantastischen Lage, allein auf einem Hügel über der apulischen Ebene, gerät sogar Rader, Ferdinand Gregorovius zitierend, ins Schwärmen («die Krone Apuliens», «mitten in der kargen Landschaft», «von allen Seiten schon aus sehr grosser Entfernung sichtbar»). Das kann jeder, der einmal dort auf dem Hügel stand und den Weitblick geniessen konnte, nachvollziehen. Aber warum erwähnt Rader die heute geläufige Ansicht nicht, dass das Castel ursprünglich komplett von Wald umgeben gewesen sein soll, die Gegend vor der Abholzung wohl so baumreich war wie der nahe gelegene Gargano, der Sporn am italienischen Stiefel, noch heute? Mindestens diskutiert müsste das werden. Rader hingegen scheint den Widerspruch gar nicht zu merken, wenn er nach der Betonung der Kargheit der Gegend Ferdinand Seibt zustimmend zitiert, der das Castel del Monte mit der Burg Karlstein bei Prag vergleicht: «die gleiche zweckfreie Waldeinsamkeit».

#### Legende für den Bildungsbürger

Aber genug gelästert. Entscheidend sind diese beiden Kritikpunkte nicht. Das Buch bietet ansonsten derart viele Möglichkeiten, es gerechterweise zu loben. Neben dem anschaulichen Umgang mit den Quellen gibt es eine zweite fruchtbare methodische Entscheidung Raders. Systematisch pickt er sich Details heraus, um sie in einen weiteren Kontext zu stellen. Das gelingt auf vielen Ebenen eindrucksvoll. Ob Rader kenntnisreich von der Gräberkultur, von Münzen, von Festungsarchitektur, von Ritterrüstungen, von Rechtsauslegung, von Siegelkunde usw. spricht, immer gewinnt man, von vielen passenden Abbildungen unterstützt, einen Eindruck davon, wie Friedrich sich von seiner Zeit abhob, sein Vorhaben dennoch aus der Gegenwart heraus erklärbar bleibt.

Schön auch, wie Rader zeigt, dass man so manches, was sich fest eingebürgert hat, gar nicht genau weiss. Die Legende vom Palermer Strassenjungen etwa ist laut Rader äusserst unwahrscheinlich. Zu genau wussten seine Betreuer, welchen Schatz sie da zur Aufbewahrung hatten. Aber diese Legende passte dem klassischen Bildungsbürgertum, das gerade die Verbindung von Wildheit und weitreichenden Kenntnissen gern romantisiert. Dabei weiss man, so Rader, beispielsweise heute noch nicht, wie viele Sprachen Friedrich II. wirklich beherrschte. Nichtsdestotrotz gewährte er Juden weitgehende Rechte und verstand es, als «Sizilianer», auch mit Arabern umzugehen. Für die damalige Zeit ein gewaltiger Schritt.

**Olaf B. Rader:** Friedrich II. Der Sizilianer auf dem Kaiserthron. Biographie. C.H.Beck, 592 S., Fr. 48.90

# Unter der Zuckerwatte

Neil Diamond ist 70, hat über 120 Millionen Platten verkauft und kommt in die Rock 'n' Roll Hall of Fame. Wird der amerikanische Pop-Arrangeur tatsächlich überschätzt?

Von Thomas Würdehoff

Esther Nelson war den Tränen nahe. Monatelang hatte die alte Dame aus Oak Island im Offroaders hausen müssen, nachdem am 13. September 2008 ein Hurrikan die kleine texanische Gemeinde praktisch plattgewalzt hatte. Sie und einige Dutzend andere Bewohner sassen sprichwörtlich auf der Strasse. Und dann das Märchen. Mehrmals war ein Unbekannter bei den improvisierten Gottesdiensten am Strand aufgetaucht und hatte zugehört, keiner hat den Mann beachtet – «Hätte ich ihn erkannt, hätte ich ihn umarmt und ihm gesagt, er soll mir <Sweet Caroline> vorsingen», stammelt die rüstige Dame fassungslos.

Der anonyme Wohltäter hatte schliesslich knapp zwei Millionen Dollar gespendet. Ein Dutzend Häuser konnten wiederaufgebaut werden, für die Familien ist er ein Held, sie können so viel Hilfsbereitschaft nicht fassen. «Was für eine Geschichte!», sagte die Moderatorin von CBS News, und sie strahlte gläsern.

Schaut man sich Fernsehbilder dieser Geschichte an, ist man augenblicklich im Zentrum der Welt unseres Helden: Neil Diamond war der grosszügige Spender, und wenn man einen seiner Songs der CBS-Reportage unterlegt, «Shilo», «I've Been This Way Before» oder «Evermore», steigen einem die Tränen auf. Weil es die Hoffnung eben dann doch gibt! Trotz allem! So etwa.

## Klebmittel, Föhnfrisur

Damit hat er Erfolg, damit hat er in vierzig Jahren über 120 Millionen Tonträger verkauft. Dafür bezieht er seit Jahrzehnten ordentlich Kritiker-Prügel. «Witwentröster», ätzte etwa *Die Zeit* und enttarnte schmallippig «einen gediegenen Schnulzier, an dem alle späteren Entwicklungen vorbeigegangen sind». Ist ja auch kein Wunder bei den Klebmitteln, die sowohl in die Föhnfrisur als auch in die Songs eingegangen sind. Und erst diese Paillettenvestons, die Glitzerkrägen, die Burt-Reynolds-Brille – und diese aufdringlichen Verkündungsgesten! «Soolaimon», «Song Sung Blue» und immer wieder «Sweet Caroline». Wie aufdringliche Pheromone ziehen sich Armeen von Streichern, Kastagnetten und speckigen Bläsergeschwadern durch Diamonds kompositorisches Zuckerwerk. Nicht zum Aushalten – da blieb zu Schulzeiten nur: Fremdschämen im Partykeller!

In «What About Bob», einer Filmkomödie aus den neunziger Jahren, ist Diamond gar ein

Fall für den Psychiater. Bill Murray als genervtes Scheidungswrack bringt da die Trümmer seiner Ehe dem Therapeuten gegenüber mit Leichenbittermiene gallig auf den Punkt: «Es gibt zwei Arten von Menschen auf dieser Welt: Die einen mögen Neil Diamond; die anderen nicht. Meine Ex-Frau liebt ihn.»

Saukomisch die Pointe. Aber auch zu schön, um wahr zu sein. Denn so passgenau sitzen die Klischees dann auch wieder nicht. In der gesamten Karriere des Biederlings aus Brooklyn gab es immer wieder diese Unebenheiten, die so gar nicht zu Diamonds geschneigeltem Las-Vegas-Schmelz passen wollten: Seine «Ken-

---

## «I'm a Believer» machte Diamond aus dem Stand zu einem der gefragtesten Songarchitekten.

---

tucky Woman» wurde beispielsweise durch die britische Klopfertruppe Deep Purple – nicht gerade die betenden Hände unter den Schwermetallern – furios zum Welthit geprügelt. Diamonds «Red Red Wine» schunkelte mit der britischen Kiffer-Band UB 40 zum ewigen Reggae-Dauerbrenner, ausgerechnet Bob Dylans musikalischer Begleitschutz The Band spielte mit Diamond, und selbst der grosse Robert Wyatt nahm sich der Lieder des Troubadours mit dem schmachtenden Leumund an.

Die Biografie des Neil Leslie Diamond mutet dagegen nachgerade altbacken an. Geboren wurde er vor siebzig Jahren, am 24. Januar 1941, in eine jüdische Familie auf der Halbinsel Coney Island. Vater Akeeba führte eine Kurzwarenhandlung, Neil besuchte die gleiche Schule wie Barbra Streisand und sang mit ihr im All City Choir. Alles wie aus der TV-Serie: In der Freizeit lernte er Fechten, eigentlich aber wollte der Knabe in der Krebsforschung reüssieren. Brav. Na ja, nebenbei spielte er noch ein bisschen Gitarre.

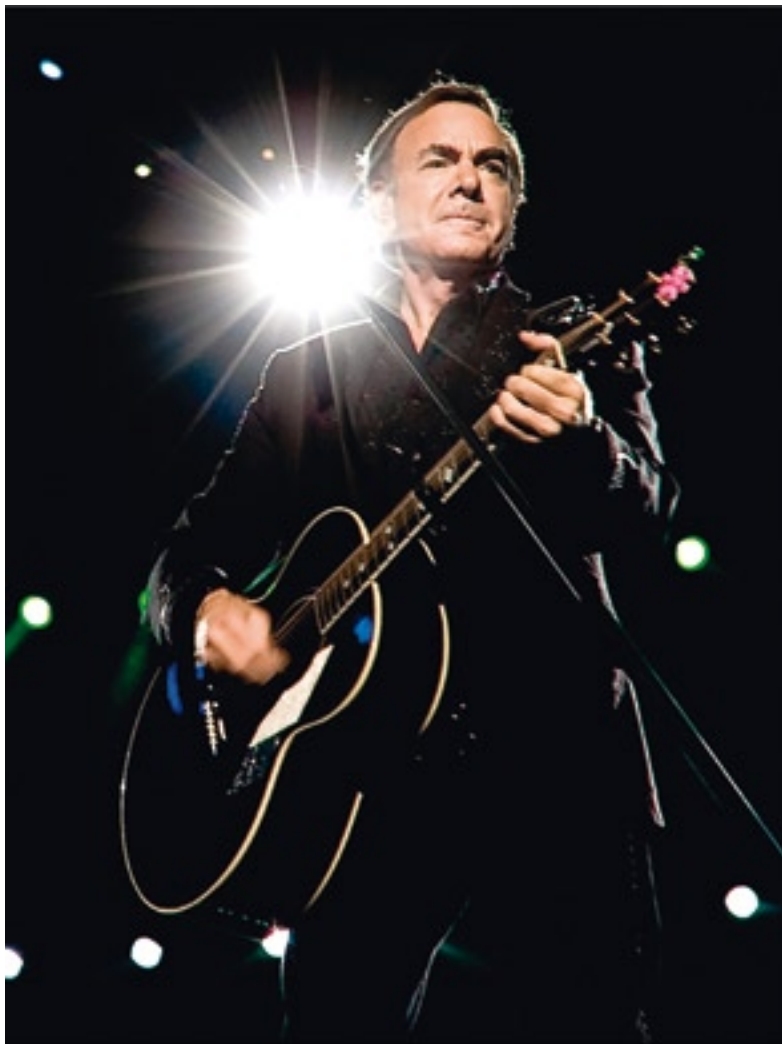
Und so waren die losen Zeiten in den Sechzigern (heute unvorstellbar!): Ein Scout aus dem Brill Building hörte den klampfenden Teen und heuerte ihn für fünfzig Dollar Wochenlohn zum Songschreiben an. Fortan arbeitete Diamond in den Büros des Superteams Jerry Leiber und Mike Stoller, die in den vergangenen und zukünftigen Jahren alle Stars von Elvis Presley («Jailhouse Rock») über Peggy Lee («Fever») bis zu den Drifters («On Broadway») mit Hits versorgt hatten. Der Jungspund war mitten im Zentralkomitee des Pop gelandet.

Brill Building! Das war der Petersdom des Rock 'n' Roll. Kurz vor der Weltwirtschaftskrise zunächst als funkelnder Hort für Banker und Broker geplant, musste kurzfristig umdisponiert werden: Als am 25. Oktober 1929 der Schwarze Freitag die gesamte Ökonomie lahmlegte, äugten die Brill-Eigner notgedrungen nach einer zahlungskräftigeren Klientel. In der Krise boomte nun mal die Entertainment-Branche, und so nisteten sich heuschreckenartig die Musikverleger in das Haus am Broadway ein. Das Brill Building wurde zu einer Art Stammsitz der Songwriter-Elite. Hier arbeiteten Giganten wie Barry Mann und Cynthia Weil, Burt Bacharach und Hal David, Carole King und Gerry Goffin, Jeff Barry und Ellie Greenwich, Doc Pomus und Mort Shuman, Neil Sedaka, Phil Spector und eben Neil Diamond. Hier wurde der Soundtrack der fünfziger und sechziger Jahre geschrieben.

Doch das Haus am Broadway, Hausnummer 1619, markierte auch den Scheideweg des Pop. Die Protagonisten hier komponierten, ohne es zu wissen, bereits am Schwanengesang der alten Musikindustrie. Anfang der Sechziger zeichnete sich ab, dass die geregelte Aufgabentrennung zwischen Singer und Song in Auflösung begriffen war. Mehr und mehr setzten sich Musiker und Bands durch, die keinen Bedarf mehr an Songs aus der Manufaktur hatten – mit Chuck Berry, Ray Charles, Motown-Genies wie Stevie Wonder und Marvin Gaye oder auch Bob Dylan, Paul Simon, den Beach Boys und schliesslich den Bands der British Invasion schrieben sich die Performer ihre Songs selbst.

## Übertriebene Kleiderordnung

Neben Carole King («You've Got a Friend») und Neil Sedaka («Oh Carol») gehörte Neil Diamond zu den wenigen Hitlieferanten des Brill-Regimes, die ihren Spielraum auch als Singer/Songwriter ausweiten konnten. Sein erster Welthit führte eine TV-Retorten-Band zu Ruhm und Ehren: «I'm a Believer» mit den Monkees kam zufällig ein paar Wochen vor Diamonds eigener Version auf den Markt und an die Spitze der Charts und machte ihn aus dem Stand zu einem der gefragtesten Songarchitekten. Ein Architekt, ein *tunesmith*, das ist Neil Diamond immer gewesen: Diamond konstruiert seine Songs bisweilen zu theatralischen Gebärden – und da explodiert dieser eigentlich schüchterne Mensch zu einem pom-



«E.T.» und «La Bohème» funktionieren ähnlich: Musiker Diamond.



Plötzlich dümmerte es: Diamond (l.), Country-Star Johnny Cash, 1970.



Oscar für den besten Song: Diamond, Barbra Streisand, Paul Williams, 1976.

pösen Entertainer. Seine Arrangements platzten oft vor Bombast: Hollywood, Broadway, die Casinos, der bonbonhafte Glamour, der unerschütterliche Glaube an das Grosse, das Gute und an den lieben Gott.

Die funkelnden Glissandi der Arrangements, die sich effektiv blühenden Crescendi der Streicher und Bläser spiegelten sich auch in Diamonds übertriebener Kleiderordnung wider. «Wenn ich ein Bühnenkostüm anziehe, verwandle ich mich in eine andere Person», sagte er einer Interviewerin. «Ich muss diese Uniform haben, sonst kann ich nicht fliegen!» Also auch eine Art Seelen-Make-up, das ihm Couturiers wie Bessie Nelson unter Einsatz von Perlen und pfundweise Strass verschrieben. «Mit Kostüm fühle ich mich weniger schüchtern.» Ein bitter-süßiges Versteckspiel. Und Geschmackssache.

Sein Songmaterial steht allerdings in einer ernstzunehmenden Tradition – einer Tradition, die mit melancholischen Hymnen traumwandlerisch genau die Seelenlage der Kids traf. Roy Orbison («In Dreams»), Paul Anka («You Are My Destiny»), Scott Walker («The Sun Ain't Gonna Shine Anymore») und die zügellosen Produktionen von Phil Spector («River Deep, Mountain High») dekorierten mit ihren aufwühlenden Miniopern – und eigentlich grossartigen Songs

– genau jenes wohlige Rückzugsgebiet, in dem Teenager mit ihren Gefühlen allein sein können. Durch Orbison, Anka, die Walker Brothers und dann Neil Diamond wurden Seelenpein und Hoffnungsschimmer äusserst effektiv untermalt. «E. T.» oder auch «La Bohème» funktionieren im Grunde ähnlich.

### Gar nicht weit weg von Dylan

Mitten in diesen gutgeölten Puccini-Donner trat vor einigen Jahren ein merkwürdiger Schrat, barfüssig, mit langem Bart und grossem Beharrungsvermögen. Rick Rubin hiess der Eindringling, der von der halben Musikwelt als Produzentenguru verehrt wird – aber Neil Diamond wollte partout nichts von ihm wissen. «Es war eine Art Stalking», sagt Rubin später, über ein Jahr habe er dem Sänger hinterhertelefoniert, um sein neues Album zu produzieren. Ohne Orchester. Ohne Background-Geträller. Ohne Pomp und *circumstances*. Nicht mal mit Schlagzeug.

Neil Diamond liess sich von Rubin schliesslich nach zähen Verhandlungen ins Wohnzimmer, in die schutzlose Intimität holen. Heraus kamen Songs, «so ernsthaft wie Algebra» (*Guardian*) – und das stimmt. Humor war seinen Liedern nie anzumerken, auch den Schnulzen nicht – aber der unverhohlene Ehrgeiz

(und auch das Vermögen), einem unter die Haut zu kriechen. Und dahin folgte Rick Rubin seinem Idol unter der Bedingung, dass es auf die alten Tricks verzichte. Neil Diamond verstand. Sich zeigen. Keine Zuckerwatte. Kein Superman. So ernsthaft wie Algebra.

Plötzlich dümmert es einem, warum all die Kapazunder seine Songs so sehr schätzen, Barbra Streisand etwa, The Band, Dave Grohl oder auch Johnny Cash, der von Rick Rubin überzeugt wurde, «Solitary Man» zu singen, und erstmalig die existenzielle Schärfe des Songs aufspürte. Auf diesem schmalen Grat balanciert Neil Diamond nun mit spröder Würde unter Mithilfe seines rührigen Gehilfen. Und siehe da: Der Weg zwischen Dylan und Diamond ist kürzer, als man denkt. Das dritte Album mit Rubin ist schon in Planung. Wunderbar!

Zusammen mit Tom Waits, Dr. John, Leon Russell und Alice Cooper wird im März auch Neil Diamond in die Rock'n'Roll Hall of Fame, das Pantheon der Rockgötter, aufgenommen. Es kann gut sein, dass irgendwann in der nächtlichen Show Tom Waits oder Dr. John «Sweet Caroline» singt. Und man wird entdecken, dass das tatsächlich ein verdammte guter Song ist. Auch Esther Nelson aus Oak Island wird das mögen. ○

## Ankunft auf dem Parnass

Von Peter Rüedi

Das es Wunder immer wieder gebe, ist ein Satz aus einem anderen Genre. An Wunder glauben Kinder und Schlagertexter. Mit unerklärlichem Mehrwert muss allerdings jeder rechnen, der sich mit Kunst befasst, auch wenn ihm nichts ferner liegt als der Geniekult vergangener Epochen. Kunst kommt von Können, gewiss. Aber in seltenen Momenten führt sie über das hinaus, und da beginnt halt schon so etwas wie Magie. «Kunst, das ist aus nichts etwas machen», sagte Racine, was doch sehr nach 1. Mose 1, 1 klingt oder zumindest nach Alchemie. Das ist vielleicht etwas hoch gegriffen als Einstieg in die jüngste CD des Trios von Colin Vallon (mit Patrice Moret am Bass und Samuel Rohrer am Schlagzeug), aber die ist von einem Zauber, dass sie auch einen prosaischen Hörer zum Pathos verführt. Colin Vallon Trio ist schon mal nur bedingt richtig. Der demokratische Kleinverband könnte auch Patrice Moret Trio oder Samuel Rohrer Trio heißen, alle drei sind eminente Komponisten, kennen sich seit vielen Jahren, sind in ein telepathisches Interplay verwoben und machen eine Musik, die so ziemlich das Gegenteil ist vom konventionellen Format «Piano plus Begleiter». Die drei sind eine ausgesprochen orchestrale Veranstaltung. Was zum einen auffällt, ist ein hinreissender Hang zum Melodiosen. Sie sind alle Sänger, mit einer Vorliebe für folkloristische Einflüsse (aus dem Kaukasus, aus der Türkei). Dass sie viel mit Sängerinnen gearbeitet haben, ist kein Zufall (Elina Duni, Lisette Spinnler, Susanne Abbuehl u. a.). Auch nicht, dass sie mehr auf Gruppendynamik aus sind als auf solistische Prachtentfaltung. Auf Dynamik überhaupt: ein zuweilen bestürzendes Gefälle zwischen diskretest vor sich hin geflüsterten Intimitäten zu pathetisch orgelndem, orgiastischem Fortefortissimo. Vallon/Moret/Rohrer weisen, zusammen und je einzeln, eine erstaunliche Diskografie auf. «Ruga» (was so viel heisst wie «Weg», «Reise») ist die Summe vieler gemeinsamer Erfahrungen. Aber die CD stellt eben auch einen jener Quantensprünge vom Guten ins Ausserordentliche dar, die rational schwer bis nicht zu erklären sind. Auch nicht durch den Umstand, dass eine Premiere der drei Schweizer bei Manfred Eichers ECM allemal eine Ankunft auf dem Parnass bedeutet.



Colin Vallon/Patrice Moret/  
Samuel Rohrer: Ruga.  
ECM 2185 274 9350

## Mit Toten flüstern

Clint Eastwood widmet sich in seinem jüngsten Film, «Hereafter», dem Jenseits: fantastisch. Von Wolfram Knorr



Verwirrung und Unglück: Hellseher George (Matt Damon).

Er ist ein Monument. Unbeeinflussbar in seinem Stil, unerschütterlich in der Wahl seiner Themen, erzählt er Geschichten jenseits aller Moden, mit zeitloser Grazie, die seinesgleichen sucht: Clint Eastwood (80). Strahlende Helden interessieren ihn schon lange nicht mehr. Seit er als Regisseur eine eigene Welt entwirft, interessieren ihn die Schattenseiten des Lebens. Von seinem Charlie-Parker-Porträt «Bird» (1988) über das Boxerdrاما «Million Dollar Baby» (2004) bis zum Polizeiskandal «Changeling» (2008). Nun wagte er sich sogar aus dem Schatten dorthin, wo die Traumfabrik zum bengalisch illuminierten Hokuspokus neigt: ins Jenseits. Nur fischt er nicht im Drüben, sondern waltet auch dort als Doyen schnörkelloser Erzählkunst seines Amtes und inszeniert mit bewundernswerter Klarheit sein jüngstes Meisterwerk, «Hereafter».

An drei unterschiedlichen Orten kommen drei Menschen auf unterschiedliche Weise mit dem Tod in Verbindung, die später, auf einer Buchmesse in London, miteinander verknüpft werden. In Indonesien gerät die französische TV-Journalistin Marie LeLay (Cécile de France) in einen Tsunami, ertrinkt und wird nach einigen Minuten ins Leben zurückgerissen. In London verliert der kleine Marcus seinen Zwillingbruder Jason (Frankie und George McLaren) bei einem Verkehrsunfall, und in San Francisco weigert sich Totenflüsterer und

Hellseher George (Matt Damon), seine Fähigkeiten kommerziell zu nutzen. Immer wieder wird er dazu genötigt und löst nur Verwirrung und Unglück aus.

Marie findet nicht mehr zurück in ihren Beruf und schreibt ein Buch über ihre Nahtoderfahrung. Marcus verzweifelt am Unerklärlichen und sucht Esoteriker, die ihm Kontakt mit dem Bruder ermöglichen sollen. George flieht nach London, um seinem Idol Charles Dickens näherzukommen, und Marie wird zur Buchmesse nach London geladen. Was in der Nacherzählung arg konstruiert klingen mag, ist es in der bewundernswert sensiblen Ausführung nicht.

«Hereafter» beginnt mit einer sagenhaften Sequenz, der vermutlich wichtigsten, beklemmend realistischsten Effektszene seit langem: mit der Flutwelle. Der Rest ist frei von jeglicher Effekthascherei. Fast kontemplativ widmet Eastwood sich einzig und allein den aus der Bahn Geworfenen. «Hereafter» sei, so Matt Damon, Eastwoods «europäischster Film». In der rigorosen Geduld, mit der er seine Figuren sich entwickeln lässt, ist er das tatsächlich. Der einzige Ausgang, den er aus dem Gefühls- und Glaubens-Chaos anbietet, ist die Liebe. Das mögen manche für Kitsch halten. Hier ist es keiner.

Hereafter. Regie: Clint Eastwood. USA/England, 2010

# Internationale Zusammenarbeit

Von *Andreas Thiel* — Die Sicherheitspolitische Kommission an der Konferenz zur Brandbekämpfung. Es spricht der Präsident.

**Kommissionspräsident:** Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen mit Freude mitteilen, dass wir das neue Brandbekämpfungskonzept erfolgreich umgesetzt haben. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir am Anfang dieses Prozesses vor der schwierigen Aufgabe standen, unsere veralteten, lokalen Strukturen von Milizfeuerwehren in ein modernes System international koordinierter Brandherdbekämpfung in einer globalisierten und vernetzten Welt überzuführen. Der neue Leitspruch heisst «Löschen durch Kooperation». Ich versichere Ihnen, dass der Schweizer Beitrag an die internationale Brandbekämpfung uns weltweit jene Achtung und Anerkennung zurückbringen wird, welche wir im Verlaufe der militärischen internationalen Kooperationsversuche verloren haben. Die Überkapazitäten in der Schweiz wurden abgebaut. Das lange Rumstehen in den Feuerwehrdepots, die unproduktiven Pikettdienste und die teure Instandhaltung einer Infrastruktur, die kaum genutzt wurde, wird es künftig nicht mehr geben. Unsere Feuerwehrleute stehen dank dem neuen Sicherheitskonzept rund um die Uhr im Einsatz. Schweizer Feuerwehrmänner sind heute weltweit an allen bekannten Brandherden aktiv. In Griechenland unterhält die schweizerische Brandbekämpfungskordinationsstelle ein vielbeachtetes Programm für Waldbrandprävention.

Schweizer Feuerwehrleute sind in allen grösseren griechischen Wäldern stationiert, um der Brandstiftung durch die Griechen vorzubeugen, die so Bauland zu gewinnen versuchen. Und wie Sie wissen, beklagen wir die grössten Flächenbrände der Welt in Australien. Dank dem Beitritt der Schweiz zur Uno-Buschfeuerkonvention konnte unser Parlament endlich den internationalen Buschfeuersperrvertrag ratifizieren, was es uns erlaubt, im Rahmen einer «Partnerschaft für das Löschen» die Brände dort zu bekämpfen, wo sie sind, nämlich im Busch. Solidarität wird im neuen sicherheitspolitischen Konzept grossgeschrieben. So vermitteln unsere Feuerwehrkader in China Löschwassermanagement. Die Schweiz bildet Feuerwehrleute im Irak, in Somalia und im Kongo aus. Als Beitrag zur europäischen Brandbekämpfungsarchitektur, sind unsere besten Logistiker und Disponenten in der europäischen Brandfrüherkennungszentrale in Brüssel stationiert, wo sie täglich Nachrichten



von Brandmeldungen aus der ganzen Welt auswerten und zusammen mit ihren europäischen Kollegen analysieren. Ja bitte?

**Journalist:** Sind denn gar keine Feuerwehrmänner mehr in der Schweiz stationiert?

**Kommissionspräsident:** Aber natürlich. Das EDA unterhält in Genf ein internationales Feuerwehrkompetenzzentrum.

**Journalist:** Das heisst, eine Feuersbrunst in Romanshorn wird künftig von Genf aus bekämpft?

**Kommissionspräsident:** Natürlich nicht. Bei diesem Kompetenzzentrum handelt es sich um eine akademische Institution. Die haben keine Kompetenzen.

**Journalist:** Was passiert also, wenn es in Romanshorn brennt?

**Kommissionspräsident:** Dazu wird es gar nicht erst kommen. Wir erwarten keine Feuer mehr in der Schweiz. Die Schweiz hat als einziges Land die Vorgaben der Uno-Brandschutzkonvention erfüllt.

**Journalist:** Wäre es nicht trotzdem sicherer, eine eigene Feuerwehr im Land zu haben?

**Kommissionspräsident:** Wozu denn? Indem wir die Feuer dort bekämpfen, wo die Brandherde sind, beugen wir einem Übergreifen des Feuers auf die Schweiz am besten vor. Gibt es sonst noch Fragen? Nein? Sehr gut. Stossen wir

also an auf eine brandfreie Zukunft. Das Einzige, was wir künftig hier in Bern noch löschen werden, ist der Durst.

**Assistent:** Herr Vorsitzender! Herr Vorsitzender!

**Kommissionspräsident:** Nicht jetzt.

**Assistent:** Es ist dringend!

**Kommissionspräsident:** Das kann warten.

**Assistent:** Es ist aber äusserst wichtig!

**Kommissionspräsident:** Diese Pressekonferenz ist das wichtigste Ereignis in meiner Karriere. Wenn hier alles rund läuft, habe ich beste Aussichten auf einen Posten in der internationalen Brandbekämpfungskordinationsstelle bei der Uno in New York.

**Assistent:** Die Angelegenheit duldet aber leider keinen Aufschub!

**Kommissionspräsident:** Was ist denn?

**Assistent:** Es brennt!

**Andreas Thiel**, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist. Der gebürtige Berner lebt in Island. Zurzeit tritt er mit seinem Bühnenprogramm «Politsatire 3» in der Schweiz auf.

## Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man als Frau in einer Beziehung mit einem Homosexuellen knutschen, ohne dabei ein schlechtes Gewissen zu haben?

*D. N., Kilchberg*

Ein Kuss eines Mannes kann süchtig machen. Bevor Sie es merken, sind Sie verliebt – egal ob Ihr Kusspartner schwul ist oder nicht. Viele Homosexuelle verzichten gerade deswegen auf *french kisses* untereinander. Als Frau muss man sehr naiv sein, zu meinen, der Partner zeige sich darüber nicht entsetzt. Wenn in Ihnen jemand Gefühle auslöst, der nicht Teil der Partnerschaft ist, ist es Verrat. Ein kleiner, harmloser Kuss kann starke Anziehung auslösen. Seien Sie sich bewusst: Küssen macht Lust. *Clifford Lilley*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an [darfmandas@weltwoche.ch](mailto:darfmandas@weltwoche.ch). Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

## Nie mehr Plastik

Die Öko-Aktivistin Sandra Krautwaschl, 38, und der Sonderschullehrer Peter Rabensteiner, 44, haben in ihrer zehnjährigen Ehe viel Kunststoff angesammelt. Damit ist nun Schluss.

**Sandra:** An Peter gefielen mir die schöne Stimme, seine stattliche Grösse und dass er sich Kinder vorstellen konnte. Die Heirat fand ohne Schnickschnack in einer Berghütte bei Graz statt. An viel Plastik kann ich mich nicht erinnern. Das änderte sich in den folgenden Jahren. Ein Haushalt ohne Kunststoff, insbesondere wenn Kinder involviert sind, erscheint in der westlichen Welt beinahe unmöglich. Als ich Peter den Vorschlag machte, eine Zeitlang ohne Plastik und Co. zu leben, willigte er sofort ein: Ich lernte ihn als offenen Menschen kennen, und diese wichtige Eigenschaft zeichnet ihn bis heute aus. Zuerst galt es, die alten Dinge wegzuräumen. Es war unglaublich, was alles zusammenkam: Wir füllten beinahe die ganze Scheune neben unserem Haus.

**Peter:** Sandra hatte einen Film gesehen: «Plastic Planet». Der Regisseur bat Familien aus verschiedenen Ländern, sämtlichen Kunststoff aus ihren Häusern auf die Strasse zu räumen. Sogar in den Slums von Delhi kam einiges zusammen. Unser Experiment sollte nichts mit lustfeindlichem Verzicht zu tun haben. Uns interessierte, ob so ein Alltag ohne Barbie und Tupperware überhaupt möglich ist und wie schwierig es sein würde, ihn umzusetzen. Den Kindern erklärten wir, dass dies ein Experiment sei, das man auch wieder abbrechen könne. So weit kam es bisher nicht. Unsere beiden Söhne und die Tochter gaben ihre Ritterburg und die Plastikpuppen freiwillig ab und holten diese Spielsachen bisher nur wenige Male hervor. Unser Ältester äusserte vor allem Bedenken, ob und wie seine Mama künftig ohne plastikverpackte Kosmetika auskommen könne.

**Sandra:** Viele Produkte kann man in eigene Glasbehälter einfach nachfüllen lassen, anderes ist nicht zu ersetzen. Pommes Chips, meine liebste Nascherei, musste ich definitiv vom Einkaufszettel streichen, weil die immer folienverpackt sind. Auch Mozzarella war bisher nirgends ohne Plastikverpackung zu finden. Waschen, putzen, kochen, bügeln, einkaufen: Plastik ist überall. Bei den Zahnbürsten entdeckten wir nach langem Suchen eine Alternative aus Holz. Als sie per Post ankamen, war je-



«Der Draht im Adventskranz ist mit Plastik umwickelt»: Ehepaar Rabensteiner-Krautwaschl.

des Teil Plastik verschweisst verpackt. Der Teufel liegt halt oft im Detail: Der Draht im Adventskranz ist mit Plastik umwickelt, ein kunststofffreier Babyschnuller ist kaum erhältlich, und Strumpfhosen aus Seide findet man auch nur über Umwege.

**Peter:** Computer, Telefon, Skiausrüstungen, Fahrräder besitzen wir noch immer. Mit einem Verzicht wären zu grosse Umstellungen verbunden gewesen. Wir lassen heute aber viel mehr reparieren, kaufen wenig Neues ein, und die Haushaltsausgaben haben sich insgesamt verringert.

**Sandra:** Glas, Keramik und Textilien aus Naturfasern haben das Künstliche ersetzt. Die Atmosphäre im Haus ist ruhiger als früher. Es wirkt puristischer, ästhetischer auch. Weihnachten ohne Plastik, ein Kindergeburtstag ohne Kunststoff sieht einfach romantischer aus. Den grössten Erfolg des Experimentes sehe ich allerdings in der Vermeidung von Plas-

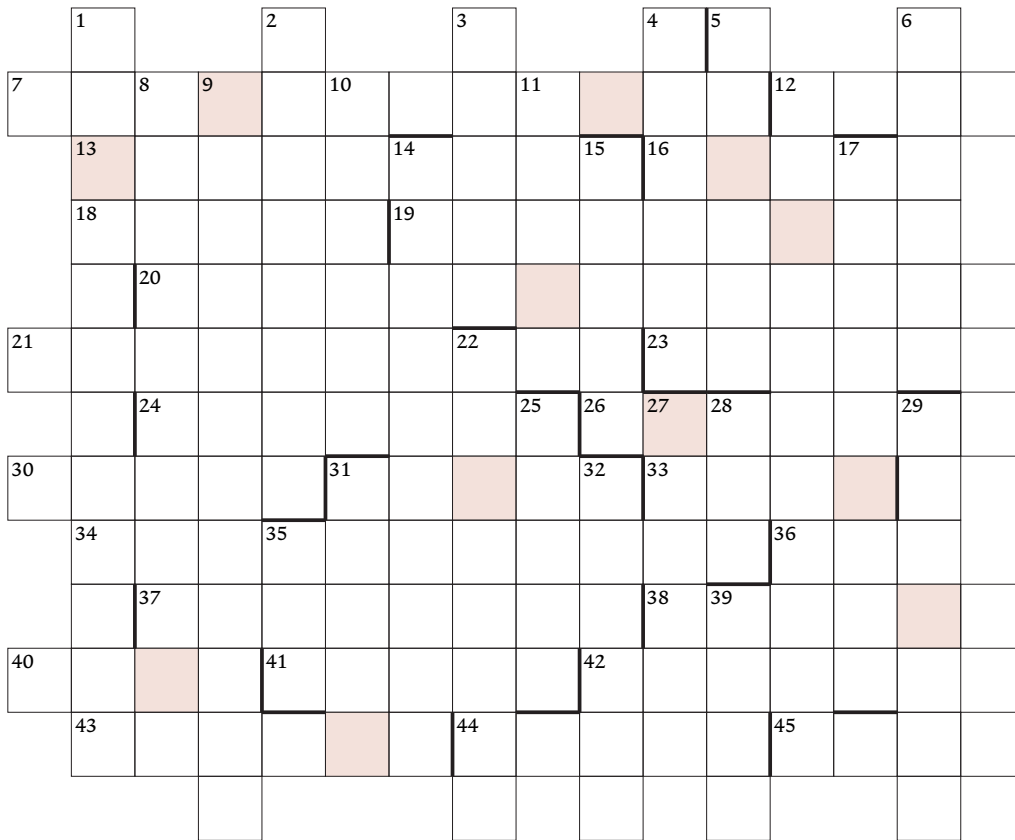
tikmüll. Was die Freizeitaktivitäten angeht: Wir sind noch mehr in der freien Natur als früher.

**Peter:** Der neue Lifestyle sorgt auch in der Partnerschaft für frischen Wind: Heute drehen sich unsere Gespräche um Umweltfragen, Ernährung, Mobilität. Das Engagement tut somit nicht nur der Umwelt gut, sondern auch uns.

**Sandra:** Die Erfahrung, dass man als gewöhnliche Familie aus einer kleinen Idee etwas relativ Grosses machen kann, wenn alle Beteiligten dahinterstehen, liess die Familie näher zusammenrücken. Gleichzeitig wurde meine Welt grösser: Über meinen Blog habe ich heute Kontakt mit Menschen aus sämtlichen Kontinenten. Sie wollen unserem Beispiel folgen, und ich kann ihnen dank meinen Erfahrungen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Plastikfreie Beziehung: [www.kein-heim-fuer-plastik.at](http://www.kein-heim-fuer-plastik.at)

Protokoll: Franziska K. Müller



**Lösungswort** — Es sind eher Aug- als Maulaffen beim Feilhalten

Die eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

**Waagrecht** — 7 Der Bedienstete im Stall interessiert sich für Appenzeller Geheimnisse. 12 Was man von Flugbegleitern anfangs in den selben Topf wirft. 13 Rollende Landstrasse auf dem Buckel. 16 Gern dorthin zurück, aber dann doch am liebsten mit dem Auto. 18 Beim Licht der Welt herrscht starker Durchzug. 19 Delegierte Regelung beim Anrufbeantworter. 20 Spott im lustigen Mäntelchen. 21 Aktiver Schuldenabbau. 23 Er malte trotz seines Namens eher im Outback als in Sydney. 24 Der Zement war nicht 'as best it could be'. 26 Schweizer üben beim Umzug volle Zurückhaltung. 30 Eines der Opfer in Gottes teuflischem Hiob-Deal. 31 Heimathafen der mexikanischen Hartfaser. 33 Ihre Basis ist mehrfach getunnelt. 34 Wer dabei den Vogel zeigt, sieht schon mal den Stinkefinger. 36 Spyri schwor in ihrem Kind. 37 Auf dem Schweizer Weg kommt man (nicht) drum rum. 38 Funktional ist ihr Thibault ihr Philippe. 40 Die Zahl verappelt sich zu ELO. 41 Unterliegt Mulhacén um 78 Meter. 42 Hirnanteil des Festspielortes. 43 Des Verteidigers Tatverhüllung. 44 Die Cordillera leitet die Anrede ein. 45 Erhöht den Steinwert.

**Senkrecht** — 1 Der Innere ist am Schluss ein guter Freund. 2 Eifrige Mission eines Konverters. 3 Gegen sein Schiessen ist kein Kraut gewachsen. 4 Tut die Polizei auf der Autobahn den Raserexzess. 5 Zustand des bettfertigen Italieners. 6 Europas regenreichste Grossstadt gibts bei uns auf Gipfeln. 8 Die Sicht von Geflügel fusst auf stetem Druck. 9 Geiziger Musikstil, der manchmal nichts drunter trägt. 10 Brüchig Bezeichnender. 11 Ein Etablissement, das Schule macht in Frankreich. 12 Diese Möbelflure halten dem Druck zuletzt nicht stand. 14 Damit lässt sich Zählbares auf die Seite bringen. 15 Post mortem hat der Sieger nichts mehr davon. 17 Müssiggängige Inaktivisten. 22 Schwyzer Gegend des kindlichen Wasserlassens. 25 Paradoxe Aussage des lateinischen Schweigenden. 27 Leumund mit schändlichem Geruch. 28 Hermannus Jantinus hat hinten eins im Namen. 29 Sprachliche Winzlinge nah an der römischen Antike. 31 Etappe auf den Weltbrettern. 32 Unser apostrophales Wochenblatt. 35 Doppelhelix der Radnabe. 39 Der Bündner Jürg schaffte es nur bis Thüringen (j=i).

© Daniel Krieg - Rätsel Agentur

**Lösung zum Denkanstoss Nr. 201**

	E		M		T		Z		L		S				
B	I	N	D	E	G	E	W	E	B	E	H	A	L	S	
	F	E	U	E	R	S	C	H	W	A	M	M	A	U	
	E	T	I	R	O	L	A	N	I	S	E	T	T	E	
O	R	T	S	C	H	A	F	T	T	E	N	S	I	D	
	S	I	B	I	R	K	E	E	W	A	T	I	N	A	
N	U	Q	U	E	E	N	T	L	E	G	E	N	O	F	T
	E	U	R	E	R	I	E	A	N	N	E	D	A	R	C
	C	E	G	R	O	S	R	O	V	E	A	R	L	I	
C	H	T	I	P	I	T	I	R	O	S	T	O	C	K	
	T	T	O	E	L	E	A	T	R	I	U	M	O	A	
Z	I	E	G	L	E	R	T	A	N	G	E	N	T	E	N
	G		A						N		E				T

**Waagrecht** — 7 BINDEGEWEBE 10 HALS (Wende...) 13 FEUERSCHWAMM (Feuer schwamm) 18 TIROL (DJ Ötzi = Gerhard Friedle) 19 ANISETTE (sette = ital. sieben) 20 ORTSCHAFT (Ort schafft) 22 TENSID (Territorium) 27 NUQUE (= frz. Nacken) 28 ENTLEGEN (ent-legen) 29 OFT («unverhofft kommt ...») 30 EURER («in teurer») 32 IEANNEDARC (= Jungfrau v. Orléans) 35 EGROSROV (Vorsorge) 38 EARLI (early = engl. früh; Earl) 40 CHTIPITI (griech. Schafkäsepaste) 42 ROSTOCK 43 TOELE 44 ATRIUM 45 ZIEGLER (Jean, CH-Menschenrechtler) 46 TANGENTEN (Tang-Enten)

**Senkrecht** — 1 EIFERSUECHTIG 2 MEER 3 TESLA (Nikola, Erfinder † 1943; Einheit d. magnet. Flussdichte) 4 ZEHNTEL 5 LEASE (= mietkaufen) 6 SAMT 8 NETTIQUETTE (eigtl. Netiquette; gutes Benehmen in der Internet-Kommunikation) 9 DUISBURG (Stadt im Ruhrgebiet; gespr. «Düsburg») 11 LATINO 12 SUEDAFRIKA 14 ROHRER (Heinrich, CH-Physiker) 15 CAFETERIA (aus «CIA trafe») 16 WITWEN (Schwarze ... = Spinnen) 17 MENTE (= span. Geist; in «Ali...») 21 CIE (Commission Internationale de l'Éclairage) 23 SINDROM 25 KNISTERN 26 AGNESI (Maria Gaetana, ital. Mathematikerin † 1799; nach ihr benannte «Hexe» (=Kurve)) 31 ERPEL (aus «Perle») 33 AORTA 34 ALCOTT (Louisa May, US-Autorin † 1888) 36 OIL («Langues d'oil») 37 VORNE 39 ATUE 41 IOGA (Yoga = Sanskrit anschirren)

**Lösungswort** — DREISTIGKEIT

**EMS**  
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Polymere Werkstoffe, Feinchemikalien/Engineering